

Volkswacht

für Schlessien

Auf den wöchentlichen Beilagen: „Unterhaltung“, „Rundfunk“, „Sozialistische Literatur-Rundschau“, „Für die Frauen“, „Arbeiter-Sportbewegung“ u. der monatlichen Beilage „Für die Arbeiter-Jugend“

Bezugspreis: Die „Volkswacht“ erscheint wöchentlich 6 mal und ist durch die Haupt-Expeditoren...
Verlagsort und Hauptgeschäftsstelle: **Dreslau 2**
Fernsprech-Anschlüsse: Geschäftsstelle Ring 1206, Redaktion Ring 3141
Postfach-Amt: Postfach-Amt Dreslau Nr. 5552.
Bankkonto: Bank für Arbeiter, Angestellte und Beamten, Fil. Dreslau

Organ für die werktätige Bevölkerung

Verlagsort und Hauptgeschäftsstelle: **Dreslau 2**
Fernsprech-Anschlüsse: Geschäftsstelle Ring 1206, Redaktion Ring 3141
Postfach-Amt: Postfach-Amt Dreslau Nr. 5552.
Bankkonto: Bank für Arbeiter, Angestellte und Beamten, Fil. Dreslau

Anzeigenpreis: Je Zeile für 14 Tage...
Anzeigenpreis: Je Zeile für 14 Tage...
Anzeigenpreis: Je Zeile für 14 Tage...

Der Bürgerblut gegen die Kriegsoffer.

Vergeblicher Kampf der Sozialdemokratie um Erhöhung der Kriegrenten.

Berlin, 15. Dezember. Auf der Tagesordnung der Reichstags-Sitzung vom Donnerstag stand die zweite Beratung der Novelle zum Reichs-Verordnungsgesetz und anderer Verordnungen.

Ueber die Ausschussverhandlungen berichtet Abgeordneter Müller (Dnt.). Die Renten der Kriegsbekämpften und der Kriegshinterbliebenen sollten der Beamtenbesoldung entsprechend erhöht und das Selbstverfahren verbessert werden. Die dadurch entstehenden Mehrkosten hat die Regierung auf 190,5 Millionen veranschlagt.

Abg. Frau Reiche (Soz.):

Die Vorlage der Regierung bringt zwar für die Kriegsbekämpften einige Verbesserungen, aber an den bestehenden Rechtsvorschriften wird nur wenig geändert, insbesondere bleibt noch immer die Verquickung von Versorgung und Bedürfnisunterstützung, wie sie in dem System der Zusatzrenten verankert ist, bestehen. Das bisher an den Reichsbekämpften begangene Unrecht wird zum Teil gutgemacht. Der teilweise Einbau der Zusatzrenten ist ein begrüßenswerter Fortschritt. Er wäre erst vollkommen geworden, wenn die Anträge der Sozialdemokratie auf die Zusammenfassung der Rente mit den Zulagen, auf den Einbau der Zusatzrente und der Ausgleichszulage angenommen worden wären. Nach der Fassung vom Jahre 1926 beziehen 15 Prozent der Kriegsbekämpften keine Ausgleichszulage, 83,9 Prozent beziehen eine einfache und nur 1,1 Prozent eine erhöhte Ausgleichszulage. (Hört, hört! bei den Soz.) Gewiss ist die Versorgung von 2½ Millionen Kriegsoffizieren keine leichte Aufgabe, man darf aber nicht immer ihre berechtigten Forderungen mit dem Hinweis auf die schlechte Finanzlage abwählen.

Soziale Gerechtigkeit tut gerade den Kriegsoffizieren gegenüber not. Aber daran fehlt es. Für 1927 sind im Durchschnitt für einen Offizier des alten Heeres an Pensionen je 4367 Mark veranschlagt worden, für den Kriegsbekämpften des Mannschaftenstandes ohne Zusatzrente ist aber im Durchschnitt nur eine Jahresrente von 395 Mark vorgesehn. (Lebhaftes Hört, hört! links.) Die Durchschnittsrente der Hinterbliebenen beträgt einschließlich der Zulage rund 730 Mark jährlich, die Durchschnittspension der Offiziers-Hinterbliebenen dagegen 2515 Mark. (Hört, hört!) Es kommt doch auf die Summe an, die der einzelne erhält. Wir haben versucht, einige Mildernde des Gehaltens zu schließen und Härten zu mildern. Die Regierungsparteien konnten sich der Notwendigkeit der sozialdemokratischen Anträge nicht ganz verschließen, und so sind immerhin noch einige Verbesserungen vorgenommen worden. Aber es handelte sich nur um Kleinigkeiten. Wir haben jetzt noch einmal einige Anträge zur Verbesserung der Vorlage eingebracht, die sich auf das Notwendigste beschränken.

Der schwächste Teil der Novelle ist die Versorgung der Hinterbliebenen. Die Aufbesserung beträgt rund 10 %, bei Witwen, die die erhöhte Zusatzrente erhalten, ist der Steigerungssatz etwas größer, dagegen beträgt die Aufbesserung der Elternrente nur 6 Prozent. (Hört, hört! bei den Soz.) Bei den Beamten ist in den vergleichbaren Gruppen eine durchschnittliche Aufbesserung um rund 20 Prozent vorgenommen worden. Die Behandlung der Hinterbliebenen steht also zu dem § 87 des Verordnungs-Gesetzes in Widerspruch, denn die Erhöhung der Hinterbliebenenrente entspricht nicht entfernt der Besserstellung der vergleichbaren Gruppen der neuen Beamtenbesoldung. Der deutsch-nationale Abgeordnete Schmidt-Hannover hat sogar gestern noch erklärt, daß seine Partei auf keinen Fall sich auf eine Kürzung der hohen Pensionen einlassen werde. Eine solche Behandlung der Kriegswitwen muß tiefe Erbitterung hervorrufen. Nach den Beschlüssen des Ausschusses soll auch bei der Rentenbemessung auf die Bewertung der Arbeitskraft der Witwen Rücksicht genommen werden. Ist aber etwa eine 42jährige Kriegswitwe, die ihren Beruf schon lange nicht mehr ausübt, noch arbeitsfähig? Findet sie bei der herrschenden Arbeitslosigkeit, gerade unter den Frauen, auf dem Arbeitsmarkt noch ein Unterkommen? Durch den Entzug der Zusatzrente kann man die Arbeitsfreude nicht heben. In Berlin und Hamburg erhält eine Kriegswitwe 29,25 Mark mit einfacher Ausgleichszulage 39,50 Mark. In der Ortsklasse B betragen die Renten 27,50 und 37,50 Mark. (Hört, hört!) In Berlin erhält eine Witwe mit 2 Kindern 108,95 mit Ausgleichszulage und Zusatzrente 128,25 Mark. Vergleichen Sie damit die Pensionen, die den Hinterbliebenen der Offiziere des alten Heeres bezahlt werden. Die Rednerin sprach dann noch über die Notwendigkeit der Reform der Heilbehandlung der Hinterbliebenen.

Abg. Dr. Krohne (Ztr.) führt aus, daß die Erfüllung weitergehender berechtigter Wünsche durch die ungünstige Finanzlage unmöglich gemacht worden sei.

Abg. Hüfner (Dnt.) behauptet, man werde auf absehbare Zeit immer noch einer unlöslichen Aufgabe stehen, wie die große Zahl der Kriegsbekämpften und Kriegshinterbliebenen bei der ungeheuren finanziellen Belastung Deutschlands versorgt werden könne.

Abg. Zeyer (D. Fr.) Bei der großen Zahl der Kriegsoffer sei es nicht durchführbar, alle Wünsche zu erfüllen. **Reichsarbeitsminister Brauns** äußert harte Bedenken gegen die Einführung von Sterbegeldern für die Kriegshinterbliebenen. Ein Rechtsanspruch dieser Art bestehe bisher weder in der Sozialversicherung noch in der Beamtenbesoldung. Er bitte dringend, diesen Beschluß des Ausschusses abzulehnen. (Hört, hört, bei der Opposition.)

Abg. Spärer (Dem.) begründet einen Antrag, wonach den Kriegshinterbliebenen die Heilbehandlung obligatorisch gewährt

werden soll. Er verlangt die Aufrechterhaltung des vom Ausschuss beschlossenen Sterbegeldes. Weiter sprach die **Abg. Weber-Düsseldorf (Komm.)**, **Kalkreuth (W. Vgg.)**, **Voigt (Bav. Vp.)**, **Stöhr (Nat. Soz.)**. — In der Einzelaussprache begründet **Abg. Frau Ansohn (Soz.)** einen sozialdemokratischen Antrag auf Verbesserung der Elternbeihilfe. — Der Ausschussbeschluss auf Gewährung eines Sterbegeldes, den die Regierung ablehnt, wird mit 385 gegen 19 Stimmen angenommen. — Das Gesetz wird schließlich unter Ablehnung aller Änderungsanträge in der Ausschussfassung in 2. und 3. Lesung angenommen. Vor der Schlussabstimmung gibt

Abg. Hoffmann (Soz.)

eine Erklärung ab, in der es u. a. heißt: Die Sozialdemokratische Fraktion stellt mit Bedauern fest, daß die 5. Novelle zum Reichs-Verordnungsgesetz die Wünsche der Kriegsbekämpften und Kriegshinterbliebenen, die auch vom Reichstag seit langem als berechtigt anerkannt worden sind, im wesentlichen Umfang unersättlich läßt. Der Einbau der Zusatzrente in die Grundrente wird in ganz unzulänglicher Weise durchgeführt. Die Folge ist, daß auch nach der Verabschiedung der Novelle Zehntausende von Kriegsbekämpften noch nicht einmal die Rentenbezüge erhalten, auf die bei Kriegsausbruch ein Rechtsanspruch bestand. Zum schärfsten Widerspruch fordert die Behandlung heraus, die den Witwen, Waisen und Kriegserstern durch den Entwurf widerfährt. Die gesetzliche Garantie, daß die Bezüge der Kriegsoffer im gleichen Ausmaß wie die Bezüge für die Beamten erhöht werden müssen, ist durch die Novelle für die Hinterbliebenen ausdrücklich aufgehoben worden. Der für diese Verluste Ersatz zu machende Grund, daß Ueberlebenden mit dem mütterlichen Einkommen des verstorbenen Ernährers der Familie vertrieben werden müßten, hört sich seitdem an aus dem Munde einer Regierung, die zusammen mit der hinter ihr stehenden Mehrheit des Reichstages es ablehnt, einer Begrenzung der Pensionen auf 12 000 M. im Jahre zuzustimmen und in eine bescheidene Kürzung der Pensionenbezüge zu willigen, die neben Privateinkommen von durchschnittlich 8000 Mark im Jahre gezahlt werden.

Der von den Kriegserstern seit Jahren geforderte Rechtsanspruch auf Heilbehandlung wird ihnen auch weiterhin vorenthalten. Dasselbe gilt von dem berechtigten Wunsch nach einer einheitlichen Rente für alle Witwen. Die sozialdemokratische Forderung ist im Ausschuss mit allen Kräften bemüht gewesen, den Gehaltenswurf zu verbessern. Leider hat sie in ihrem Bemühen bei den Regierungsparteien nur in ganz bescheidenem Maße und in verhältnismäßig untergeordneten Fragen entgegenkommen gefunden. Die maßvollen Anträge, die von der Sozialdemokratischen Fraktion dem Plenum unterbreitet wurden, würden auch bei sehr gespannter Finanzlage an Reichshaushalt nicht aus dem Gleichgewicht bringen können. Sie sind trotzdem unterchiedslos von den Regierungsparteien abgelehnt worden. Die Regierungsparteien tragen die volle Verantwortung dafür, daß die 5. Novelle zum Reichs-Verordnungsgesetz infolge ihres unzulänglichen Gehalts nicht die Befriedigung und die Beruhigung bei den Kriegsoffizieren hervorrufen wird, die auch die Sozialdemokratie als das Ziel eines neuen gesetzgeberischen Vorgehens auf dem Gebiete der Kriegsversorgung gewünscht hätte.

Wenn die Sozialdemokratische Fraktion der Novelle in der Schlussabstimmung gleichwohl die Zustimmung gibt, so geschieht es im Hinblick auf die Tatsache, daß die soziale Lage der Kriegsbekämpften und Kriegshinterbliebenen leider eine so schlechte ist, daß ihnen gegenüber eine Ablehnung selbst sehr bescheidener Verbesserungen nicht verantwortet werden kann.

Der kommunistische **Abg. Weber-Düsseldorf** verliest dann eine endlose Erklärung. Nunmehr werden die Abstimmungen über die Entschlüsse zum Belohnungsgesetz nachgeholt.

Eine sozialdemokratische Entschliessung, wonach den Reichsarbeitern sofort eine den Tarifverhältnissen entsprechende Lohnerhöhung gewährt werden soll, wird abgelehnt, dagegen eine Entschliessung der Regierungsparteien angenommen, worin die Gewährung von örtlichen Zulagen unter Aufrechterhaltung des bestehenden Tarifvertrages befürwortet wird. Um 20¼ Uhr vertagt sich das Haus auf Freitag.

An dieser Reichstags-Sitzung ist besonders die Tatsache bemerkenswert, daß die Reichsregierung bei der Abstimmung über die Ausschussanträge zur Novelle zum Reichs-Verordnungsgesetz von ihrer eigenen Mehrheit im Stich gelassen worden ist. Zum größten Teil stimmten die Regierungsparteien für den sozialdemokratischen Antrag, den Hinterbliebenen der Kriegsoffer ein Sterbegeld zu gewähren. Keine Partei wagte es, vor dem Ganzen die Verantwortung zu übernehmen, daß dieser Antrag abgelehnt wurde. Charakteristisch ist, daß es dabei zu einem deutlichen Gegensatz zwischen einem großen Teil der Reichstagsfraktion des Zentrums und dem vom Zentrum rekrutierten Reichsarbeitsminister kam. Der größte Teil der Zentrumsfraktion stimmte nämlich auch für diesen Antrag, obwohl sich noch kurz vorher der dem Zentrum angehörende Reichsarbeitsminister mit aller Kraft dagegen ausgesprochen hatte, und obwohl

sich der Reichsarbeitsminister selbst während der Abstimmung noch bemühte, seine Parteigenossen zur Ablehnung zu veranlassen. Immerhin ließen sich doch einige Abgeordnete gerade des Zentrums bewegen, eine Nein-Stimme abzugeben, so daß ein großer Teil der wenigen Stimmen, die gegen den Antrag abgegeben worden sind, ausgerechnet vom Zentrum stammt. Das kennzeichnet deutlich die Heuchelei des Zentrums in diesen wichtigen sozialen Fragen. Der Reichsarbeitsminister aber hat durch diese Abstimmung eine so schwere Niederlage erlitten, daß es eigentlich Zeit wäre, daß er von seinem Platz verschwände.

Neuer Krach im Zentrum.

Erbitterte Proteste der Zentrumsarbeiter gegen Marx, Brauns und Köhler.

Berlin, 15. Dezember. (Eig. Bericht.) Am vergangenen Sonntag haben in Westdeutschland zwei sehr stürmisch verlaufene Konferenzen der christlichen Gewerkschaftsfunktionäre getagt. In Köln waren die Funktionäre aus dem Rheinland, im Ruhrgebiet diejenigen aus Westfalen versammelt. Die Stimmung in beiden Konferenzen war außerordentlich erbittert. In beiden Konferenzen wurde an den Ministern des Zentrums Marx, Brauns und Köhler Kritik in den heftigsten Worten geübt. Es wurde gesagt, daß diese Herren im Vergleich zu früher nicht wieder zu erkennen wären. Sie hätten vergessen, was sie den Arbeitern versprochen hätten.

U. a. wurde eine Entschliessung angenommen, die den Zentrumsministern schärfsten Tadel ausdrückt. Gleichzeitig wurde beschlossen, diese Entschliessung zu veröffentlichen, jedoch sucht man sie bisher in der Zentrumspresse vergebens. Auch der Brief, den der Bergarbeiterführer **J. A. A.** an den Reichstagsler geschrieben hat, wird noch immer nicht veröffentlicht. Heute, die den Brief gelesen haben, versichern uns, daß er mit Grobheiten geradezu gelacht ist. Charakteristisch für die Unzufriedenheit in den christlichen Arbeiter sind auch Zuschriften, die der Zentrumsabgeordnete **Zoo** auf einem Vortragsabend in der Technischen Hochschule zu Aachen gemacht hat. Er bezeichnete das Vorgehen der Schwerindustriellen in der Arbeitslosenfrage als einen revolutionären Akt und meinte, daß die Erregung in der gesamten Arbeiterschaft sich so bald nicht legen werde.

Standal in der französischen Sozialdemokratie.

Der linke Flügel der Partei steht im Solde der Kommunisten.

Paris, 15. Dezember. (Eigener Drahtbericht.) Der kommunistische Bürgermeister von **Jury** Marrane ließ vor einigen Tagen in einer Autodrohke eine umfangreiche Aktenmappe mit Dokumenten liegen. Nach einigen Tagen erhielt er die Mappe mit ihrem gesamten Inhalt zurück; gleichzeitig wurde ihm mitgeteilt, daß alle Dokumente photographiert worden wären. Einige Schriftstücke davon sollen sich mit verschiedenen Mitgliedern des linken Flügels der Sozialistenpartei beschäftigen und beweisen, daß diese Linksozialisten nichts anderes sind als verkappte Kommunisten, die getreulich den Weisungen der kommunistischen Partei folgen. Angeblich haben sie bisher von den Kommunisten insgesamt einen Betrag von 54 000 Goldfranken erhalten. Einzelne sollen sogar ein Monatsgehalt von 500 Francs bezogen haben.

Der Verwaltungsrat der Sozialistenpartei hat sich bereits mit der Angelegenheit befaßt.

Paris, 16. Dezember. (Eigener Funterbericht.) Es handelt sich bei den vorläufig noch zur Sozialistischen Partei zählenden und durch den Fund der Aktien des kommunistischen Bürgermeisters **Marrane** schwer kompromittierten Personen um die Gruppe **Martin**; die bereits auf Beschluß des letzten Parteitag aus dem Parteivorstand entfernt worden war. Schon damals schloß man aus ihrem Auftreten den Verdacht, daß sie von **Moskau** subventioniert sei. Die vom sozialistischen Parteivorstand eingeleitete Untersuchung ist vorläufig noch nicht abgeschlossen.

Keine Sechsmonatsdienstzeit in Belgien.

Ablehnung des Gesetzesentwurfes mit knapper Mehrheit.

Brüssel, 16. Dezember. (Eigener Funterbericht.) Die belgische Kammer lehnte am Donnerstag den sozialistischen Gesetzesentwurf zur Einführung des sechsmonatlichen Dienstzeit im Heere mit 74 gegen 66 Stimmen ab.

Der sozialistische Generallandtag beschloß eine Vertagung in der von der Regierung eingebrachten Kommission von Proletariern und militärischen Sachverständigen, die einen Entwurf zur Seereserve ausarbeiten soll, abzulehnen. Die Sozialisten fordern eine rein parlamentarische Kommission, die natürlich auch militärische Sachverständige hören soll.

Der Etat vor dem Landtag.

Wichtige Enthüllungen über Schacht.

Berlin, 15. Dezember. Auf der Tagesordnung der Donnerstag-Sitzung steht die

erste Lesung des Haushaltsveranschlagung für 1928.

Abg. Heilmann (Soz.):

Weit über die Reihen der Regierungsparteien hinaus wird man dem preussischen Finanzminister Dr. Hoyer-Hilow für die kluge und fleißige Vertretung der Staatskassen dankbar sein. Aber einige der interessantesten Finanzkapitel hat er in seiner Einführung nur gestreift. Wie steht es mit der Zentral-Gewerkschaftskasse? Wir wünschen Aufschluss darüber, wie die Preußenkasse unter Leitung des Präsidenten Semper ihre Kredite auf Grundbesitz und Kleingrundbesitz verteilt. Die zweite Finanzfrage ist

die Abfindung der Standesherrn.

Das Sperrgesetz ist ja ab 1. Juli d. J. abgelaufen. Wird Preußen von den Rürten und Standesherrn mit Klagen bedroht? Ich mache in diesem Zusammenhang darauf aufmerksam, daß, wenn Preußen nicht den Hohenzollern-Vertrag abgeschlossen hätte, jetzt ein Schlichtungsgericht unter dem Vorsitz des Herrn v. Keudell die Höhe der Abfindung festlegen würde. Wir sind nachträglich doch sehr froh, daß wie Preußen dieser peinliche und wahrscheinlich sehr kostbare Versuch erspart hat. (Sehr gut! bei den Soz.) Und bei den Komm.) Jetzt fordern die Standesherrn volle Aufwertung ihrer Bräunle, Judenreine usw. Hat sich der Reichsjustizminister Dr. Heugl endlich dem preussischen Verlangen gefügt, eine vernünftige Begrenzung der Aufwertung dieser mittelalterlichen Ansprüche einzutreten zu lassen? Nicht mit Unrecht hat die „Germania“ unlängst geschrieben, daß die Steuerzahler ein heiliges Joch über die unverkäuflichen Ansprüche der Standesherrn erlassen müsse. (Sehr wahr! bei den Soz.)

Die dritte Finanzfrage betrifft die Schwierigkeiten, die Reichsbankpräsident Schacht den preussischen Amerika-Anleihen wie den Anleihen der Gemeinden in den Weg legt.

Das Vorgehen des Dr. Schacht beruht auf einer Vereinbarung zwischen ihm und der Schwerindustrie.

(Hört, hört! links.) Der Reichsbankpräsident hat dementieren lassen, daß seiner Bohemer Rede eine Konferenz mit den Industriellen vorausgegangen sei. Aber zufällig am gleichen Tage, an dem der Reichsbankpräsident die Leuna-Werke besichtigte, haben das gleiche unwiderstehliche Wissensbedürfnis empfunden Herr Dr. Siemens von der Elektro-Industrie, Herr Bösch vom Fabrikanten und Herr Dr. Reichard von der Schwerindustrie.

Wir stehen einer Verschönerung der großen Trakt und des Reichsbankpräsidenten gegenüber, die öffentlichen Unternehmungen zu droffen und dem Privatkapital in die Hand zu spielen.

(Lebhafte Zustimmung links.) Herr Dr. Schacht ist aus der demokratischen Partei ausgestiegen; er ist angesehen übergegangen in die Partei Handstein, der die Reichsbank und die deutsche Finanzpolitik in den Dienst der Stinnes und Hugenberg gestellt hat. Wir können uns im Kampf gegen die kapitalistische Finanzpolitik der Reichsbank nicht auf eine vernünftige Aussprache im Haushaltsansatz beschränken, sondern rufen zum Kampf gegen den Reichsbankpräsidenten die ganze Öffentlichkeit auf. (Bravo! links.)

Andere Konflikte zwischen dem Reich und Preußen entspringen aus dem Fall Luther und dem Fall Keudell. Preußen hat vor dem Staatsgerichtshof ein Urteil gegen das Reich erstritten, daß es einen Vertreter seiner Wahl in den Verwaltungsrat der Reichsbahn senden könne. Aber das Reich weigert sich, dem Urteil nachzukommen, und der Reichsanwalt hat jetzt an den preussischen Ministerpräsidenten geschrieben, es stehe nicht fest, ob das Urteil des Staatsgerichtshofes, ein Feststellungs- oder ein Vollstreckungsgericht sei. (Große Heiterkeit.) Preußen soll sich also den Sitz im Verwaltungsrat der Reichsbahn mit Hilfe des Gerichtsvollziehers holen. Tatsächlich ist es der Reichsregierung nicht gelungen, einen der hoch bezahlten Plätze im Verwaltungsrat der Reichsbahn freizubekommen, und auch Herr Dr. Hans Luther, früher Oberbürgermeister und Reichsanwalt, weigert sich, den Platz Preußens zu räumen, den er zu Unrecht inne hat. Herr von Keudell hat als Landrat und Beauftragter des Reichsanwalters Rapp die Oderbrücke bei Jäckeritz mit sechs Gendarmen heldenhaft gegen die rote Armee verteidigt, die glücklichweise nur in seiner Phantasie bestand. Er hat den Jungvolkführer von Tressow hohelohiert und dann als Reichsminister des Innern im Fall Badt und in Sachen der Deutschen Studentenschaft die preussische Staatsregierung angegriffen. Reichsanwalt Marx sucht Herrn von Keudell zu bedrücken, so gut es geht. Aber selbst die „Kölnische Volkszeitung“ qualifiziert den Brief von Marx als schlechte Ausrede und entschuldigt ihn nur damit, daß man eine schlechte Sache nicht besser verteidigen könne. (Sehr gut! links.)

Die preussische Staatsregierung tut Recht daran, Herrn Marx nicht mehr zu antworten. Ihre Autorität steht so fest, daß wir die mitleidige Opposition der früheren Jahre schon beinahe vergessen haben. Ernsthafte Versuche zum Sturz der Regierung

werden hier im Landtag kaum noch unternommen. Die Diktaturpläne des Herrn Clah, die jüngst der Erwohlparteiler Selbste vom Stahlhelm wieder aufgenommen hat, sind ebenso dumme wie aussichtslose Phantasmagorien. Ich würde es begrüßen, daß das Reichsgericht in solchen Hirngespinnsten keine Vorbereitung zum Hochverrat erblicken kann, wenn nicht gegenüber den Kommunisten das Reichsgericht die gerade entgegengesetzte Theorie aufgestellt hätte. (Sehr wahr! links.) Auch sonst bietet die Rechtsprechung fortwährend Anlaß zu lebhaften Beschwerden. In diesen Tagen ist eine Strafe wegen Verleumdung des Ministers Erzwinst von 1000 Mark auf 50 Mark herabgesetzt worden mit der originellen Begründung, die Verantwortlichkeit des Ministers liege nie zu hoch, als daß sie durch derartige Angriffe eines völkischen Blattes wesentlich beeinträchtigt werden könnte. (Große Heiterkeit!) Der Untersuchungsrichter Vietich in Hirschberg und der Untersuchungsrichter Hofius in Elberfeld — Fall Erichsen und Fall Dr. Goldmann — haben aus ihrer völkischen Vorurteilbarkeit keinerlei Gehl gemacht, und trotz der Kraft der Fälle kommt es höchstens zu einer Mahnung des Landgerichtspräsidenten.

Doch zurück zum Verhältnis Preußen und Reich.

In der verfassungsgebenden Landesversammlung haben die drei Regierungsparteien Preußens sich unumwunden zum deutschen Einheitsstaat bekannt. Wir haben diesem Bekenntnis heute inmitten einer großen Agitation für den Einheitsstaat nichts hinzuzufügen. Aber wir können den Einheitsstaat nur annehmen, wenn er überall ehrlich durchgeführt wird. Wir dürfen künftig kein preussisches Recht aufgeben, wenn es nicht gleichzeitig von allen anderen deutschen Ländern ehrlich aufgegeben wird. (Sehr wahr!) Wir kommen auch dem Einheitsstaat nicht näher dadurch, daß man die Länder finanziell trocken legt und ihnen die Erfüllung ihrer Kulturaufgaben unmöglich macht. Ebenfalls können wir den Vorschlag des Finanzministers annehmen, Norddeutschland zum Reichsland zu machen und die Süddeutschen Staaten bestehen zu lassen. Das politische Übergewicht Süddeutschlands würde dann die Mainlinie verengen. (Sehr wahr! links.)

Abg. Wäcker (Din.): Seinen Mangel an sozialer Gesinnung beweist das gegenwärtige Preußen durch den Widerstand gegen die Herabsetzung der Lohnsteuer, seinen Mangel an Achtung vor der Reichsverfassung durch seine Sozialpolitik.

Finanzminister Dr. Hoyer-Hilow: Die Preußenkasse ist in keiner Weise gefährdet. Ihre Kredite an die Großlandwirtschaft sind nicht so umfangreich wie in der Öffentlichkeit behauptet worden ist. Wir werden die Zentralgenossenschaftskasse unbedingt als preussisches Institut erhalten. In der Frage der Standesherrn sind wir mit dem Reich noch nicht einig, hoffen aber auf die Beratungen des Reichsausschusses im Januar 1928. Verlagt hat uns bisher Fürst Salm-Horstmar, Herzog von Arenberg und Freiherr von Kreuzen, der letztere auf 682 Mark Rente für Verzicht auf die Leibeigenschaft. (Große Bewegung.)

Abg. Dr. Graf (Coblenz) Jr.: Die Kreditmittel des Staates müssen gerecht verteilt werden. Die übertriebenen Forderungen der Standesherrn lehnen wir mit Entrüstung ab.

Abg. Dr. v. Richter (D. Wp.) fordert vom Justizminister eine Wiederlegung der Angriffe des Abg. Heilmann.

Die weitere Debatte wird auf Freitag verlagert.

Der Kampf um die Schulaufsicht.

Die Regierung weicht zurück.

Berlin, 15. Dezember. (Eigener Bericht.) Der Bildungsausschuß des Reichstages legte am Donnerstag die Beratung des Schulgesetzes bei Paragraph 13 fort, der die Schulaufsicht und Schulverwaltung regelt. Abg. Dr. Löwenstein (Soz.) verlangte die Streichung des Paragraphen bis auf die Bestimmung, daß die Aufsicht über alle Volksschulen der Staat führt. Die Ernennung von Schulräten nach konfessionellen Gesichtspunkten schaffe die größten Schwierigkeiten. Der Schulrat müsse ein Beamter mit ausgezeichneter Fähigkeit zur Toleranz sein. Nach dem Gesetzentwurf werde der Schulrat jedoch zum unkritischsten Beamten. Wenn die Regierungsparteien an dem Entwurf festhielten, müßten auch für die weltlichen Schulen Aufsichtsbekannt ernannt werden, die auf dem Boden der weltlichen Schule stehen.

Für die preussische Regierung machte Ministerialdirektor Kaestner schwere Bedenken geltend. Eine Stellung des Schulrats nach den Bestimmungen des Entwurfs sei unvereinbar mit seinen eigentlichen Aufgaben. Auch die finanzielle Belastung werde sehr groß. Preußen habe heute 530 Schulräte; nach dem Entwurf werde mindestens die doppelte, vielleicht die dreifache Zahl notwendig. Der Vertreter der Reichsregierung erklärte, daß diese Entscheidung dem Ausschuss überlasse und auch damit einverstanden sei, daß er bei dem bis jetzt bestehenden Recht in den einzelnen Ländern bleibe. Die schärfste Regierung wandte sich gegen die Wiedereinführung der Aufsicht von Geistlichen in die Schulverwaltung durch die Schulverwaltungsbehörden. Abg. Rheinländer (Ztr.) verherrlichte die Bestimmungen des Gesetzentwurfes. Besonders auf dem Lande komme man ohne einen Geistlichen nicht aus, da er der einzige sei, der einen Ueberblick über das gesamte Erziehungswesen habe.

Petroleum.

Roman von Upton Sinclair.

Copyright 1927 by Knopf-Verlag L. G., Berlin W. 50.

10] (Nachdruck verboten.)

„Auch ich nicht,“ erklärte Fräulein Snapp, die Krankenschwester, eine energiegeliche junge Dame mit Brille. „Ich finde, wir Eigentümer der kleinen Grundstücke haben uns schon genug gefallen lassen.“

„Ich finde,“ sprach Herr Hant, „daß wir uns an den ursprünglichen, den einzig vernünftigen Vertrag halten sollen, nämlich, daß wir alle gleichmäßig beteiligt sind.“

„Ich möchte auf etwas hinweisen, Herr Hant,“ sagte Herr Dibble äußerst würdevoll. „Wenn ich recht unterrichtet bin, so besitzen Sie eines der kleinen Grundstücke in der Nähe der Nebenstraße.“

„Haben Sie auch in Betracht gezogen, daß Ihnen das Gesetz außerdem fünfzehn Fuß der Straßenflucht zuspricht? Dadurch wird Ihr Grundstück größer, als die mittleren Durchschnittsgrundstücke.“

Herr Hant machte ein erschauertes Gesicht. „Oh!“

„Und unsere kleinen Grundstücke, die nicht an der Straße liegen?“ rief Frau Keitz, die Frau eines Kassehalters. „Was ist's mit meinem Mann und mir?“

Frau Goarty lachte laut. „Oh! Oh! Das ist freilich etwas anderes. Jetzt kommen die mittleren Grundstücke zu kurz, wir, die wir die Hälfte des Bodenbesitzes darstellen.“

„Wir sehen, wir sind schon hineingefallen,“ sprach Herr Sahn, der Studient. „Wir wissen gar nicht mehr, wohin wir gehen.“

„Wir wissen gar nicht mehr, wohin wir gehen,“ sprach Herr Dibble. „Wir wissen gar nicht mehr, wohin wir gehen.“

Die Walter Brown waren ursprünglich auf den Gedanken gekommen, für diesen Block einen Gemeindefonds-Vertrag abzuschließen. Zwei bis drei Grundstücke genügt für einen Block, doch konnte man für eine derartige Sache nur einen kleinen Konzern finden und lief Gefahr, einem Spekulanten in die Hände zu fallen, vielleicht von einem Syndikat ausgebeutet, in „Anteilen“

weiterverkauft oder durch einen von den anderen gebrochenen Vertrag gebunden zu werden, zuzusehen zu müssen, wie andere Leute aus dem Boden das Petroleum gewonnen. Nein, das richtige war, daß sich ein ganzer Block zusammenfand, dann hatte man Raum genug für ein halbes Dutzend Bohrtürme und konnte mit einem der großen Gesellschaften verhandeln, es würde rasch gebohrt werden, und was noch wichtiger war, man würde seines Anteils sicher sein.

Nach viel Mühen, Drohen, Schmiegeln, Überreden, Feilschen und Intrigieren waren die Besitzer von vierundzwanzig Grundstücken bei den Grants zusammengekommen und hatten, Männer und Frauen, den „Gemeindefondsvertrag“ unterschrieben, sich verpflichtet, nicht einzeln zu verpacken. Das Dokument war im Bezirksoffizier hinterlegt worden, und nun wurde den Beteiligten von Tag zu Tag klarer, was sie sich selbst angetan hatten. Sie hatten belächelt, einig vorgegangen, und seit jenem Tage gab es nichts, über das sie einig gewesen wären.

Sie kamen jeden Abend um sieben Uhr dreißig zusammen, tritten bis Mitternacht oder noch länger. Kehten dann erschöpft heim und konnten nicht schlafen. Sie vernachlässigten ihre Geschäfte, ihren Haushalt, das Begleichen des Rasenplatzes — was für einen Sinn hatte es, wie ein Hund zu arbeiten, da man ja doch reich werden würde? Sie hielten auch Winterfestlichkeiten ab, bildeten Fraktionen, ließen Gebilde, die sie mehr oder weniger im Geheimen brachten. Ihre schwache menschliche Natur hielt den allzu großen Anforderungen nicht stand, in ihrem Herzen war das Feuer der Eiz erloschen, Iedereine nun weißglühend und brachte in seiner Einsamkeit jedes Prinzip und jedes Gesetz zum Schwelgen. Die „Nachrichtblätter“ waren auf ihrer Spur, besagerten die Heime, telefonierten, folgten ihnen im Auto. Das brachte jedes neue Ansehen hat der erwarteten Depression neue Sorgen, Migränen und Haß. Wer auch immer ein Angebot vorbrachte, war bestimmt ein Betrüger, und wer dafür war, galt als kein Spielzeuge. Jeder von ihnen kannte alle möglichen Tricks und Betrügereien; selbst der arme, harmlose Herr Thompson der Zimmermann wurde eines Tages als er kam, mit einem großen Koffer und einem Koffer, ein Koffer, er hatte einige tausend Dollar in ein Dach gelassen — von einem Manne angehalten, der in einer prächtigen Limousine vorüberfuhr. „Streichen Sie ein, Herr Dumper,“ sprach der Mann. „Ein schöner Wagen, nicht wahr? Wäre es Ihnen angenehm, wenn ich aussteige und Sie im Auto liege? Ich läte es

Mussolini pouffiert Frankreich

Die französisch-italienischen Besprechungen bereits im Gange.

Rom, 16. Dezember. (Eigener Funbericht.)

Der italienische Diktator erklärte am Donnerstag im Ministerrat, daß die italienisch-französischen Besprechungen formell bereits begonnen hätten. Die Vorbesprechungen würden zunächst durch die Botschaft in Paris und Rom vermittelt. Sobald sie erfolgreich beendet sind, soll eine Begegnung zwischen Briand und Mussolini stattfinden.

Mussolini sagte u. a.: „Ich glaube, daß eine weitgehende Herzlichkeit und dauernde Verständigung zwischen Frankreich und Italien möglich und nützlich ist. Die diplomatischen Beratungen werden in aller nächster Zeit diese Probleme in Angriff nehmen, die weder schwerwiegend, noch unlösbar, sondern von bescheidener Natur sind, wie übrigens alle Probleme des Lebens in der Beziehung zwischen den Völkern. Wenn die Diplomaten ihre notwendigen Vorarbeiten geleistet haben werden, so logischerweise eine Begegnung zwischen den verantwortlichen Ministern die Folge sein.“

Paris, 16. Dezember. (Eigener Funbericht.)

Die gestrigen Erklärungen Mussolinis vor dem Ministerrat haben hier einen starken und durchaus erfreulichen Eindruck gemacht. Der offiziöse „Petit Parisien“ ist über den Wechsel Mussolinis sogar voller Freude und Genugtuung. Die Linkspresse begrüßt den erfreulichen Stimmungswechsel in Rom zwar auch, zeigt sich aber nicht ganz optimistisch.

Kirche und politischer Mord.

Das mexikanische Episkopat finanziert den Mord.

Mexiko-Stadt, 14. Dezember. (Eigener Drahtbericht.) In im Zusammenhang mit dem mißglückten Attentat gegen Obregon vorgefundenen Dokumente der Liga zur Verteidigung der Religionsfreiheit beweißen in schütternder Weise, zu welcher Stiebtüte der Fanatismus katholischer Kreise Mexikos gegen die Regierung geworden ist. Diese schon früher durch ihre regierungsfeindliche Haltung berüchtigte Liga und die ihr angehörigen katholischen Elemente sind demnach auch weiterhin fest entschlossen, mit illegalen Kräften gegen die Calles-Regierung zu kämpfen, um damit den sozialen Fortschritt der breiten Massen Mexikos zu hindern. So spricht der im Archiv der Liga vorgefundene wirtschaftliche Plan davon, daß man zur dauernden Beunruhigung der Regierung mit 40 000 bis 50 000 Aufständischen über den ganzen Republik zählen müsse und zu diesem Zweck über vier Millionen Pesos benötigt würden. Im Innern des Landes sollen zwecks Erlangung dieser Mittel im geheimen 1000 Anteilsscheine, jebe zu 2000 Pesos untergebracht werden. Von denen 250 durch das mexikanische Episkopat und 150 durch katholische Organisationen und 250 durch katholische Privatpersonen fest zu übernehmen sind. Der Rest soll für besondere Zwecke und Interessen vorbehalten bleiben. Das Gesamtergebnis dieser inneren Anleihe soll nach Abzug aller Unkosten 1 550 000 Pesos oder rund 2 700 000 Mark ergeben.

China bricht mit Moskau.

Alle russischen Konsule ausgewiesen.

London, 15. Dezember. (Eig. Drahtbericht.) Die vereinigte nationalistische Regierung Chinas mit dem Sitz in Hankau hat am Mittwoch unter dem Eindruck der Vorgänge in Kanton tatsächlich beschlossen, mit Moskau zu brechen. Die Sowjetunion ist bereits aufgefordert worden, das Territorium der nationalistischen Regierung zu verlassen. Gleichzeitig wurden die sowjetrussischen Handelsagenten ersucht, ihre Tätigkeiten einzustellen.

Die nationalistische Regierung begründet ihre Maßnahmen damit, daß der Zustand in Kanton nur unter Beteiligung der sowjetrussischen Konsulate möglich gewesen sei. Inzwischen sind in Kanton im Zusammenhang mit dem kommunistischen Handbrot von den 13 verhafteten Russen bereits drei handrechtlich erschossen worden. Der Generalkonsul der Sowjetunion in Schanghai hat am Donnerstag die Pässe erhalten mit der gleichzeitigen Aufforderung, China innerhalb einer Woche zu verlassen.

Das Todesurteil gegen Schulz bestätigt.

Leipzig, 15. Dezember. (Eig. Drahtbericht.) Der 2. Strafsenat des Reichsgerichts bestätigte am Donnerstag das Urteil gegen die Gewerkschafter Schulz, Wilmanns und Grosse, die sämtlich zum Tode verurteilt sind.

gerne, könnten Sie Ihre Gruppe dazu veranlassen, mit dem Couch-Syndikat einen Vertrag abzuschließen.“ „Oh, nein,“ erwiderte Herr Dumper, „das kann ich nicht, ich versprach Fräulein Snapp, mich für den Plan der Owens einzusetzen.“ „Das ist erledigt,“ sagte eben mit Fräulein Snapp, und sie ist gerne bereit, ein Auto anzunehmen.“

Nun befanden sich bereits alle in einem hysterischen Zustand, als ihnen plötzlich die Hoffnung aufleuchtete: Herr und Frau Brown brachten das Angebot eines Mannes namens Sturt, des Vertreters von J. Arnold Koh, das beste Angebot, das sie bisher erhalten hatten: ein tausend Dollar für jede Parzelle, ein Viertel des Profits und die Verpflegung, binnen dreißig Tagen mit dem Bohren zu beginnen. Würde dieser Verpflichtung nicht nachgekommen, so erhielt jeder Grundstücksbesitzer nochmals tausend Dollars, die in der Bank hinterlegt waren.

Alle wußten von J. Arnold Koh. Die Lokalzeitungen hatten berichtet, daß abermals ein großer Mann das Prospekt Hill-Feld betreten habe. Sie brachten auch sein Bild und eine kurze Skizze seines Lebens. Er war der typische Amerikaner, aus der großstädtischen Masse hervorgegangen, ein Ruhm für das große Land der unbegrenzten Möglichkeiten. Herr Sahn, der Stukkateur, und Herr Dumper, der Zimmermann, Herr Hant, der Goldgräber, und Frau Goarty, der Nachtmacher, sowie Herr Rathe, der Konditor, und die Herren Lohler & Lohler, die Herrenschneider, fühlten, wie ihnen beim Lesen dieser Worte warm ums Herz wurde. Nun war auch ihre Chance gekommen, Amerika war auch für sie das Land der unbegrenzten Möglichkeiten!

Es gab noch einen qualvollen Kampf. Die großen und die mittleren Grundstücke beschlossen, zusammenzugehen, sie stimmten gegen die kleinen Grundstücke und lehten einen neuen Vertrag auf, demzufolge der Anteil jedes Grundstückes seiner Größe entsprach. Dann teilten sie Herrn Sturt mit, daß sie zum Verhandeln bereit seien, und Herr Sturt erklärte, der große Herr Koh werde am folgenden Abend um ein Viertel vor acht mit ihnen zusammentreffen und den Vertrag unterzeichnen. Und jetzt, gerade in der entscheidenden Minute, trat eine neue Komplikation ein: die kleinen Grundstücke kamen unerwarteterweise besser als die mittleren weg. Das Ergebnis war, daß die vier großen Grundstücke und die vier groß gewordenen kleinen Grundstücke für die Verpackung, die vier klein gebliebenen kleinen Grundstücke und die zwölf mittleren Grundstücke aber dagegen waren.

(Fortsetzung folgt.)

Die Stahlhelm mörder von Arensdorf.

Schwere Bloßstellung der Entlastungszeugen. — Schmelzer vollverantwortlich.

Die Aussage des Knaben glaubwürdig.

Frankfurt a. O., 15. Dezember (Eigener Drahtbericht). Am Donnerstag wurde im Arensdorfer Prozeß zum erstenmal der Lehrer Köster unter die Lupe genommen. Er hatte am Mittwoch die Glaubwürdigkeit des entlastenden Zeugen Wormelcher in Zweifel gezogen. Es stellte sich bei der neuen Vernehmung des Lehrers heraus, daß er am Mittwoch durch die Versicherung, er gehöre zum Stahlhelm, nur die halbe Wahrheit gesagt habe. In Wirklichkeit ist er zwar im Frühjahr dieses Jahres auf einer Verfügung, also nicht aus eigenem Entschluß, aus dem Stahlhelm ausgeschieden. Er hat aber nach seinen Angaben keine Gesinnung noch seine Beziehungen zu Stahlhelmlern geändert.

In tiefem Schwarz erziehen dann die Mutter des erschossenen Leutnants Wolant zur Vernehmung. Sie schildert unfreundliche Behandlung, die ihr beim Besuch ihres Sohnes im Frankfurter Krankenhaus zuteil wurde und macht ihre Aussagen unter dauerndem Weinen, während die beiden Angeklagten Schmelzer teilnahmslos dahinsitzen und nicht das geringste Anzeichen nachträglicher Reue verraten.

Im übrigen wurden am Donnerstag hauptsächlich die Gutachten der medizinischen und psychiatrischen Sachverständigen entgegengenommen. Zunächst erläuterten die Ärzte die Art der Verwundungen und ihre Auswirkung. Es stellt sich danach kein Zweifel darüber, daß der Schuß, der den Leutnants Wolant tödlich traf, unbedingt tödliche Wirkung hatte. Soweit der Tod Wolants in Betracht kommt, ergibt sich aus der übereinstimmenden Auffassung sämtlicher Gutachter, daß die unmittelbare Todesursache ein schlagartig eingetretener Wundstarrkrampf war und durch die Schlägen hervorgerufen worden ist, die sich an dem im Schienenwagen aufgefundenen Geschöß befanden. Mit besonderem Interesse sah man dem bisherigen Verlauf der Verhandlungen den Gutachten über den Geisteszustand des August Schmelzer entgegen. Sie lauten völlig übereinstimmend dahin, daß der Angeklagte zwar ein Psychopath ist, aber der § 51 des Strafgesetzbuches auf

Schmelzer nicht angewandt werden könne. Schmelzer sei leichter reizbar als ganz gesunde Menschen, aber es sei ausgeschlossen, daß bei ihm Bewußtlosigkeit oder eine solche Trübung der Geistestätigkeit vorliege, die seinen Willen ausschließe. Auch seine Behauptung, daß er mit Gummiknüppeln oder Schlagringen bearbeitet worden sei, wurde von dem Kreisarzt, der ihn sofort nach seiner Einlieferung ins Untersuchungsgefängnis untersucht hat, also am Tage nach der Tat, als unwahr nachgewiesen. Schmelzer hatte nach den Feststellungen und geringe Hautabkürzungen im Gesicht. Sowohl im Untersuchungsgefängnis wie in der Irrenanstalt hat Schmelzer mehrfach zu simulieren versucht. Das spricht für seine Intelligenz, nicht aber für Schwachheit.

Mit Spannung sah man schließlich dem Gutachten des Sanitätsrats Dr. Placzed über die Glaubwürdigkeit des jugendlichen Entlastungszeugen Wormelcher entgegen. Dieser Sachverständige für Kinderpsychologie schilderte eingehend die Wandlungen in der Bewertung von Kinderaussagen. Die Versuche, die er am Mittwoch hinsichtlich der Beobachtung gerade der Intelligenz und auch in bezug auf Charakteranlagen mit dem kleinen Wormelcher angestellt hat, veranlassen ihn im Gegenlatz zu den Behauptungen der Lehrer zu dem Gesamturteil, daß der Knabe eine geradezu hervorragende Fähigkeit an den Tag gelegt habe, die Dinge, die er nur ganz kurze Zeit sah, überraschend ausführlich, deutlich und objektiv zu schildern, daß er auch richtig und schnell rechnet und in Ausdruck wie in Schilderung über das Durchschnittsmaß hinausragt. Dr. Placzed hält die immer und in allen Vernehmungen trotz aller Querfragen gleichmäßig wiederholte Behauptung des Knaben über die Zurück des Vaters Schmelzer an seinen Sohn für absolut richtig und glaubwürdig. Trotzdem lehnt der Verteidiger Bloch noch die Ladung des Ortsgeistlichen durch, dem der kleine Wormelcher angeblich in der Konfirmandenstunde gestanden hat, daß er geschwindelt habe. Das Urteil ist kaum vor Sonnabend zu erwarten, da am Freitag erst die Plädoyers beginnen.

deutsch-polnischen Grenzführung durch neuere Veröffentlichungen genauer unterrichtet sind, wird man dies leider bezweifeln müssen. Danbrat a. D. Coester schildert aber die Vorgänge bei der Besetzung Polens so plastisch, daß man seine kleine Schrift auch bei abweichender Meinung in einen oder anderen Punkt gern immer wieder zur Hand nimmt, wenn der Streit um die Schuldfrage von 1918 sich erhebt. Ausgezeichnet führt er zum Beispiel die deutsch-nationale These ab, daß die Revolution „gemacht“ worden sei, um das Heer von der Heimat her zu erdolchen.

Das hat aber die „Schlesische Zeitung“ nicht gehindert, seine kleine Schrift sechs Jahre nach ihrem Erscheinen plötzlich zu „entdecken“ und als Inflagmaterial gegen die „Schuld beladenen Novembermänner“ zu verwenden (Sonderheft Nr. 601, Abendblatt). Wie das möglich ist? Nun, man läßt einfach alles weg, was Coester über Fehler und Schuld der Männer des alten Systems feststellt, übernimmt dagegen vollständig seine Kritik an der Politik der November-Regierung bzw. einzelner ihrer Vertreter, baut sich so auf und überdreht sie durch Weglassen der übrigen Ausführungen und — die deutsch-nationale Geschichtsklitterung ist fertig.

Aber alles in der Welt rächt sich. Es gibt schließlich noch politische Mächte, die ein Leben so großes Interesse daran haben, die Kräfte des neuen Deutschland als schwach und bummelhaft zu stellen und die Behauptung zu unterstützen, daß die deutschen Republikaner selbst auch die einst überwiegend deutschen Kreise Polens den Polen ausgeliefert hätten. Das sind nämlich die polnischen Nationalisten von der extrem deutschfeindlichen Führung Roman Dmowski, des heute in Polen ausgeschalteten Vertreters des polnischen Staates auf der Versailles-Konferenz. Dmowski's Organ, der „Kurjer Poczanski“, ist es nun bezeichnenderweise, der die ganze Darstellung der „Schlesischen Zeitung“ kritiklos, aber mit großer Freude übernimmt. Wird doch keine These, daß nicht die Republikaner, sondern die Nationalisten das wahre Deutschland repräsentieren, dadurch gestützt und seine alte Behauptung, daß die Polen nicht nur die überwiegend polnische Hauptstadt Polen und den östlichen Teil der Provinz mit seiner verhältnismäßig schwachen deutschen Minderheit, sondern das gesamte polnische Gebiet völlig legal übernommen hätten, geradezu „bewiesen“.

Und die Moral von der Geschichte? Verleumdungen der Deutschen Republik durch die deutschen Nationalisten erweisen sich als die besten Helfer des ausländischen Nationalismus in seiner giftigsten und deutschfeindlichsten Gestalt. Was natürlich die Deutschnationalen nicht hindern wird, auch in Zukunft ihre Augen weiter gegen die deutschen Republikaner zu spitzen, zur Freude der Dmowski, Karamsch usw.!

Noch einmal „Exzellenz“!

„Unfreundlichkeiten“ und „Umgangsformen“.

Dem Amtlichen Preussischen Pressebüro wird aus dem Preussischen Ministerium des Innern geschrieben:

Die Antwort des Preussischen Innenministers Erzinski auf eine kleine Anfrage der Deutschnationalen, in der Beschwerde darüber geführt wurde, daß dem Admiral von Schröder in Antwortschreiben des Ministeriums nicht die Anrede „Exzellenz“ gewährt wurde, ist von Zeitungen der Rechtsparteien abfällig kritisiert worden. Dem Preussischen Minister des Innern wurde in den Kommentaren der Rechtspresse vor- geworfen, daß seine Antwort „Mangel an Umgangsformen“ beweise, daß er es darauf absehe, „gegen einen Anhänger der früheren Staatsform Unfreundlichkeiten zu erweisen“ u. a. m.

Der Preussische Minister des Innern hat in seiner Antwort nur ausgeführt, daß es weder eine Bestimmung der Verfassung noch eines Gesetzes gäbe, wonach ein Rechtsanspruch auf die Anrede mit dem Prädikat „Exzellenz“ bestünde. Wenn nun trotzdem jene Presse über Unhöflichkeiten sich beklagt, so entbehrt das nicht eines gewissen Reizes. Admiral von Schröder hat nämlich in seiner Beschwerdeangelegenheit einige Briefe an den Preu-

sischen Minister des Innern gerichtet, in denen er selbst die einfachsten Formen der Höflichkeit völlig unbeachtet läßt. Einige Stellen aus diesen Schreiben belegen dies treffend.

In einem Schreiben vom 17. Mai 1927 heißt es: „Die beiden Entschlüsse erkenne ich, daß entweder der Vizepräsident nach dem Willen hat, bei hartem Verleihen freilebende Staatsbürger vor Befähigungen und Beschimpfungen durch den Straßensport zu schützen, oder er nicht die Fähigkeit besitzt, die zur Ausführung eines so verantwortlichen Postens benötigt werden.“

Als der Preussische Minister des Innern, Dr. Bescherer, dem Herrn Admirals von Schröder über den Vizepräsidenten von Berlin abschlägig beschied, ließ Admiral von Schröder sich in einem Briefe vom 2. September 1927 u. a. folgenbermaßen aus:

Ihre Entscheidung beweist mir aufs neue, daß Sozialdemokraten als Staatsbeamte nicht befähigt sind, unparteiisch zu entscheiden und daher nach meiner Auffassung nicht geeignet sind zu Staats- und Ehrenämtern. Ich muß es mir verlagern, in der Angelegenheit noch weitere Schritte zu tun, da die Unachtsamkeit der Entscheidung und der Umstand, daß in der Preussischen Staatsregierung der ausschlaggebende Ministerpräsident auch Sozialdemokrat ist, weitere Beschwerde zwecklos erscheinen läßt.

Wer nun schon einmal auf einen Ministerposten berufen ist, der sollte doch wenigstens, sofern er den Anspruch auf Bildung erhebt, die in allen Kulturstaaten üblichen Höflichkeitsformen nicht absichtlich außeracht lassen. Der Herr Innenminister hat mir feinerseits weder einen Titel zu geben noch vorzuzugestalten.

Ton und Inhalt dieser Sätze sprechen für sich selbst. Wer Höflichkeit verlangt, muß sie zunächst einmal selbst üben. Aber es scheint, daß Herr Admiral von Schröder und die ihm sekundierenden Zeitungen glauben, auch in Punkt „Höflichkeitsformen“ und „Umgangsformen“ mit zweierlei Maß messen zu dürfen.

Die Wahlvorbereitungen in Polen.

Warschau, 14. Dezember. (St.-Expres.) In diesen Tagen beginnen die entscheidenden Vorbereitungen für die Wahlkampagne. Gestern wurde der Generalkommissar ernannt und zwar der Vizepräsident des Senats, der ehemalige Chef des Ministerrats Bilsudski in der Jahren 1919/22. Für den Wahlkampf der Parteien stellt der Bilsudski Brief der Bischöfe einen Wendepunkt dar, der zu einem Zusammenbruch aller katholischen Wähler mit einer Spitze gegen die Bilsudski-Regierung auffordert. Es ist nunmehr nur eine Frage der Zeit, wann und wie ein National-katholischer Wahlblock zustande kommt. Ein solcher eröffnet den Nationaldemokraten die Möglichkeit einer Koalition mit anderen Rechtsparteien, die bereits soweit eingeschüchtern waren, daß sie die Nationaldemokraten übergeben wollten. Möglicherweise wird die Nationaldemokratische Partei bei Aufstellung der Listen einige „Kampfländchen“ opfern und gemäßigtere Politiker oder auch neue Namen aus Wirtschaftsbereichen und Hochschulkreisen vorziehen. Die Verhandlungen über einen national-katholischen Block umfassen vorläufig die Nationaldemokraten, die Christlichen Demokraten und den rechten Flügel der Nationalen Arbeitspartei. Dazu käme noch die Pilsudski-Partei zunächst in einer „beobachtenden“ Rolle. Die konservative Gruppe, an deren Spitze die Fürsten Radziwill und Sapieha stehen, erklärt, daß sie die Weisungen des Bilsudski-Briefes der Bischöfe „mit fester Ehrerbietung“ entgegennehme.

ESZ und Völkerbund.

Paris, 14. Dezember. (Eigener Drahtbericht.) Im „Populaire“ beschäftigt sich Blum mit der Frage des Verhältnisses zwischen der sozialistischen Internationalen und dem Völkerbund. Er führt aus, daß zwei Extreme vermieden werden müssen. Die Sozialisten dürfen nicht alle Kräfte für den Völkerbund konzentrieren und dadurch der Internationalen ihre Lebensfähigkeit nehmen. Sie dürfen aber auch nicht den Völkerbund systematisch bekämpfen und ihm nur Mistkauen entgegenbringen. Der Völkerbund hat keine Aufgaben, die in der rechtlichen Schlichtung internationaler Streitigkeiten, der vertraglichen Regelung von Sanktionen und der Abklärung befinden, nur mit Hilfe und unter dem Druck der Internationalen erfüllen. Deshalb müsse die Internationale, ohne die sozialistischen Endziele aus dem Auge zu verlieren, den Völkerbund aufrichtig unterstützen und ihn bei seinen Arbeiten zu lenken versuchen.

Der Reichsrat genehmigt die Befoldungsvorlage.

Der Reichsrat genehmigte am Donnerstag einstimmig die vom Reichstag verabschiedete Befoldungsvorlage.

Die Abfindung des Medlenburger Fürstenhauses.

Schwerin, 13. Dezember. (Eigener Drahtbericht.) Der Medlenburgische Landtag nahm am Dienstag eine Abfindungsvorlage über die Auseinandersetzung mit dem vormals großherzoglichen Hause an. Danach werden die vom Großherzog an den Freistaat Medlenburg-Schwerin gestellten Aufwertungsansprüche mit vier Millionen abgegolten. Dieser Betrag soll am 15. Dezember zur Auszahlung gelangen. Das Land Medlenburg erzielt mit der Annahme dieses Vergleichs eine Ersparnis von etwa 6 Millionen Mark.

Die medlenburgische Vorkriegsregierung hat am Dienstag beschloffen, für Rinderbrennstoffe, die kurzfristig erwerbslos sind, zu Weihnachten eine Beihilfe von 9000 Mark zur Verfügung zu stellen. Die Fürstorgane des Landes sind angewiesen, entsprechende Beträge noch vor Weihnachten zur Auszahlung zu bringen.

Neuer Reichswehr-Kommandeur. Der General Kreh von Krellenstein wurde vom Reichswehrminister zum Nachfolger des am 1. Januar 1928 in den Ruhestand tretenden Führers des Reichswehr-Gruppenkommandos II, Kassel, General Reinhardt, ernannt.

Wasserstand

16. Dezember.

Kattow...	1.10	Kaniken (Unter-Vogel).....	1.84
Kelße (Stadt) vom 15. 12.	0.61	Dobersdorf.....	1.41
Kelßemündung (Unter-Vogel) ...	1.40	Waldmünde (Schiff) 0.77 dm	
Wriezen (Wriezen)	2.04	Wriezen vom 15. 12.	0.80
Wriezen	0.80	Wriezen vom 15. 12.	0.80

Dortmunder **Schwarz Boxcall 19.50** **Braun Boxcall 21.50**

DER PREISWERTE QUALITÄTSSCHUH

Schweidnitzer Straße 28 • Schweidnitzer Straße 21/22 • Schmiedebücke 46/47 • Ohlauer Straße 18 • Blücherplatz 5 • Adolbertstraße 2

Die Stahlhelmvorfälle von Trensendorf.

Schwere Bloßstellung der Entlassungszeugen. — Schmelzer vollverantwortlich.

Die Aussage des Knaben glaubwürdig.

Frankfurt a. O., 15. Dezember (Eigener Drahtbericht). Am Donnerstag wurde im Trensendorfer Prozeß zum erstenmal der Lehrer Kasper unter die Lupe genommen. Er hatte am Mittwoch die Glaubwürdigkeit des Angeklagten Schmelzer in Zweifel gezogen. Er stellte sich bei der neuen Befragung des Lehrers heraus, daß er am Mittwoch durch die Versicherung, er gehöre zum Stahlhelm, nur die halbe Wahrheit gelagt habe. In Wirklichkeit ist er zwar im Frühjahr dieses Jahres auf Grund einer Verfügung, also nicht aus eigenem Entschluß, aus dem Stahlhelm ausgeschieden. Er hat aber nach seinen Angaben weder seine Gesinnung noch seine Beziehungen zu Stahlhelmsoldaten gewechselt.

In tiefem Schwarz erschien dann die Mutter des erschossenen Hammermannes Wolfant zur Vernehmung. Sie schildert die unheimliche Behandlung, die ihr beim Besuch ihres Sohnes im Frankfurter Krankenhaus zuteil wurde und macht die Aussagen unter dauerndem Weinen, während die beiden Angeklagten Schmelzer teilnahmslos dastehen und nicht das geringste Anzeichen nachträglicher Reue verraten.

Im übrigen wurden am Donnerstag hauptsächlich die Gutachten der medizinischen und psychiatrischen Sachverständigen entgegengenommen. Zunächst erläuterten die Ärzte die Art der Verwundungen und ihre Auswirkung. Es besteht danach kein Zweifel darüber, daß der Schuß, der den Reichsbannermann Tleske traf, unbedingt tödliche Wirkung hatte. Soweit der Tod Wolfants in Betracht kommt, ergibt sich aus der übereinstimmenden Auffassung sämtlicher Gutachter, daß die unmittelbare Todesursache ein nachträglich eingetretener Wundkrampf war und durch die Schlägen hervorgerufen worden ist, die sich an dem im Schienenbahnwagen aufgefundenen Gefolge befanden. Mit besonderem Interesse sah man dem bisherigen Verlauf der Verhandlungen den Gutachten über den Geisteszustand des August Schmelzer entgegen. Sie lauteten völlig übereinstimmend dahin, daß der Angeklagte zwar ein Psychopath sei, aber der § 51 des Strafgesetzbuches auf

Schmelzer nicht angewandt werden könne. Schmelzer sei leichter reibar als ganz gesunde Menschen, aber es sei ausgeschlossen, daß bei ihm Bewußtlosigkeit oder eine solche Trübung der Geistestätigkeit vorliege, die seinen Willen ausschließe. Auch seine Behauptung, daß er mit Gummihüppeln oder Schlagringen bearbeitet worden sei, wurde von dem Kreisarzt, der ihn sofort nach seiner Einlieferung ins Untersuchungsgefängnis untersuchte hat, als am Tage nach der Tat, als un- wahr nachgewiesen. Schmelzer hatte nach den Feststellungen des Arztes bei seiner Einlieferung eine kleine Beule am Kopf und geringe Hautabrisse im Gesicht. Sowohl im Untersuchungsgefängnis wie in der Irrenanstalt hat Schmelzer mehrfach zu simulieren versucht. Das spricht für seine Intelligenz, nicht aber für Schwachinn.

Mit Spannung sah man schließlich dem Gutachten des Sanitätsrats Dr. Placed über die Glaubwürdigkeit des jugendlichen Belastungszeugen Vormelcher entgegen. Dieser Sachverständige für Kinderpsychologie schilderte eingehend die Wandlungen in der Bewertung von Kinderausagen. Die Ver- sätze, die er am Mittwoch hinsichtlich der Beobachtung gerade der Intelligenz und auch in bezug auf Charakteranlagen mit dem kleinen Vormelcher angestellt hat, veranlassen ihn im Gegensatz zu den Behauptungen der Lehrer zu dem Gesamtergebnis, daß der Knabe eine geradezu hervorragende Fähigkeit an den Tag gelegt habe, die Dinge, die er nur ganz kurze Zeit sah, über- raschend ausführlich, deutlich und objektiv zu schildern, daß er auch richtig und schnell rechte und in Ausdruck wie in Schilderung über das Durchschnittsmäß hinausragt. Dr. Placed hält die immer und in allen Vernehmungen trotz aller Auerfragen gleichmäßig wiederholte Behauptung des Knaben über die Zusage des Vaters Schmelzer an seinen Sohn für absolut richtig und glaubwürdig. Trotzdem bestehe der Verteidiger Bloch noch die Ladung des Ortsgeistlichen durch, dem der kleine Vormelcher angeblich in der Konfirmationsstunde gestanden hat, daß er geschwindelt habe. Das Urteil ist kaum vor Sonnabend zu erwarten, da am Freitag erst die Plädoyers be- ginnen.

Ein völlig ungenügender Vorschlag.

Ein Antrag der Regierungsparteien zur Lohnsteuerentlastung. Berlin, 15. Dezember. (Eigener Bericht.) Im Steuer- auschuß des Reichstages begründete Abg. Brüning am Donnerstag einen gemeinsamen Antrag des Centrums, der Deutschen Nationalen und der Sozialistischen Volkspartei, der das Einkommensteuer- gesetz folgendermaßen ändern will:

1. Der Steuerabzug vom Arbeitslohn soll um 15 Prozent, jedoch höchstens um 2 Mark monatlich (50 Pf. wöchentlich) ermäßigt werden.
2. Die veranlagte Einkommensteuer wird eben- falls um 15 Prozent ermäßigt, jedoch höchstens um 24 Mk. jährlich, wenn das Einkommen den Betrag von 8000 Mark nicht übersteigt.
3. Die abzugsfähigen Sonderleistungen sollen für Ledige von 480 auf 600 Mark und für Familien- angehörige von 100 auf 250 Mark erhöht werden.
4. Steuerbeträge, die monatlich eine Reichsmark (wöchentlich 25 Pf.) nicht übersteigen, werden nicht erhoben. Die entsprechenden Sätze waren bisher 80 und 20 Pf.
5. Das Gesetz über die Beschränkung der Einnahme aus der Lohnsteuer vom 3. September 1925 (Weg Brüning) soll folgende Fassung erhalten:

„Uebersteigt das Einkommen aus der Lohnsteuer im Kalenderjahr 1928 oder in einem späteren Kalenderjahre den Betrag von 1300 Millionen Reichsmark, so hat die Reichsregierung einen Gesetzentwurf vorzulegen, der eine Senkung der Lohnsteuer herbeiführt.“

Die Reichsregierung erklärte zu diesem Antrag ihre Zustimmung, da angenommen werden könne, daß die Länder und Gemeinden mit ihm einverstanden seien, und der Ertrag von 1300 Millionen mit Sicherheit aufkommen werde. Auch die Methode der Lohnsteuerentlastung sei der Regierung angenehm, da niemand aus der Steuerpflicht völlig herausfalle, wie das bei einer Erhöhung des Ertragsminimums der Fall gewesen wäre. Reichsfinanzminister Dr. Köhler betonte, die Reichsregierung habe in keiner Phase den Gedanken erwoogen, von der Weg Brüning abzuweichen. Der Betrag von 1300 Millionen werde mit Rücksicht auf die Erhöhung der Beamtenbezüge erforderlich sein.

Auf Verlangen der Oppositionsparteien, denen der Antrag erst bei Beginn der Sitzung vorgelegt worden war, vertagte sich der Ausschuß auf Freitag.

Schon jetzt aber kann gesagt werden, daß der Antrag der drei Regierungsparteien — die Deutsche Volkspartei selbst beiseite — in jeder Hinsicht ungenügend ist. Er bringt den einzelnen Lohnsteuerpflichtigen nur eine unerheb- liche Senkung ihrer Steuerleistung und wird ein wesentlich höheres Aufkommen als 1200 Millionen liefern.

Deutschnationale Geschichtsklitterung.

Warschau, 10. Dezember. Vor sechs Jahren, 1921, gab der frühere Landrat von Jaroschin in der ehemaligen preussischen Provinz Polen, Robert Coester, eine kleine historische Studie „Die Loslösung Polens“ (Georg Stilke Verlag, Berlin) heraus. In der „Volkswacht“ ist dieses interessante Zeugnis eines nach Unparteilichkeit strebenden Beamten damals auch besprochen worden. Es wägt die Schuld der Vertreter des alten Systems, insbesondere des ehemaligen kommandierenden Generals in Polen und die Schwäche der Re- volutionenregierung des November, deren Macht ja praktisch kaum über Berlin hinausreichte, vorsichtig gegeneinander ab. Dabei wird behauptet, daß die Vertreter des neuen Systems nicht ein- heitlich für das feste politische Ziel einer Volksabstimmung in dem unfruchtlichen Gebiet eingetreten seien, ohne daß allerdings dem Verfasser der Nachweis gelungen wäre, daß die Siegermächte damals einen solchen Gedanken berücksichtigt hätten. Heute, da wir über die Versailles Verhandlungen gerade in der Frage der

deutsch-polnischen Grenzführung durch neuere Veröffentlichungen genauer unterrichtet sind, wird man dies leider bezweifeln müssen. Landrat a. D. Coester schildert aber die Vorgänge bei der Be- setzung Polens so plastisch, daß man seine kleine Schrift auch bei abweichender Meinung im einen oder anderen Punkt gern immer wieder zur Hand nimmt, wenn der Streit um die Schuldfrage von 1918 sich erhebt. Ausgezeichnet führt er zum Beispiel die deutsch- nationale These ab, daß die Revolution „gemacht“ worden sei, um das Meer von der Heimat her zu erschöpfen.

Das hat aber die „Schlesische Zeitung“ nicht ge- hindert, seine kleine Schrift sechs Jahre nach ihrem Erscheinen plötzlich zu „entdecken“ und als Anlagematerial gegen die „fluch- beladenen Novembermänner“ zu verwenden (Leitartikel Nr. 591, Abendblatt). Wie das möglich ist? Nun, man läßt einfach alles weg, was Coester über Fehler und Schuld der Männer des alten Systems feststellt, übernimmt dagegen vollständig seine Kritik an der Politik der November-Regierung bzw. einzelner ihrer Ver- treter, bauscht sie auf und übertreibt sie durch Weglassen der übrigen Ausführungen und — die deutschnationale Geschichts- klitterung ist fertig.

Aber alles in der Welt rächt sich. Es gibt schließlich noch politische Mächte, die ein eben so großes Interesse daran haben, die Kräfte des neuen Weltzustand als schwach und dumm hin- zustellen und die Behauptung zu unterstützen, daß die deutschen Republikaner selbst auch die einst überwiegend deutschen Kreise Polens den Polen ausgeliefert hätten. Das sind nämlich die polnischen Nationalisten von der extrem deutschfeindlichen Führung Roman Dmowski, des heute in Polen aus- geschalteten Vertreters des polnischen Staates auf der Versailles Konferenz. Dmowskis Organ, der „Kurjer Poznanjski“, ist es nun bezeichnenderweise, der die ganze Darstellung der „Schlesischen Zeitung“ kritisiert, aber mit großer Freude übernimmt. Wird doch seine These, daß nicht die Republikaner, sondern die Nationalisten das wahre Deutschland repräsentieren, dadurch gestützt und seine alte Behauptung, daß die Polen nicht nur die überwiegend polnische Hauptstadt Warschau und den östlichen Teil der Provinz mit seiner verhältnismäßig schwachen deutschen Minderheit, sondern das ge- samte polnische Gebiet völlig legal übernommen hätten, geradezu „bewiesen“.

Und die Moral von der Geschichte? Verleumdungen der Deutschen Republik durch die deutschen Nationalisten erweisen sich als die besten Helfer des ausländischen Nationalismus in seiner giftigsten und deutschfeindlichsten Gestalt. Was natürlich die Deutschnationalen nicht hindern wird, auch in Zukunft ihre Lügen weiter gegen die deutschen Republikaner zu spritzen, zur Freude der Dmowski, Kramarsch usw.

Noch einmal „Erzellenz“!

„Unfreundlichkeiten“ und „Angangsformen“.

Dem Amtlichen Preussischen Pressedienst wird aus dem Preussischen Ministerium des Innern geschrieben:

Die Antwort des Preussischen Innenministers Erzelenz auf eine kleine Anfrage der Deutschnationalen, in der Beschwerde darüber geführt wurde, daß dem Admiral von Schröder in Antwortschreiben des Ministeriums nicht die Anrede „Erzellenz“ gewährt wurde, ist von Zeitungen der Rechts- parteien abfällig kritisiert worden. Dem Preussischen Minister des Innern wurde in den Kommentaren der Rechtspresse vor- geworfen, daß seine Antwort „Mangel an Umgangsformen“ be- weise, daß er es darauf absehe, „gegen einen Anhänger der früheren Staatsform Unfreundlichkeiten zu erweisen“ u. a. m.

Der Preussische Minister des Innern hat in seiner Antwort nur ausgeführt, daß es weder eine Bestimmung der Verfassung noch eines Gesetzes gäbe, wonach ein Rechtsanspruch auf die Anrede mit dem Prädikat „Erzellenz“ bestünde. Wenn nun trotzdem jene Presse über Unhöflichkeiten sich beklagt, so entbehrt das nicht eines gewissen Reizes. Admiral von Schröder hat nämlich in seiner Beschwerdebelegene einige Briefe an den Preu-

ssischen Minister des Innern gerichtet, in denen er selbst die einfachen Formen, der Höflichkeit völlig unbeachtet läßt. Einige Stellen aus diesen Schreiben belegen dies.

In einem Schreiben vom 17. Mai 1927 heißt es: „Diese beiden Tatsachen lassen erkennen, daß ent- weder der Volkstribunal nicht den Willen hat, bei starkem Verleche freilebende Staatsbürger vor Beschäftigungen und Beschimpfungen durch den Straßenspiegel zu schützen, oder er dazu nicht die Fähigkeit besitzt, die zur Anbahnung eines so ver- waltenden Postens benützt werden.“

Als der Preussische Minister des Innern, Dr. Beschwerde des Herrn Admirals von Schröder über den Volkstribunal von Berlin abschlägig beschied, ließ Admiral von Schröder sich in einem Briefe vom 2. September 1927 u. a. folgendermaßen aus- sprechen: „Ihre Entscheidung beweist mir aus- neue, daß Sozialdemokraten als Staatsbeamte nicht befähigt sind, unparteiisch zu entscheiden und daher nach meiner Auffassung nicht geeignet sind zu Staats- und Ehrenämtern. Ich muß es mir verlagern, in der Angelegen- heit noch weitere Schritte zu tun, da die Unfähigkeit der Ent- scheidung und der Unfähigkeit, die in der Preussischen Staatsre- gierung der ausschlaggebende Ministerpräsident auch Sozialdemo- krat ist, weitere Beschwerde zwecklos erscheinen läßt.“

„Wer nun schon einmal auf einen Ministerposten berufen ist, der sollte doch wenigstens, sofern er den Anspruch auf Bis- dung erhebt, die in allen Kulturstaaten üblichen Höflichkeits- formen nicht abschlägig außeracht lassen. Der Herr Innenminister hat mir seinerseits weder einen Titel zu geben noch vorzuent- halten.“

Ton und Inhalt dieser Sätze sprechen für sich selbst. Wer Höflichkeit verlangt, muß sie zunächst einmal selbst üben. Aber es scheint, daß Herr Admiral von Schröder und die ihm sekundierenden Zeitungen glauben, auch in Punkte „Höflichkeitsformen“ und „Umgangsformen“ mit zweiterlei Maß messen zu dürfen.

Die Wahlvorbereitungen in Polen.

Warschau, 14. Dezember. (Ost-Expreß.) In diesen Tagen beginnen die entscheidenden Vorbereitungen für die Wahlkampagne. Gestern wurde der Generalwahl- kommissar ernannt und zwar der Justizminister Gar, der ehemalige Chef des Justizministeriums in den Jahren 1910/22. Für den Wahlkampf der Parteien stellt der Parteibrief der Bischöfe einen Wendepunkt dar, der zu einem Zusammenschluß aller katholischen Wähler mit einer Spitze gegen die Pilsudski-Regierung auffordert. Es ist nunmehr nur eine Frage der Zeit, wann und wie ein National-katholischer Wahlblock zustande kommt. Ein solcher eröffnet den Nationaldemokraten die Möglichkeit einer Koalition mit anderen Rechtsparteien, die bereits soweit eingeschüchert waren, daß sie die Nationaldemo- kraten übergeben wollten. Möglicherweise wird die Nationaldemo- kratische Partei bei Aufstellung der Listen einige „Kampfbünde- daten“ opfern und gemäßigtere Politiker oder auch neue Namen aus Wirtschaftsbereichen und Hochschulkreisen vorziehen. Die Verhandlungen über einen national-katholischen Block umfassen vor- läufig die Nationaldemokraten, die Christlichen Demokraten und den rechten Flügel der Natio- nalen Arbeitspartei. Dazu käme noch die Piast- Partei zunächst in einer „beobachtenden“ Rolle. Die konservati- ve Gruppe, an deren Spitze die Fürstlichen Kabinett und Sapieha stehen, erklärt, daß sie die Weisungen des Parteibriefes der Bischöfe „mit tiefer Ehrerbietung“ entgegennehme.

ENL und Völkerbund.

Paris, 14. Dezember. (Eigener Drahtbericht.) Im „Populaire“ befaßt sich Blum mit der Frage des Ver- hältnisses zwischen der sozialistischen Inter- nationale und dem Völkerbund. Er führt aus, daß zwei Extreme vermieden werden müssen. Die Sozialisten dürften nicht alle Kräfte für den Völkerbund konzentrieren und dadurch der Internationale ihre Lebensfähigkeit nehmen. Sie dürfen aber auch nicht den Völkerbund systematisch bekämpfen und ihm nur Mißtrauen entgegenbringen. Der Völkerbund könne seine Aufgaben, die in der rechtlichen Sanktionierung internationaler Streitigkeiten, der vertraglichen Regelung von Sanktionen und der Abrüstung bestünden, nur mit Hilfe und unter dem Druck der Internationale erfüllen. Deshalb müsse die Internationale, ohne die sozialistischen Endziele aus dem Auge zu verlieren, den Völkerbund aufrichtig unterstützen und ihn bei seinen Arbeiten zu helfen versuchen.

Der Reichsrat genehmigt die Befoldungsvorlage.

Der Reichsrat genehmigte am Donnerstag einstimmig die vom Reichstag verabschiedete Befoldungsvorlage.

Die Abfindung des Mecklenburger Fürstenhauses.

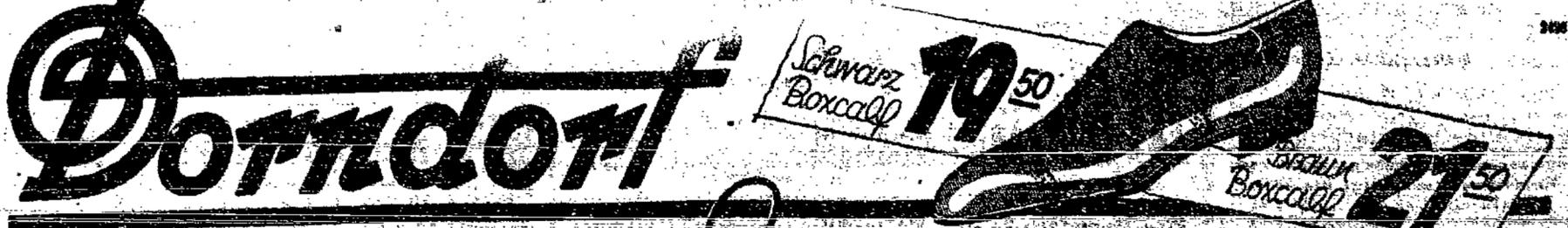
Schwerin, 13. Dezember. (Eigener Drahtbericht.) Der Mecklenburgische Landtag nahm am Dienstag eine Abfindungsvorlage über die Anwartschaften mit dem Vornamen großherzoglichen Hause an. Danach werden die von dem Großherzog an den Freistaat Mecklenburg-Schwerin gestellten Aufwertungsansprüche mit vier Millionen abgegolten. Dieser Betrag soll am 15. Dezember zur Auszahlung gelangen. Das Land Mecklenburg erzielt mit der Annahme dieses Vergleichs eine Ersparnis von etwa 6 Millionen Mark.

Die mecklenburgische Staatsregierung hat am Dien- stag beschlossen, für Winterbrennstoffe, die kurzfristig erwerblos sind, zu Weihnachten eine Beihilfe von 90000 Mark zur Verfügung zu stellen. Die Fürsorgebehörden des Landes sind angewiesen, entsprechende Beträge noch vor Weihnachten zur Auszahlung zu bringen.

Neuer Reichswehr-Kommandeur. Der General Krey von Krellenfeld wurde vom Reichswehrminister zum Nachfolger des am 1. Januar 1928 in den Ruhestand tretenden Führers des Reichswehr-Gruppenkommandos II, Kassel, General Reinhardt, ernannt.

Wasserstand

16. Dezember	
Katibor	1.10
Kelße (Stadt) vom 15. 12.	0.81
Kelßemündung (Unter-Seege) ..	1.04
Wiesing (Mittelland)	2.04
Tröben	0.80
Nauen (Unter-Seege)	1.04
Dobersdorf	1.41
Wahlmühle (Mittelland)	0.77
Wahlmühle vom 15. 12.	0.60
Wahlmühle + 0°	0.60



DER PREISWERTE QUALITÄTSSCHUH
Schweidnitzer Straße 28 • Schweidnitzer Straße 21/22 • Schmiedebücke 45/47 • Ohlauer Straße 18 • Bücherplatz 5 • Adalbertstraße 7

Sonntag, den 19. Dezember, sind unsere 3 Geschäfte von 1 1/2 bis 6 Uhr geöffnet

Sie

müssen, bevor Sie Ihre Einkäufe zum **Weihnachtsfest** machen, unter allen Umständen unsere 15 Schaufenster besichtigen. — Wir bedienen Sie so, daß Sie gern zu uns wiederkommen. Wir geben keinen Kredit, dafür kaufen Sie bei uns um

20% bis 50% billiger!

Jeder Kunde erhält bei uns 5% Sparrabatt!

Geschenke:

Für die Dame

Leib-, Bett- und Tischwäsche
Warme Unterwäsche
Pullover, Strümpfe
Handschuhe, Kleider
Mäntel, Schirme
Gardinen, Linoleum
Kleiderstoffe
Taschentücher
Damen-Hüte

Für den Herrn

Oberhemden
Tag- u. Nachthemden
Unterbekleider
Socken, Kragen
Krawatten, Stutzen
Hosenträger
Einsatzhemden
Taschentücher
Handschuhe
Pullover

Für das Kind

Hemden, Höschen
Strümpfe
Kleider, Mäntel
Hütchen
Taschentücher
Handschuhe
Oberstrümpfe
Rodel-Garnituren
Pullover
Strickwesten

Beste u. billigste Einkaufsquelle für Vereine, Krankenanstalten, Kommunen u. Waisenhäuser zur

Einbeschierung



KAUFHAUS Tenbergs
ALBERT
DAS GUTE EINKAUFSHAUS FÜR STADT UND LAND
Hauptgeschäft: Gartensfr. 103, Am Hauptbahnhof, opt. u. 15 Stock.
Filiale: Mathiasstr. 165/167, Ecke Kaspothstr.

II. Filiale: Brelfesfr. 51

Beim Einkauf von 3.00 Mark an einen eleganten Kalender gratis!

Alkoholfreie Getränke!

Schirdewan Fruchtsäfte

sind erstklassig:

- Ananas-Orangeade
- Himbeer-Zitron
- Erdbeer-Kirsch
- Johannisbeer-Apfel



Berufskleidung am Wachtplatz

Friedrich-Wilhelm-Straße 12 und 75



Bei uns finden Sie praktische Geschenke für alle Berufe. Wir fertigen selbst und sind daher konkurrenzlos billig. Nur beste Qualitäten werden verarbeitet. Wir empfehlen ferner aus eigener Anfertigung: Arbeitshosen, Laufhosen, Breccas, Windjacken, Winterjoppen. Sonntag von 12 bis 6 Uhr geöffnet. Versand nach auswärts frtk. p. Nachn. — Lebringsbekleidung.

Zum Fest empfiehlt pa. Rauchfleisch, weiße und geräucherte Bratwurst, sowie alle Sorten Fleisch und Wurstwaren zu billigen Preisen.

Alfred Just, Schmiedestr. 23

Angebot von Fleisch- und Wurstwaren für das Weihnachtsfest

zu sehr billigen Preisen und in bekannt guter Qualität

Schweinefleisch	1,20
Schweinehälften	1,10
Rindfleisch (ohne Knochen)	1,00-1,30
Sapponfleisch	0,80-1,10
Kalbsteck	1,00-1,30
Kalbsteck (ohne Knochen)	1,30-1,60
Pökelfleisch	1,00-1,10
Gepökelte Eisbeine	0,80
Rauchfleisch	1,20-1,30
Gulaschfleisch (nur Rind)	0,80
Gulaschfleisch (mit Schwein)	1,00
Gehacktes Pid. 0,30, Frischer Speck	1,65
Langenleib	0,90
Küchenspeck (deutscher)	1,20-1,30
Schweineleib (deutsches angebraten)	1,00
Gehackte u. roh. Schinken	0,50
Leberkäse mit Leber	0,50
Preßkopf und Morastella	0,25
Nutzw. mit Bräunswiger	0,25-0,35
Leberwurst u. Präferat	0,20
Klebbrot	1,00-1,40
Knochenbraten	0,70-0,90
Pökelbraten	0,80-1,10
H. Aufschnitt	0,40
Geräuch. Bratwurstchen	Paar 0,20 u. 0,30
Weiße Bratwurstchen	Paar 0,20 u. 0,30
Wiener Würstchen	Paar 0,10
Beckenwürstchen	Stück 0,10
Nudelstück Pid. 1,00, Frischfleischspeck	1,60
H. Forem	0,40
Weiße Zerkleinerung	1,20-1,60

sowie alle anderen Fleisch- u. Wurstwaren empfiehlt zu billigsten Preisen

Adolf Weib, Fleisch- u. Wurstfabrik
Merkstraße 13. — Telefon Rg 2669

Ein Weihnachts-
geschenk
von
dauerndem Wert
ist eine

Mercedes Modell 5

Sie ersparen sich viel Kopfzerbrechen, wenn Sie diese überall bevorzugte Schreibmaschine wählen, die auch bei Ihnen den Mittelpunkt des Gabentischen bilden wird.



MERCEDES-BÜROMASCHINEN-WERKE • ZELLA-MEHLIS I. THÜR.

Generalvertretung für Schlesien:
Albert Peiser, Breslau 1

Schmiedebrücke 36/38, Fernruf Ohle 77

14030

Der Weihnachtsmann

muß unbedingt zum Einkauf von Kleider-, Schuh-, Kopf-, Hut-, Möbel-, Zahnbürsten, Schwämmen, Fußmatten, Kämmen, Scheuertüchern, Pinseln, Wäscheleinen sich in unser Geschäftslokal

auf der Oderstraße

bemühen u. mit Rasiergarnituren, Toilette-Artikeln, Feinseifen, Geschenkboxen die Freude vergrößern. Wir bitten um rechtzeitigen Besuch

London & Co. — Oderstraße 5
G. m. b. H. 2 Viertel vom Ring

Unser Weihnachtsbesuch!



Billigste Parisa
Luffloffigen
Wollen
und bei Köpfen von
30 Mark an
nimmt
Bismarckstraße
Woll- u. Woll-
waren!

Winter-Mäntel	mod. Stoffe und Formen	19 ⁰⁰
Winter-Paletots	m. Samtkragen	32 ⁵⁰
Rock-Paletots	modern, elegant	39 ⁰⁰
Winter-Joppen	warm gefüttert	13 ⁷⁵
Smoking- u. Tanz-Anzüge	mit und ohne Borte	49 ⁰⁰
Blaue Anzüge	u. Kammergarn	45 ⁰⁰
Herren-Anzüge	deutscher Stoffe	23 ⁰⁰

Lynn Gombinowicz

Bismarckstr. 31

2 1/2 Minuten vom Hauptbahnhof
Sonntag geöffnet!

Arbeiter-Wohlfahrtslose

Hauptgewinn bis 50.000 Mark
nur 50 Pf. das Los
C. Kreisler
Schmiedebrücke 29 b

Nähmaschinen

für Haushalt, Holzarbeit u. Gewerbe
10 Mark wöchentliche
Anzahlung 2,50 Ratenzahlung
Jos. Greulich, Mechanikmeister
Herrnstraße 24. Tel. Ohle 6357.

Zu der „Vollwacht“ haben Stellen-Angebote

erfolge ihrer großen Verbreitung in Arbeiterkreisen

Urania

12 Monatshefte
für Frauen
Preis 1,20

200 getragene Mäntel

verkauft für die
Weihnachtszeit
Schneidungshaus Schwarz
14 20. Die genaue auf die Nummer zu achten!

Die Volkshilfe als Einheitslehre

von Dr. Max Apel.
Bestellungen werden von der Expedition dieses Blattes
sowie von landlichen Reiseverlegern entgegengenommen.

Billige Schuh-Zentrale

S. Ucko
Messergasse 29
Sonderpreise
Elegante u. praktische Schuhe gut u. preiswert!
Einsparung ermäßigt bis 50%
Arbeitschuhe: Sportstiefel: Langschläfer
Bei Einkauf von 3 Mark an ein Geschenk.

Breslauer Nachrichten.

Breslau, 16. Dezember.

Die städtebauliche Entwicklung von Paris

Vortrag von Dr. Otto Grautoff-Berlin in der Gesellschaft der Kunstfreunde in Breslau.

Am Dienstag Abend fand im Museum der bildenden Künste der zweite Vortragsabend der Gesellschaft der Kunstfreunde in Breslau statt. Der bekannte Kunsthistoriker Prof. Dr. Otto Grautoff hielt einen Vortrag über „Die städtebauliche Entwicklung von Paris“, den er durch zahlreiche Lichtbilder belebte. Der Vortragende, der etwas zusammenhanglos sprach und nicht gerade übermäßig tief in die Materie eindrang, gab zuerst Daten über die geschichtliche Entwicklung von Paris und führte solche allgemeine kulturhistorische wichtige Ereignisse an, die mitbestimmend für den Charakter dieser Stadt waren. Er zeigte die Bedeutung von Paris in der römischen Zeit, dann im Mittelalter und schließlich unter dem Absolutismus. Er konstatierte, daß Paris im frühen Mittelalter herangewachsen war als eine städtische Charakter durch die Jahrhunderte bewahrt hat und auch heute noch diesen katholischen Charakter zeigt. Ferner wies er darauf hin, daß Paris von jeher eine Stadt war mit weitgehend internationalen Beziehungen und einem stark flutenden Fremdenverkehr. Auf die städtebauliche Entwicklung im besonderen übergehend, schilderte er den Zustand der Stadt im Mittelalter und charakterisierte dann die beiden großen Modernisierungen des Stadtbildes, die der baulichen Entwicklung der Stadt das Gepräge aufgedrückt haben. Die erste Modernisierung fand statt unter dem werdenden Absolutismus, nämlich unter Heinrich IV., um die Wende des 16. zum 17. Jahrhundert und fand in der Form der italienischen Renaissance statt. Im Anschluß an diese Form entwickelte sich dann der besondere Stil der französischen Renaissance, der für die bauliche Entwicklung nicht nur von Paris, sondern ganz Frankreich so außerordentlich charakteristisch geworden ist. Die zweite Modernisierung fand statt im 19. Jahrhundert unter Napoleon III. und wurde durchgeführt von dem bekannten Seine-Präfekten Hausmann (1809 bis 1867). Der Vortragende zeigte sodann die große Einheitlichkeit im Aussehen der ganzen Stadt und wies auf die außerordentlich starke Gebundenheit der französischen Kunst an die Tradition. Im einzelnen schilderte er dann noch an Hand der Lichtbilder die großen Straßendurchbrüche, die unter Hausmann vorgenommen wurden und die Freilegung des Louvre, dessen Ausbau und das sich an den Louvre anschließende System von Plätzen bis zum Arc de Triomphe. Mit Recht kennzeichnete er diesen Ausbau als das Muster eines künstlerisch durchdachten Städtebaus. Zum Schluß kam er dann noch auf die künstlerische Bedeutung der Notre Dame auf der Île de la Cité zu sprechen. Der Vortrag fand den lebhaften Beifall der zahlreich erschienenen Zuhörerschaft.

Angestelltenversicherung.

Während bis zum 31. Dezember 1923 alle Anwartschaften in der Angestellten-Versicherung auf Grund einer gesetzlichen Sonderbestimmung als aufrecht erhalten gelten, ohne Rücksicht darauf, ob für einzelne Jahre zu wenig Beiträge oder kein Beitrag entrichtet wurde, muß vom Jahre 1924 an in jedem Jahre eine bestimmte Mindestzahl von Beitragsmonaten nachgewiesen werden, sonst gehen die Ansprüche aus der Versicherung verloren. Jeder freiwillig Versicherte regelt daher möglichst laufend, wenigstens aber bis zum Schluß jeden Kalenderjahres, seine Versicherung für das laufende Jahr. Die zur Aufrechterhaltung der Anwartschaft erforderlichen Beiträge für arbeitende Versicherte sind nach § 129 des Gesetzes über Arbeitslosenversicherung und Arbeitslosenversicherung vom 16. Juli 1927 während des Bezuges der Hauptunterstützung vom Arbeitsamt zu entrichten.

Von den städtischen Bädern.

Den Wünschen weiter Kreise Rechnung tragend, werden in den städtischen Warmbädern jetzt auch Zulaßbäder und zwar Nadel-, Sol- und Sauerstoffbäder verabfolgt. Die Preise hierfür betragen 0,90, 0,80 und 2,50 Mark für ein Bad. Außerdem werden die genannten Zulaßbäder auch an Krankenanstalten abgegeben und ihre mitversicherten Angehörigen auf ärztliche Verordnung abgegeben. Soweit die Krankenanstalten die Kosten für Zulaßbäder voll erstattet, geschieht die Abgabe an Kassemittglieder und ihre Angehörigen unentgeltlich gegen Vorlage der ärztlichen Verordnung. Andernfalls zahlen die Kassemittglieder für sich oder ihre Angehörigen nur den Betrag, der von ihnen zu tragen ist.

Die spinale Kinderlähmung.

Bisher sind wir in Breslau von der gefährlichen Krankheit ziemlich verschont geblieben. Allerdings sind Fälle in Breslauer Krankenanstalten zur Behandlung gekommen, doch wurden die Erkrankten zumeist von auswärts heftigen Krankenanstalten übergeben. Todesfälle sind bisher zwei vorgekommen, und zwar im Juni einer und im November einer. Krankheitsfälle kamen außerdem im Oktober einer, im November und Dezember je zwei zur Behandlung. Selbstredend wird für vollkommene Isolierung gesorgt, so daß irgend eine Weiterverbreitung von hier aus nicht erfolgt. Bei der Verbreitung, die die Krankheit in weiten Teilen des Reiches gewonnen hat, ist Wachsamkeit trotzdem auch bei uns geboten und bei jeder verdächtigen Erkrankung ist sofort ein Arzt zu bestellen.

Weihnachtseinrichtungen der Post in Breslau.

Zur glatten Abwicklung des Weihnachtspaketverkehrs der Post wird in Breslau am Sonntag vor Weihnachten (18. Dezember) sowie am ersten Weihnachtstage eine Paketzustellung stattfinden. Am zweiten Weihnachtstage werden nur durch Filialposten zuzustellende Pakete abgetragen werden. Die Paketannahmehalter werden am Sonntag vor Weihnachten bei folgenden Postämtern offengehalten werden: Bei den Postämtern 2 (Hauptbahnhof), 3 (Freiburger Bahnhof) und 22 (Weiße Dose) von 8 bis 18 Uhr, bei den Postämtern 13 (Glasener Straße), 16 (Kaiserstraße), 18 (Kaiser-Wilhelm-Straße, Ede-Kaiserstraße) von 8 bis 12 Uhr und beim Postamt 17 (Frankfurter Straße) von 9 bis 12 Uhr.

Das Auslandsfließband (Güterbahnhof Breslau-West) wird Sonntag vor Weihnachten von 7 1/2 bis 13 Uhr außergewöhnlich Dienststunden abhalten.

Das Postamt 1 (Neue Graupenstraße, Stadtgraben) wird am 24. Dezember von 9 1/2 bis 14 Uhr, am 25. und 26. Dezember von 9 bis 14 Uhr, am 27. Dezember von 9 bis 14 Uhr zur gemeinsamen Befertigung von Postsendungen geöffnet sein.

Sonabend, den 24. Dezember, werden bei den Postämtern wie in den Vorjahren Dienstbeschäftigten eintreten. In anderen werden die Posthalter im allgemeinen nur bis 6 Uhr offengehalten. Beim Postamt 1 (Albrechtstraße) werden jedoch einige Schalter für die Annahme von Einschreib- und Einschreibbriefen sowie für den Verkauf von Freimarken, beim Postamt 2 (Hauptbahnhof) die Paketannahmehalter bis 18 Uhr offen sein. Außerdem werden beim Postamt 2 am 18. und 24. Dezember auch außerhalb der Schalterstunden in der Zeit von 15 bis 20 Uhr Pakete gegen die besondere Einkaufsgebühr von 2 Pf. entgegenommen werden. Im Telegramm- und Geldprüfungsamt finden keine Beschränkungen statt.

Breslauer Stadtverordnetenversammlung.

Die Versammlung begann gestern mit einer kommunistischen Ueberraschung. Stadtv. Ammon hatte sich in der vorausgegangenen Sitzung eine Deputation von fünf Genossen aus einer kommunistischen Erwerbslosenversammlung mitgebracht und, um ihnen zu zeigen, wie forsch er die Interessen der Erwerbslosen und Notstandsarbeiter vertritt, eine laute Komödie aufgeführt. Nach dreimaligen Ordnungsrufen wegen schwerer Beleidigungen gegenüber Magistratsmitgliedern wurde vom Vorsteher zum ersten Male in diesem Hause der Maulkorbparagraph angewandt, und Herr Ammon für die ganze Dauer der Sitzung das Wort entzogen. Die „Arbeiterzeitung“ lobte am folgenden Tage Herrn Ammon in den höchsten Tönen, und geknurrte? — Ja, gestern erbat sich Herr Ammon am Beginn der Sitzung das Wort zu einer Erklärung und nahm „alle Vorwürfe persönlicher Natur“ mit Bedauern zurück. Das hätte allerdings nicht kommen dürfen. Öffentlich hat er sich diesmal seine fünf Genossen nicht wieder mitgebracht, sie würden sonst einen schönen Begriff von ihm bekommen haben. Und die „Arbeiterzeitung“ hat ihn ganz unisono gelobt.

Somit richtete sich gestern das ganze Interesse auf die beiden Dringlichkeitsanträge, Lohnerhöhung der städtischen Arbeiter und Erhöhung der Gas- und Elektrizitätspreise. Genosse Datz empfahl als Berichterstatter, der Lohnerhöhung zuzustimmen, die Gebührenerhöhung aber abzulehnen.

Deutschland — Oesterreich!

ist das Thema, über das heute Abend im Schickwerder

Genosse Dr. Deutsch-Wien

in öffentl. Reichsbanner-Versammlung sprechen wird.

Genosse Deutsch-Wien ist der Organisator und Führer des Oesterreichischen Schickwerder, wie auch der eigentliche Schöpfer der österreichischen Wehrmacht, die er während seiner Amtszeit als österreichischer Wehrminister aus den Volkswehren heraus schuf. Er ist auch Präsident der Luzerner Arbeiter-Sport-Internationale und Mitglied des Reichsausschusses im Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold“. Genosse Deutsch spricht zum ersten Mal in Breslau. Niemand versäume, ihn zu hören.

Kommt alle!

da die Einnahmen der Betriebswerke in den Wintermonaten voraussichtlich höher sein würden, als vom Magistrat angenommen wird. Es entwickelt sich eine sehr umfangreiche Aussprache, in die sowohl der Rämmerer als auch der Oberbürgermeister wiederholt eingreift, um die Annahme der Gas- und Elektrizitätspreise zu befürworten. Schließlich wurde diese Vorlage auf Antrag des Zentrums nochmals in den Ausschuß zurückverwiesen. Für die Lohnerhöhung fand sich eine Mehrheit, indem das Zentrum entgegen der Abstimmung im Ausschuß nun zustimmte.

Von Wichtigkeit war noch die Heranführung der Straßenbahn, vormulisch der Linie 9, an die Großmarkthalle in der Siebenständerstraße und die Bewilligung von 710 000 Mark für Notstandsarbeiten.

Gegen den Protest unseres Genossen Mache beschloß die Bürgermehrheit die Schaffung von drei neuen unbesoldeten Stadtratsstellen. Unschonend will man kurz vor den Wahlen, die eine stärkere sozialdemokratische Vertretung in Magistrat und Stadtverordnetenversammlung bringen werden, die Zeit noch zu sozialistenfeindlichen Magistratsbeschlüssen gehörig ausnützen. Denn von den drei neuen Stellen kann unsere Partei nur eine erhalten. Eine fällt den Deutschnationalen und eine dem Zentrum zu. Damit verstärkt sich die Bürgermehrheit des Magistrats um eine Stimme, von der oft sehr viel abhängen kann. Die Begründung mit der vermehrten Arbeit im Magistrat trifft zurzeit wenigstens nicht zu, denn wir haben schon seit den Ferien immer wieder darauf hinweisen müssen, daß der Betätigungsbedarf des Magistrats durch herrschende Geldknappheit (Verweigerung von Auslandsanleihen durch Schacht) und die hohen Zinssätze (10 bis 12 Prozent) fast ganz zum Erliegen gekommen ist. Mehr Stadträte also, und gemacht kann nichts werden, doch das Interesse der Rechtskreise erfordert das vor Tageschluß noch ja.

Nachdem die Sitzung von Stadtvorordneten-Vorsteher Friedrich eröffnet und von Bürodirektor Vogel die üblichen Mitteilungen verlesen wurden, erhält der kommunistische Stadtverordnete Ammon das Wort zu einer

persönlichen Erklärung.

die sich auf den Zwischenfall zwischen Ammon und Bürgermeister Fieschel bezog. Stadtv. Ammon erklärt, daß er ohne Änderung der sachlichen Stellungnahme (Wescher? Red.) die gegen Bürgermeister Fieschel erhobenen Vorwürfe bedauert und juristisch nicht anstand, wenn ohne wesentliche Debatten verschiedene Vorlagen auf Herstellung einer einseitigen Straßenbahn-Verbindung von der Gräbischer Straße zur Großmarkthalle zu Lasten des Straßenbahn-Haushaltsplanes. Einleitung des Enteisungsverfahrens zur Durchlegung der Charlottenstraße zwischen Gabis- und Vorstraße, Herabsetzung des Zinssfußes für ein Darlehen für eine Verleierungsanlage in Schöbis auf sechs Prozent, Einrichtung von zwei zusätzlichen Heizstellen in der Heißkühl-Herzpraktisch, Festsetzung der Gebührenordnung für die städtischen Markthallen, Verkauf von 1270 Quadratmeter Land in Stern zur Verwirklichung der Wasserwerkungsanlage des Gut. Steine, Verkauf von Gelände am Gräbischer Kirchhofsweg zum Straßenbau, anteilige Kostenübernahme für den Ausbau eines Reges durch den Reichverband Genowith-Schwoiff. Kostenübernahme in der Höhe von 5000 Mark und Übernahme einer Ausfallbürgschaft in gleicher Höhe für den kommenden

Jahr in Breslau stattfindenden Deutschen Feuerwehrtag, Festsetzung des Gehalts nach Gruppe VIII für die wiederzubehaltende Stelle eines besoldeten Stadtrats, Anschaffung einer Waschmaschine für das Wenzel-Haus-Krankenhaus und Zustimmung zu einem Reges in einer Oberumlegungsfrage angenommen.

Zu dem in der vorigen Sitzung gestellten Antrag der Sozialdemokratischen Fraktion bezüglich einer kürzeren Einfuhrnahme auf die Geschäftsführung des

Landesordchesters

beantragt Stadtv. Genosse Freny namens des Ausschusses VIII, dahin zu wirken, daß der Aufsichtsrat des Landesordchesters einen kontrollierenden Ausschuß, dem ein Vertreter der Stadt Breslau angehört, einzusetzen und die Bewilligung weiterer Mittel von der Vorlegung des letzten Jahresabschlusses sowie des Berichtes für das kommende Jahr, die durch einen eventuellen Unteranspruch noch besonders nachgeprüft werden können. Genosse Freny betont dabei, daß eine Klärung der rechtlichen Verhältnisse erforderlich sei und wirft im übrigen auch die schon oft diskutierten Frage auf, ob nicht eine Vereinigung des städtischen mit dem Schlesischen Landesordchesters, die bisher immer an Personellen scheiterte, sowohl geschäftlich wie künstlerisch ins Auge zu fassen und der Verwirklichung nahe zu bringen sei. Eine recht lebhaft Auseinandersetzung geht bei dem Antrag des Ausschusses I ein.

Die Zahl der unbesoldeten Stadträte um drei zu vermehren.

Stadtv. Gen. Mache wendet sich gegen diese Erweiterung des Magistratskollegiums, die in der Städteordnung keineswegs begründet ist und dazu führt, daß der Magistrat, der eine kleine Körperschaft sein soll, allmählich fast auf die Hälfte der Stadtverordnetenversammlung anwächst. Im Zeitloster der Nationalisierung und der stets gerühmten Sparlichkeit (Hört, hört! auf der Rechten), in denen der Verwaltungsapparat vereinfacht werden soll, ist es nicht angebracht, eine solche, das schnellere Arbeiten des Magistrats keineswegs förderliche Vermehrung vorzunehmen. Im übrigen sei es auch absolut überflüssig, jetzt so kurz vor den Wahlen eine derart einschneidende Veränderung dieses Kollegiums zu beschließen. Stadtv. Prof. Sappelt findet die Ausführungen des Genossen Mache nicht stichhaltig und diskutiert im wesentlichen über die neuzubehaltende Stelle eines besoldeten Stadtrates. (Zwischenruf bei den Soz.) Die Zahl der unbesoldeten sei aus Gewohnheitsrecht denen der besoldeten Stadträte gleichzustellen, weshalb die Zentrumsfraktion für den Antrag stimmen wird. Ungefähr im gleichen Sinne sprechen sich die Vertreter der Rechten und der Völkischen aus, während Stadtv. Ammon für die kommunistische Fraktion ebenfalls für Ablehnung und Siebrana für die Bodenreformer Stimmenthaltung bekannt gibt, da die Rechte der kleinen Fraktionen bei den Stadtratsbesetzungen nicht genügend gewahrt würden. Genosse Mache repliziert auf die Ausführungen Thums und Ammons und stellt fest, daß nach eigener Aussage des Oberbürgermeisters die Stadtverordnetenversammlung das tätige Organ der Stadtverwaltung sei, während die Funktion des Magistrats sich im wesentlichen auf das Bremsen beschränke. Zum Bremsen brauche man aber nicht drei Personen mehr. (Heiterkeit.) Schließlich wird der Antrag gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und Kommunisten angenommen.

Bei der Beratung eines Magistratsantrages auf vorläufige Auslegung der Kommission für die Nachprüfung der Fälle in der Beamtenbeholdung spricht Stadtv. Genosse Mache den Wunsch aus, daß bei künftigen Beratungen, bei denen die Direktoren der Werke und die Gewerkschaften von der Kommission vernommen werden, dies gleichzeitig und nicht, wie bisher, getrennt geschieht. Außerdem stellt er die Anfrage, ob der Magistrat bereit sei, die Differenz zwischen dem derzeitigen und dem nach der neuen Besoldungsordnung in Frage kommenden Gehalt noch vor Weihnachten als Voranschlag auszugahlen. Verwaltungsdirektor Hauschilt erklärt hierauf, daß der Magistrat bereit sei, die bisher ausgezahlten Voranschläge nochmals vor Weihnachten auszugahlen, wenn Magistrat und Fraktionsführer zustimmen. In Verbindung mit einem Antrag auf Ausführung von

Notstandsarbeiten

für insgesamt 70 025 Erwerbslosen-Tagewerke wird ein Dringlichkeitsantrag auf Herichtung des Sportplatzes in Oswig mit weiteren 2100 Erwerbslosen-Tagewerken beraten und nach kurzer Debatte angenommen. Stadtv. Genosse G. Wolf spricht dabei den Wunsch aus, es möge doch endlich statt der nicht so dringlichen Ausbesserung der Kaiser-Wilhelm-Straße die Wilhelmshavener Straße ausgebaut werden, und beantragt daher, die Positionen 3 und 9 des Planes in die Ausschuhberatung zu verweisen. Nachdem von der rechten Seite die Reparaturbedürftigkeit der Kaiser-Wilhelm-Straße besonders betont, von dem völkischen Stadtv. Stein auch der Wohnungsbau in die Debatte geworfen wurde, unterließ Stadtv. Gen. Vogt, daß die an der Wilhelmshavener Straße bauenden Siedlungsgesellschaften im kommenden Jahr nur bauen könnten, wenn die Straße fertiggestellt würde, werden die beiden Vorlagen angenommen und die Positionen 3 und 9 in die Ausschüsse II und IV verwiesen. Es folgt die Beratung zweier Dringlichkeitsanträge auf

Erhöhung der Arbeiterlöhne und der Preise für Elektrizität und Gas.

Der Dringlichkeitsantrag des Magistrats auf Erhöhung der Löhne für Handwerker um 4 Pf., für Un- und Angelehrte 3 Pf., und für Frauen um 2 Pf.

ist nach seinem Wortlaut an die Genehmigung der teilweisen Ubedeckung der bei besonderer Vorlage nachgewiesenen Mehrausgaben, das heißt, an die Genehmigung der Gas- und Elektrizitätspreiserhöhung gebunden. Stadtv. Genosse Datz spricht als Berichterstatter des Ausschusses VIII und begründet die von dem Ausschuß beschlossene Ablehnung der Gebührenerhöhungen, die bei den schon sehr hohen Breslauer Gebühren für die Bürgerschaft nicht tragbar und auch nicht erforderlich sei, denn es ist bei verschiedenen Positionen des Etats mit einer wesentlichen Mehreinnahme zu rechnen. Die Vorlage auf Lohnerhöhung sei — mit Stimmengleichheit — vom Ausschuß abgelehnt worden. Da sich aber keiner der ablehrenden Herren bereit fand, hier zu berichten, berichtet er nur im Sinne der zukünftigen Ausschuhmitglieder. In der Aussprache wendet sich Stadtv. Ammon gegen die Kommunalpolitik des Magistrats im allgemeinen und wirft dem Rämmerer Unfähigkeit vor.

Der Rämmerer Dr. Friedel will das nicht ernst nehmen und wendet sich dann gegen den Genossen Datz. Solange niemand vorhanden sei, der Geld aus dem verlängerten Rücken produziere (wozu diese zarte Umschreibung? Red.) müßten Mehrausgaben eben aus Steuern oder Gebührenerhöhungen bestritten werden. Es handle sich nicht allein um die Deckung der Lohnerhöhung, aber die verschiedenen neueren Vorlagen bedingen eine Mehrausgabe insgesamt von 12 Millionen und so ein Betrag erforderliche Deckung. Man müsse das Prinzip keine Ausgabe ohne Deckung machen und die Erhöhung beschließen, wenn man wolle, daß die Arbeiter zu ihrem Recht kämen. Stadtv. Ammon polemisiert gegen die „Minderbemerkung“ der Frau durch die geringe Erhöhungssumme und stellt den Zuschuß an, daß die zu beschließende Erhöhung insgesamt für die Zeit vom 1. Dezember 1927 bis 1. März 1928 vor Weihnachten ausgezahlt würde. Nachdem von bürgerlicher Seite und durch den Oberbürgermeister Dr. Mauer die nachträgliche Notwendigkeit der Deckung verschiedentlich aber im gleichen Sinne betont wurde

Rühmengeräte

Stahlwasser + Schilffische
Kochschichten usw. sind sehr praktische
Reinigungsgeräte. Man kauft sie gut bei

Eisen-Brandt

Inhaber:
Fritz & Max Brandt
Hilfsstraße 63
Ede-Neubau

Präsidenten der Stahlverordneten Genossen Bierlich und Dary
im Sinne der sozialdemokratischen Forderungen. Genosse Bierlich
unterstützt insbesondere, daß der — von bürgerlicher Seite an-
gestellten Bezugspreis nicht richtig ist, da die Arbeiter trotzdem
im Vergleich zu den Beamten seit 1924 Erhöhungen ihrer Bezüge
erfahren haben, hinter diesen zurückgeblieben sind. Im nächsten
Maße der vom Kammerer genannte Betrag nur 1 Prozent des
Stahls aus, was keine finanzpolitischen Vorzüge sein
wäre, wenn er von einem Magistrat mit Rücksicht auf unsere
Masse der Magistrate eine Einkommensmehrheit hätte, würde dieser
Bühnenhochpreis ein Hindernis für die Arbeiter sein, der lediglich
die Frage der Arbeiterlöhne mit der Frage der Erhöhung
erhöhen verknüpfen soll. (Zuschreifer: Sehr richtig!)

Stadt. Genosse Dary betreibt sich lediglich auf Zukunfts-
hoffungen zu verlassen. Wenn der Magistrat auf unsere
Masse nicht und die direkte Verantwortung tragen würde,
wäre seine Stellungnahme wohl eine andere. Als die Löhne
die Arbeiter in diesem Maße hatte, hinterließ sie einen Über-
schuß von 7 Millionen Man könnte also nicht, wie es von bürger-
licher Seite geschieht, von einer Bankrottverwaltung der Sozial-
demokratie sprechen. Es handle sich doch wirklich nur um 1 Pro-
zent des Stahls. Eine Zurückverweisung in den Ausschuß sei sinnlos
(Juni Soppelt: Wir hoffen, daß Sie dann mit uns stimmen).
Nein, in dieser Frage sind wir völlig unbeeindruckt. Bei der
allgemeinen vorgenommenen Abstimmung wird der Antrag auf Ge-
büßenerhöhung von den Sozialdemokraten, Kommunisten,
Radikalen, Wölkchen und Zentrum in den Ausschuß ver-
wiesen, der Antrag auf Lohnhöhung der Arbeiter und Hand-
werker mit der gleichen Mehrheit angenommen. Ein Ab-
änderungsantrag darf, die oben angezogene Bedingung aus der
Lohnhöherungsvorlage zu streichen, wird ebenfalls angenommen,
der Antrag Rohstoff auf Ausschüttung im ganzen dagegen gegen
die Stimmen der Sozialdemokraten und Kommunisten abgelehnt.
Bei der Beratung des nächsten Tagesordnungspunktes, einem
Dringlichkeitsantrag auf Ausbau freigegeben werden. Die
eigene Rede vom dem Magistrat dem Bestreben der Dienst-
stellenleiter entgegenzusetzen werden, den Betrieb auszuweiten,
was zu einer sehr bedenklichen

Aufklärung des gesamten Verwaltungsapparates
der Stadt geführt hat. Die Sozialdemokratie müsse sich vor-
bereiten, bei den nächsten Stabsberatungen einen Sonderauschuss
zur Überprüfung des Verwaltungsbetriebes zu fordern, denn so
wie bisher gehe es nicht mehr weiter. Oberbürgermeister
Dr. Wagner fragt daraufhin nach Material und verbreitet sich
eingehend über eine Reichstagsvorlage, die die Gemeinden ver-
pflichten soll, jede dritte Stelle in der Verwaltung einzuziehen.
Stadt-Vorsteher Friedrich macht unter Heiterkeit darauf aus-
merksam, daß er eine allgemeine Debatte über die Ver-
waltungsreform nicht zulassen könne. Die Vorlage wird dann
in den Ausschuss V überwiesen.
Die sofortige Beratung einer dringlichen Anfrage wegen
einer Betriebsförderung der Elektrizitätswerke am 9. De-
zember wird abgelehnt. Ein Zentrumsantrag, die Frage der
Überführung der Straßenbahn ins Beamtenverhältnis dem
Bezirksausschuss zur Entscheidung zu unterstellen, wird in den
Ausschuss I verwiesen, nachdem Stadt. Genosse Madge darauf
hingewiesen hat, daß ein solcher Schritt doch sehr ungewöhnlich sei
und allenfalls in der nächsten Sitzung beschloffen werden könne.
Schluß der öffentlichen Sitzung 9 1/2 Uhr.

Großer Einbruch in ein Pelzwarengeschäft

Ein recht verwegenes Diebstahlstück wurde vergangene Nacht
hier in Breslau ausgeführt. Als die Angestellten der Pelzhand-
lung Calomlet & Co. heute morgen das Geschäftsal in der
Gartenstraße 24 betreten, mußten sie feststellen, daß Einbrecher
während der Nacht hier eine eifrige Tätigkeit entfaltet hatten.
Der Boden war mit Schutt und Splitter bedeckt, umherliegende
Kleiderbügel wiesen auf Zeichen des Einbruchs. Ein großes Loch
oben in der Deckenplatte zeigte den Weg, den die Einbrecher ge-
nommen hatten. Die sofort benachrichtigte Kriminalpolizei konnte
feststellen, daß hier „Gad“ Leute an der Arbeit gewesen waren. Das
61x31 Zentimeter rechteckige Loch war sorgfältig ausgehölen
worden. Man mußte zu diesem Zwecke erst einen Voreinbruch
mittels Nachschlüssels in die Räume der über dem Laden ge-
legenen Büro-Räume der Striegauer Mühlenwerke machen, wo
man dann mit aller Ruhe und Sorgfältigkeit durch Ausheben der
Fußböden und Deckenplatten den Zugang in das Pelzwaren-
geschäft verschaffte, indem man sich mittels Strickleiter in den
hohen Raum hinaufkletterte. Auf diesem Wege wurde eine ganze
Anzahl kostbarer Pelze in den Besitz der Einbrecher gebracht. Die
ganze Art des Einbruchs zeigt, daß hier Diebe gearbeitet haben,
die sich vorher mit der Situation genau vertraut gemacht haben.
Die saubere Anlage und saubere Ausbebung sind Anzeichen,
daß man es mit gewerkschaftlichen Einbrechern zu tun hat. In dem
Büro der Striegauer Mühlenwerke ließ man alles unversehrt,
auch der in diesem Räume untergebrachte Geldschrank blieb un-
berührt. Die Kriminalpolizei ist zurzeit noch dabei, nähere Be-
standsaufnahme zu machen. Der Umfang des Schadens läßt sich
noch nicht genau feststellen, er dürfte jedoch bei dem hohen Wert
der gestohlenen Objekte recht beträchtlich sein. Wie uns von dem
Zugabe der Firma mitgeteilt wurde, ist schon im vergangenen
Jahre ein Einbruch durch den Keller versucht worden, der aber
scheiterte, weil der Keller nicht direkt unter dem Laden lag.
Daraufhin hat die Firma verstärkte Sicherheitsmaßnahmen ge-
troffen, die jedoch — wie dieser verwegene Einbruch zeigt — kein
Hindernis für diese Art von Einbrechern gewesen ist.

In den Gewerkschafts-Spielfestspielen

gelangt an den Spieltagen dieser Woche ein umfangreiches Pro-
gramm zur Durchführung. Der Hauptfilm „Der Sohn der Berge“,
ist eine Handlung, die in dem mild zerfließenden Gebirge des
Kantons aufgenommen wurde, wodurch praktische Natur-
aufnahmen in dem Rahmen der Spielhandlung Aufnahme fanden.
Der Inhalt des Films schildert den Kampf der Bergbewohner
gegen die Ausbeutung des Fürsten, der mit Hilfe seiner Kavalen
leinen Forderungen Geltung zu verschaffen sucht. Die verwegenen
Gezeiten des Bergvolkes, ihr Leben, ihr stürmischer, ver-
schlagener Krieg gegen die ausbeutende Obrigkeit zeigt in heiligen
Bildern vorüber, bis sich zum Schluß die Führer der Aufständischen
der Bevölkerung ihres Lebensrechts entgegen und einer von
ihnen den Fürsten im Zweikampf tötet. Der Film weicht insofern
von den Kassenfilmen ab, weil in ihm die Mitwirkung von
Stars nicht verlangt wurde. In dem umfangreichen Programm
läuft zunächst ein vom Institut für Kulturforschung aufge-
nommener Kulturfilm „Die Dörfer“, der in Teilbildern die Ent-
stehung der Ortschaften und die geologischen Ereignisse der
Erde erklärt und in Naturaufnahmen das fruchtbare Berg-
land, die Insel Helgoland und Hamburg, das nordische Berg-
land und den Weltbergschnee veranschaulicht. Ein weiterer Film
des Programms, der am Reichs-Arbeitertag in Berlin
aufgenommen wurde, zeigt der gewaltigen Kampf der Berliner
Arbeitertage in dem großen Stadion Berlin. Der imposante
Aufmarsch mit unzähligen roten Fahnen, Massenparaden

Sozialdemokratische Partei Gewerkschaftshaus, Zimmer 36

Direktion und Bezirksleiter
Die Abrechnung der verkauften Mitgliedskarten für den Monat Dezember
ist der Monatsversammlung am Montag, den 19. Dezember mit den
Mitgliedern im Gewerkschaftshaus, Zimmer 36, im Zentral-Ballsaal, Rath. Alle
Mitglieder sind eingeladen und sind abzufahren.
Die Monatsversammlung am Montag, den 19. Dezember, im Zentral-Ballsaal, Rath.
Nach 8 Uhr (Mittwoch) allen Karten erfolgt die Ausgabe der
Karten.
Dienstag 11. Freitag abends 8 Uhr, bei Gottschalk, außerordentlich wichtige
Jahresversammlung. Alle Bezirksleiter müssen unbedingt anwesend sein.
Dienstag 12. Unsere Weihnachtsfeier mit Theateraufführung und Besprechung
nach 8 Uhr, im Zentral-Ballsaal, Rath. Alle Genossinnen und Genossen, auch die der
Kochberufskräfte sind herzlich eingeladen.
Dienstag 17. Montag, den 19. Dezember, 10 Uhr, wichtige Punkt-
versammlung im Bezirksklub. Sämtliche Bezirksleiter müssen anwesend sein,
auch die der Kochberufskräfte. Alles alle Kartenmaterial ist mit-
zubringen. Eingegangene Mitgliedskarten nicht vergessen.
Dienstag 18. In unserer am Sonntag, den 18. Dezember, um 8 Uhr, in der
Küche der Schützengilde, stattfindenden Winterabendfeier, laden wir
alle Genossinnen und Genossen der Abteilung Ostauer zur herzlich ein.
Dienstag 19. Montag, abends 7 Uhr, im Verein der Gewerkschafts-
haus, Weihnachts- und Jubiläumsfeier. Sämtliche Genossen und Genossinnen der
Kochberufskräfte, insbesondere des Bezirks 22, sind herzlich eingeladen.
Sämtliche Karten müssen bis morgen abends, 7 Uhr, bei Genossen Grasser abgerechnet
werden.
Dienstag 21. Zur Generalsprobe sind alle Kinder Sonntag früh, 10 Uhr, bei
Mittag. Parteilosen, die beim Aufbau der Kinder helfen wollen, kommen
freitags, 17.30 Uhr zu Mittags. Die Weihnachtsfeier beginnt am Sonntag
um 16 Uhr.
Mittwoch, 22. Die Weihnachtsfeier Montag, den 19. Dezember, abends
7.30 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Zimmer 36. Sämtliche weiblichen
Funktionäre werden erwartet.

Sanjosalisten.
Heute abends, 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus.
Jugendsozialistische Arbeitsgemeinschaften.
Sonntag drei wichtige Angelegenheiten: Um 8 Uhr Treffen aller Genossen,
die sich an der Winterfahrt beteiligen. Wer nicht da ist, kann nicht mit. Um
9 Uhr: Führung für alle Mitglieder und Gäste durch die Buchausstellung. Um
10 Uhr: Vortrag des Genossen R. Kramer über „Die Christenlegende“. Alle drei
Besprechungen sind in der Bezirksklub, Talschloß.
Sozialistische Arbeiterjugend.
Zentrale Spielgruppe. Heute, 20. Uhr, Probe, Hülfsklub. Alle Rollen
auswendig. Kleidung vorbereiten. R. A. Probe für Gedächtnis.
Sprechchor. Diesen Sonntag haben wir um 10 Uhr unsere erste Probe in
der Viktorienstraße (Waldstraße). Der Dirigent wird sein. Wer nicht
da ist, soll sich selbst für dieses Werk aus. Wäre haben
keinen Zutritt.
Heute 5 (Vandervellensklub). Sonntag sind wir im Röhretheater. Dienstag
kommen die Funktionäre zu einer wichtigen Besprechung mit dem Partei-
funktionäre vom Mittelsort im Saal um 8 Uhr zusammen. Für die Jahresfüh-
rer der Disziplinäre regt rege werden. Karten am Donnerstag abgeben.

Bereinskalender.

SPD, Bezirk 15. Unsere Weihnachtsfeier mit Theateraufführung und Christ-
baum-Besprechung findet am Sonnabend, den 17. Dezember, 10 Uhr, im Zentral-
Ballsaal, Westendstraße, Rath. Alle Genossinnen und Genossen, auch die der
Kochberufskräfte, sind herzlich eingeladen. Eintritt 19 Pf.
Katerwider. Sonnabend, den 17. Dezember, 19.30 Uhr, im Zimmer 11, wichtige
Besprechung.
Schiffbau. Die für Sonnabend, den 17. Dezember, angelegte Branchen-Ver-
sammlung fällt aus.
Hausgewerkschaft. Hausgewerkschaft Breslau.
Hausgruppe der Juweliere, Gold- und Schmiedearbeiter. Sonntag, den 18. De-
zember, vormittags 10 Uhr, findet im Zimmer 12 des Gewerkschaftshauses,
unser Monatsversammlung statt. In Anbetracht der Wichtigkeit dieser Ver-
sammlung ist es Pflicht eines jeden Kollegen, pünktlich zu erscheinen.
Der Hausgruppenleiter.

Heute abends 5 und 8 Uhr

Die letzten 2 Filmvorführungen im alten Jahre
Das herrliche Programm:
Der Sohn der Berge
Kulturprogramm: „Die Nordsee“
in den Gewerkschaftshaus-Spielfestspielen
Uebliche Preise. Jugend verboten.
Lesen Sie bitte die Kritik im lokalen Teil!
Arbeiter-Sport-Karte (S. 3.)

und Aufnahmen aus allen Sportzweigen ziehen die Zuschauer in
ihren Bann und zeigen von der Stärke und dem umfangreichen
Betriebsgebiet des Arbeiterports. Die Volks-Wochen-
schau Nr. 45 mit Bildern aus allen Weltteilen, die auch den
blutigen Diktator Italiens mit seinen überblühenden Gestein im
Kreis seiner Getreuen zeigt, und zahlreiche Aufnahmen aus der
Technik des Flugwesens bringt, beschließt das umfangreiche, lebens-
wichtige Programm, das nur noch heute in zwei Vorstellungen ab-
gerollt wird, und das zu sehen, nur empfohlen werden kann.

Der Retterparagraf aller Völkischen.

Und Landgerichtsrat Gellin will hier sein!
Unter einem großen Zugenaugetriebe und großem Andrang
zum Jubiläum sollte heute endlich der Prozeß gegen den
Landgerichtsrat Gellin verhandelt werden. Gellin hat am
23. September in dem Weinlokal von Schroeder die Juden be-
schimpft, den demokratischen Landtagsabgeordneten Herrmann
beleidigt und sich verächtlich über den Justizminister geäußert.
Der Vorfall im heutigen Termin führte Landgerichtsdirektor
Schauwerter, Landgerichtspräsident Dr. Eisner und ein
Vertreter des Justizministeriums wohnten der Verhandlung bei.
Landtagsabgeordneter Herrmann war als Nebenkläger zu-
gelassen. Von der Seite des Angeklagten Hoyer, während
Justizrat Feige die Verteidigung des Angeklagten übernommen
hatte.
Gleich bei Eintritt in die Verhandlung beantragt Justizrat
Feige, den Angeklagten durch einen gerichtlichen Sachverständigen
auf seinen Geisteszustand untersuchen zu lassen und den Rechts-
anwalt Feiler als Sachverständigen zu vernehmen. Der Staats-
anwalt beantragt zwei Sachverständige zu beauftragen. Das
Gericht entschied sich für zwei medizinische Sachverständige, und
war der Gerichtsarzt Piezruske und Geheimrat Wollen-
berg von der Psychiatrischen Klinik.

Gellin, der den Einbruch eines degenerierten Juden macht,
war geistig gesund, solange es über andere zu urteilen hatte.
Jetzt, nachdem er sich betanzen hat, will er, wie alle Völkischen,
die vor Gericht erscheinen müssen, geisteskrank sein. Er hat den
Sinn des 51 aber nicht etwa im Vorverfahren geltend gemacht,
sondern er erkrankte sich seiner Gesundheit so lange wie möglich.
In größerer Gemütsruhe sah er zu, wie ein umfangreicher Prozeß
mit großen Kosten für die Staatskasse aufgemacht wurde, und all
des bisherige Aufwand ist unnütz vertan. Erst mit dem Datum
des heutigen 18. Dezember wurde der rettende Paragraf 51 ein-
gesetzt. Wir werden nach allen Erfahrungen mit Prozeßen gegen

Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold“
Ortsverein. Kameraden heute, 20. Uhr, findet im Saal des Schützen-
vereins der Führer des Reichsbanners Schützenvereins und Reichsbannerführer des
Reichsbanners Kamerad Nationalrat Dr. D. u. J. H. Wien. Die Besprechung
19.30 Uhr, Gneis-Platz. Die Abteilungen haben vollständig anzukommen. R.
Platz. 19.30 Uhr, Gneis-Platz. 19.30 Uhr, Gneis-Platz. 19.30 Uhr, Gneis-Platz.
Kamerad 11 (Reuter). Wir haben heute im Schützenverein Ordnung
Antreten hierzu 18.30 Uhr bei Barnew, Westendstraße.

Wöchentliches Wetterbericht
des Meteorologischen Observatoriums Krieger bei Breslau
(Nachdruck aus mit Quellenangabe verboten.)
Eine Störung SA ist mit ihrem Zentrum langsam über Südwest-
bis Südosten vorgerückt. Sie ruft in den südlichen Enden wie auch
Sachsen verbreitete Schneefälle hervor. Die Störung dürfte kaum weiter
wärts vordringen. Die Schneefälle halten daher auch am Freitag noch an.
nächtlichem Kälteperioden ist wieder mit stärkerer Strahlungsstörung zu rechnen.
Wochentagen für das nächste Wochenende.
Bei stürmischen Winde teilweise Schneefall, Frost.
Wochentagen für das nächste Wochenende.
Bei schwachem Winde aus wechselnden Richtungen neblig-bewölkt, G.
12.0, Frost.

Geschäftliches.
„In Kasse“ heißt die neue, in der seit 1884 bestehenden „Kasse“
Fabrik „Laska“, Dresden-B., hergestellten Qualitätsmarke für Kasse. (S.
Inferat).
Die Garantie des Namens. Es ist für den Käufer eines Marken-
ein nicht zu unterschätzender Vorteil für die Qualität des Fabrikats durch
den Namen der Firma Bürgschaft geleistet zu wissen. Es ist auch im
werden, unter dem Namen der Fabrik „Laska“ zu einem Betrag
für diese Aufgabe hat die Firma durch ihre neue „Laska“ wiederum ein
in besonderer Weise geleistet. Diese „Laska“-Zigarette ist tatsächlich ein
Zigarette Qualität, daß sie eine empfindliche Konkurrenz für manche
Zigarette ist.

Das beste Material für Weihnachts-Geschenke ist und bleibt
in allen Farben leuchtend, sein gepoltes Wolle. Man achte beim
Kauf darauf, daß nur beste Qualitäten verwendet werden. Die berühmte
H. A. W. Marke in allen ihren Marken und zwar vornehmlich Sternmarke
Schweißwolle zum Stricken von Strümpfen, Socken usw., Sportwolle für
Kleidung, Jumper, Taubentwolle und Schwanenwolle für feine
und Handarbeiten bietet jede Gewähr für hervorragende Güte.
Neu und alte Qualität. Es ist kein Zweifel, daß der Zwang
unabhängiger Berechnung, dem in den Jahren nach der Inflation unsere
sozialistischen Handlungen unterworfen waren, unseren Geschmack und
auch unsere Wohnungsverhältnisse beeinflusst hat. Das Schlafzimmer ist die
Erholung für das feinerste Verhältnis einer wirklich schönen Zimmer-
ausstattung. Was muß der moderne Mensch von seinem Schlafraum erwarten
nämlich ein gemütliches Bett in einem tiefen Schlaf in natürlicher Ruhe, in
warmem und leichtem Bett. Das Bett muß die unangenehme Energie aus-
strahlung gut ableiten und das Bett muß die Hautatmung, die ebenso wichtig
wie die der Lunge zur Befreiung des Körpers von Erstickungs- und Krankeits-
giften und zur Förderung des Lebensstrahls unterhalten. Seltener Paradiesbetten
füllen bis in die tiefste Einzelheit die Anforderungen, die an die Qualität
eigenen Fabrikanten hergestellt sind. Die verwendeten Stoffe werden alle
die Füllungen werden aus hochwertiger und eigener Qualität
traditionelle Güte der Herstellung und Vorzüglichkeit und Eleganz der
Arbeitung aller Einzelteile von Seltener Paradiesbetten sind weltbekannt. Wenig
wissen, müssen in den Ergänzungen von Seltener Paradiesbetten das
einer Schlafzimmerschneiderei sehen, die mit einander in Ruhe und Vorzüglichkeit
die wichtigsten der Körper wäre Entspannung gibt und damit die tägliche Freude
am eben Gebrauchsgegenstand wohnend verbindet.

Die neue Schweißwolle, welche der Arbeiter und Juwelier Anton
Schiffstrolach, Gartenstraße 2, wird heute, freitags, in dem neuen
Auswahl an Uhren, Gold- und Silberwaren, Juwelen und Silbergeräten
sehr sehenswert. Tafelgerichte und Speckgerichte sowie Uhren und silberne
schöne jetzigen Preise, die es auch den weichen Kreisen gestatten, Weihnachts-
kerze mit wertvollen Geschenken zu bereiten.

Wichtigste nicht im Geringsten, daß er ihm zugebilligt wird. Da-
hinter kann er wieder frohlich in Weinkeulen herumklumpen und
die Republik beschimpfen, die ihm seine Pension zu zahlen hat.
Mit dem Richteramt ist es freilich aus.

Angelica Balabanoff
schreibt in ihrem neuen Buche: „Die Erziehung der Massen zum
Marxismus“ — Nur durch eine planmäßige, aufs wissenschaftliche
durchgeführte marxistische Agitations- und Bildungsarbeit ist es
möglich, die ausgebeuteten Klassen für den revolutionä-
ren Klassenkampf zu gewinnen. „Nur sorg-
fältigste Vorbereitung, ständige Selbstkritik, keines Weiterlernen
aus den Büchern, wie aus dem Leben — berechtigen dazu,
sich der Agitation unter den Massen zu widmen.“

Die am folgenden Sonntag in der Cecilienstraße, Talschloß
26/27, stattfindende Ausstellung der gesamten sozialistischen
Literatur bietet den Funktionären von Partei und Gewerkschaften
eine günstige Gelegenheit, Anregung und Beratung zur Selbst-
bildungsarbeit einzuholen. Führungen unter Leitung der Ge-
nosse Dr. R. Feigig, Dipl.-Bw. G. Wolf und Professor
Dr. R. A. sind für 15.30, 17.00 und 19.00 Uhr angesetzt. Der
Eintritt ist frei. Einen zahlreichen Besuch erwarten
Arbeiter-Bildungsausschuss — Jungsozialisten
„Bolschewiki“-Buchhandlung.

350 Mark Bargeld wurden am Mittwoch bei einem Ein-
bruch in eine Wohnung im Grundstück Katharinenstr. 8 gestohlen.
Der abgeordnete Blattlinienplan für die Fürsten- und
Kleine Fürstenstraße zwischen Liegärten, Hedwig- und Viktoria-
straße liegt im kaiserlichen Vermessungsamt, Blücherplatz 16,
1. Stock, Zimmer 60, in der Zeit vom 20. Dezember 1927 bis
3. Januar 1928 zu jedermanns Einsicht aus.

Schnee als Kellame. Nachdem die Luft der Kellame
bleibbar gemacht worden ist, verwundert es gar nicht, wenn jetzt
auch aus dem Schnee ein Propagandamittel gemacht wird. Auf
dem Stadtgraben am Landgericht ermahnen große, sein fauber-
lich fabrizierte Buchstaben aus Schnee den Vorübergehenden,
eine bekannte Zigarette einer hiesigen Fabrik zu rauchen. Ueber
dieser Mahnung prangt ein Uhu, das Warenzeichen der be-
kannnten Fabrik, ebenfalls aus Schnee gemischt. Diese Kellame,
die heute allerdings schon etwas veraltet ist, erregt natürlich
ab ihrer Neuheit allseitiges Interesse der Vorübergehenden.

Einmal, altes Ende Franes und junge Mädchen laden
das Freizeithaus für junge Mädchen, Karlstraße 20 II, hinter
der Hofkirche, zu einer feierlichen Weihnachtsfeier am heil. Abend
von 7—10 Uhr herzlich ein. Anmeldungen bis Mittwoch, den
21. Dezember, erbeten.

Einmal maltschen Familienabend veranstaltet der
Bezirk 13 der SPD, Sonntag, den 18. Dezember, nachmittags
4 Uhr, in der Gaststätte „Kiviera“ am Eichenpark. Bei ver-
schiedenen Vorträgen und Unterhaltungen für Kinder, verspricht
es ein sehr gemütlicher Abend zu werden. Die Genossinnen und
Genossen sind hierzu herzlich eingeladen. — Eintritt frei.
Selbstmord. Am Donnerstag nachmittags gegen 18 Uhr
wurde die 23 Jahre alte Tochter eines Direktors im Bodejmer
der elterlichen Wohnung in der Neuborstraße 116 erhängt auf-
gefunden. Die Leiche wurde nach der Anatomie geschickt.

Für Weihnachtseinkäufe

Eduard Freund

Herrn- und Knaben-Bekleidungshaus
gefälliger Beachtung. Billigste Preise infolge Selbstfabrikation.
Reichenstraße 52.

Eröffnet

ist nach dem Umbau meine Filiale
Frankfurter Straße 19

Verkauft auch hier vom Fass
Jam.-Bum-Verschmitt p. Liter 3.00
Rotwein per Liter 1.20
Allen Breslauer per Liter 2.30
Süßen Cyder per Liter 0.65

Gut gepflegte Biere
Gallone 13 Pf.
Wurst aus eigener Schlachtung

Th. Hupka

Likörfabrik
Matthiasstraße 88 / Adalbertstraße 27
Steinauer Str. 35/37 / Frankfurter Str 19

Eleg. Sportpelz
m. Dpffumfu t. u. Ring
auch einfache
Sport- u. Gehpelze
verkauft preiswert
Zentral-Beihhaus
Klosterstr. 28

Ihre Weihnachts-Geschenke

bei uns gekauft
Nackknacker 0.75
vernickelt 0.75
Brotkorb, dek. 0.75
Teachstampe 0.95
komplet. 0.95
Werkzeugkasten 0.95
Christbaum
ständer 1.25
Portierangarnit 1.50
ausstehb. bpl. verm 1.75
1 Paar Schlittschuhe 1.95
und wie tausend
andere

sind sie

billiger u. besser
bedient wie ja.
Kaffeemühle 1.05
Spirituakocher
mit Dallon 2.85
Dzd. Söllinger
Bischofs 4.50
1 Brotbüchse, la
Fabrik. ganzemoll. 4.75
1 Rodschlitten 5.95

Ofen 7.75 an
sowie alle Ofen- u. Zubehör-
teile, äußerst billig

Eisenhandlung Zentrum

Oderstraße 3.
Sonntag geöffnet!

Biete billig an:
H.-Mäntel, Joppen
Anzüge, Rosen
Damen-Mäntel
von 8.- bis an
Zentral-Beihhaus
Klosterstr. 28

Ein Lebensbild
von
Friedrich Engels.
Der Jugend erzählt
von Dr. Will. Cohn
Preis 80 Pf.
Bolschewiki-Buchhandlg.

Zur Hilfe
und Matrizen, die
innerhalb 14 Tagen
nach Ablauf des
Auftrages nicht
abgeholt, kann eine
Gewähr für Aufbe-
wahrung nicht über-
nommen werden.
Verlag
der
Volkswacht



Nein,
nichts anderes!

Es gibt nur ein echtes Palmolive

feinstes Cocos-Speisefett zum Kochen Braten Backen

Untrügliche Kennzeichen:
Aufschrift "Palmolive"
und Namenszug *Dyfflenck*

Ausschließliche Hersteller: H. Schlinck & Co. A.-G. Kumburg

Ein Angebot



Adolph Jacobson

Breslau VIII, Klosterstraße 49
Gegründet 1898

von unerhörter Billigkeit!

- Der moderne Ulster** molligwarm mit Abselle 58.00, 46.00, 35.00 **24.00**
- Der elegante Saletot** schwarz und marengo mit Samikragen 65.00, 55.00, 42.00 **31.50**
- Der moderne Rockpaletot** hervorragender Sitz, auch auf Seide 54.00, 45.00 **34.00**
- Mein Schlager:
Schwarzer Ulster mit Steppfüller **42.00**
- Der beliebte Anzug** schwarz und marengo 68.00, 54.00, 48.00 **40.00**

Was, Er sich wünscht und Sie ihm schenken kann!



Herrn-Artikel wie:
Selbstbinder, die in reiner Seide schon von 75 Pfg. an erhältlich sind, Hosenträger, einzeln oder mit Sockenhaltern als reizende Garnitur v. 1.25 an; Handschuhe aus Trikot oder Nappakadon, seidene oder die modernen Kaschmir-Wollschals, Taschentücher, Ziertücher, Socken, Sportstrümpfe, Gemaschen, Kragen- und Manschettenknöpfe, Knopfhäutchen, Kragenbeutel, Binderhalter, alles in größter Auswahl und in allen Preislagen.

Herrn-Wäsche wie:
Nachhemden, Schlafanzüge, Woll-Unterwäsche und besonders Oberhemden
Das Riesensortiment in meinem Spezialartikel - weiß und farbigen Hemden - ist sehr reichhaltig und meine Preise sind - infolge eigener Fabrikation - für meine anerkannten Qualitätswaren beispiellos billig aber

J. Föllner

Spezialhaus für Herren-Ausstattungen
Schmiedebühlstraße 64/65 4. Haus vom Ring links

Berücksichtigt unsere Inferenten!

Große Weihnachtsausstellung
moderner in- und ausländischer Gesen und Parfümerien.
Neuer Schreinerbau (Schrank, Kommode, Tisch, Stuhl, Bett und Licht usw.), nicht tropfende Baumfänger, Karl. 50 Pf.
Photo-Abteilung
Photo-Apparate 1.50 bis 35.- BFL
Spezialität: 3-Blatt-Land-Kameras, neueste Modelle, von 45.- bis 125.- BFL.
Detailfotografie Lederarbeiten Photo-Alben
K. S. - K. S. 25 von 60 Pf. an
Del. (Klapp) einer Kamera von 30.- BFL an
Lederarbeiten oder Stativ gratis
Reise- und Studienbeschwerden
Weihnachtskarten
Ordnung, Gültigkeit und Besondere-Veranstaltung.
Sämtl. Original-Verpackungen und Annehmlichkeiten.
Drogenhaus J. E. Herrmann
Inh.: Joh. Carl Herrmann
Reudersstraße 91a - Tel. Stephan 31690
Seit 20 Jahren durch sorgfältige Waren und billige Preise in all. Anrech. bestens eingeführt. Geschäft mit u. größten Erfolg
Sonntag, den 18. Dezember geöffnet.

Weihnachtsangebote!

Goldene Leanne
jugendlich - Charmantestes Gesicht
Gedächtnisbildnis
Größtes Lager, auch in
Wein und Getreideartikeln
Für streng reelle Bedienung bürgt das
40-jährige Bestehen meiner Firma
Albert Schödl
Schmiedebühl 35 Tel. Dyle 5152
Achtung! Wenn Geschäft befindet sich nur
noch in der Schmiedebühl
Ich übernehme meine Filiale!

ÖFEN
Original Ausgraves
FÜR ZEITWEILIGEN
UND DAUER BRAND
ALLEINVERKAUF
Beier & Olowinsky
BRESLAU HERREN-STR. 31

Hut-Haus Hanke
Inh. Johannes Hanke
Friedrich-Wilhelm-Straße 23
Neueste Herbst- u. Wintermoden
in Filz, Velour, Klapp- und Saitenhüten
Mützen * Filz- und Strohhutwäscherei

Inferate erzielen in unserer Zeitung den größten Erfolg!

Max Schönfelder

Lebensmittel-Großhandlung
Breslau I, Albrechtstraße 56.

Eine Vorzeigefirma für die Hausfrau
dürfte ich mit nachstehendem Angebot
bereiten:
Werfeinste Molkerei-Fabrikbutter
des Pfd. nur 1.85
Molkerei-Kernbutter
(Eh-, Koch- und Backbutter)
des Pfd. nur 1.75

Sonder-Angebot für die Selbstbäckerei!

- Auswahl allerbesten, ausge-
wogen je Pfd. Mt. 0.25
bis 5 Pfd.-Säcken 1.60
bis 10 " " 3.10
- je Pfd. Mt.
Weizenmehl 000 0.22
Juder 0.25 u. 0.29
Juderzucker 0.32
Große verfeinerte Kaffeebohnen 0.50
Kaffeebohnen, extra Qualität 0.80
Sultaninen, hell verlesen 2.30
la Sultaninen, hell verlesen 1.90
Prima prima Sultaninen 1.20
Sultaninen, extra Goldauslese 1.40
Korinthen, beste blaue 0.80
Mandeln, süß, verlesen 2.20
Nierenmandeln 2.60
Mandeln, bitter la 2.60
Hafelnkerne, edelsüß 1.20
Erdnüsse (Mandelkerne) 0.50
Aitronat, beste helle Ware 1.80
Orangeat, prima prima 1.30
Schleifer Blaue Rosen 0.55
bis gemahlen 0.60
Margarin, beste 2.40
Coventure, süß 2.20
Kastanien, bitter 2.60

Staubthone
zur Bäckerei und als Brotauflieger
1 Pfd. nur 32 Pf.
5 Pfd. 1.55, 10 Pfd. 3.00, 25 Pfd. 7.25,
50 Pfd. 14.25, 100 Pfd. 26.00 Mt.

Sobald empfangen ich eine große Partie
Belanda-Kaffeebohnen
von direkter Zufuhr, die ich ganz billig
das ganze Dtz. zu 92.00, 95.00-1.50
anbiete.

In den Lagen bis zum Fest veran-
stalte ich noch einen
Gebeirverkauf von Sardinen in Del.
bestgepflegte Ware, die ich wie folgt ganz
billig anbiete:

Sardinen bei 1	3	10 Dtl.
1/2 Portionboxen	0.25	1.20
Da Cygne 1/2 Dose	0.45	2.10
Mermaid 1/2 Dose	0.35	1.75
Präparat 1/2 Dose	0.75	3.75
Kingfisher 1/2 Dose	0.75	3.75
La Paloma 1/2 Dose	1.15	5.75
La Paloma 1/2 Dose	1.75	8.75
Andere		
1/2 Dose	1.30	6.75
1/2 Dose	1.75	8.75

Max Schönfelder

Kaffeebohnen, Tee, Zucker
Waren-Großhandlung u. Wein- u. Spirituosen
Breslau I, Albrechtstraße 56.
NE. Val meine Sonder-Spezialität
Mackknacker, Pfefferkuchen
weil ich heute ganz besonders hin-
zuweisen werden wollen, erlassen meine
in Preis und Zukunftsanfertigung
von 10.- bis 12.- bis 15.- bis 20.- bis 25.-
30.- bis 40.- bis 50.- bis 100.- angepasst
und sehr hübsch gestaltet ausgeführt.

Schiedspruch in der Grobeisenindustrie.

Die Freien Gewerkschaften wollen ihn ablehnen.
Die Christen bezeichnen ihn als Fortschritt.

Böhm, 15. Dezember. (Eigener Drahtbericht). Im Verlauf der Düsseldorf-Schiedsverhandlungen zur Beilegung des Konfliktes in der Schwereisenindustrie wurde am Donnerstag nachmittag gegen die Stimmen der Arbeitnehmer und der Arbeitgeber durch den staatlichen Schlichter ein Schiedspruch gefällt. Für die Arbeitszeit wurde im Schiedspruch festgestellt, daß eine weitgehende Verbesserung der Arbeitszeitverhältnisse entsprechend der Verordnung des Ministers erfolgen müsse. Die Regelung entspricht der Auslegung der Verordnung, die der Reichsarbeitsminister in seiner Antwort auf die Eingabe der Eisenindustriellen gegeben hat.

Der Schiedspruch.

Düsseldorf, 15. Dezember. In dem Streit wegen der Arbeitszeit in der Eisenindustrie bestimmt 1. bezüglich der Arbeitszeit: Bei der erzeugenden Industrie richtet sich die Arbeitszeit bei den Thomaskastwerken und bei den von ihnen gespeisten Walzenstrahlen vom 1. Januar 1928 ab nach der Verordnung vom 16. Juli 1927, bezüglich der Sonntagsarbeit ist zwischen dem Arbeitgeberverband und dem christlichen Metallarbeiterverband vereinbart worden, daß in den Thomaskastwerken die Arbeit Sonntags um 19 Uhr beginnt, ebenso bei den Siemens-Martin-Defen, die mit den Thomaskastwerken gehen. Für die Walzenstrahlen beginnt die Arbeitszeit verschieden.

Düsseldorf, 15. Dezember. Als ordentliche Schicht gilt die Zeit von 22 bis 6 Uhr. Für die Zeit zwischen 19 und 22 Uhr werden in den erwähnten Betrieben statt 50 Prozent Zuschläge 75 Prozent stündlich bezahlt. Diese Vereinbarung gilt un kündbar bis zum 1. Dezember 1928 und ist von da ab monatlich kündbar. Dieses Abkommen wird ab 1. Januar 1928 ebenfalls Tarifvertrag. 2. Die Hammer- und Preßwerke sowie die fast einkehenden Walzenstrahlen erfahren vom 1. Januar 1928 ab zwei Schichten. Die Schicht besteht aus acht Stunden Arbeitszeit und Pausen von insgesamt einundzwanzig Stunden. Nach Erörternis kann das Werk wochentäglich von jeder Schicht eine Stunde Mehrarbeit verschaffen lassen, jedoch muß der Arbeitssonntag frühestens um 6 Uhr aufhören. Für die Mehrarbeit ist ein Zuschlag von 25 Prozent stündlich zu zahlen. Zur Durchführung der Pausen werden soweit möglich eingestellt, daß sie mindestens ein Viertel der normalerweise zur Schicht gehörenden Arbeiter ausmachen.

Düsseldorf, 15. Dezember. 3. Martin-, Elektro- und Tiegelfabrikwerke und die von ihnen in einer Hitze gespeisten Walzenstrahlen arbeiten bis zum 31. Januar 1928 wie bisher. Ab 1. Februar 1928 gilt, abgesehen von Einzelausnahmen, auch hier die Verordnung vom 16. Juli 1927.

4. Für die andere erzeugende Industrie bleibt die Arbeitszeit, soweit sie nicht durch die Verordnung vom 17. Juli 1927 geändert wird, bestehen, aber für die in diesen Betrieben beschäftigten Gas- und Gasschmelzmaschinen und für die gleichwertigen Arbeiter beträgt die Arbeitszeit ab 1. Januar 1928 57 Stunden (Sonntags fünf Stunden). Ab 1. April 1928 dreigeteilte Schicht, Sonntags acht Stunden. Diese Vereinbarung gilt un kündbar bis zum 1. Dezember 1928. Der Deutsche Metallarbeiterverband und der Gewerksverein haben sich den Rücktritt bis zum Ablauf der Erklärungsfrist vorbehalten. In den Agglomerat- und Winteranlagen wird ab 1. Januar die dreigeteilte Achtstundenschicht eingeführt. Die nicht von der Hofenerverordnung vom Januar 1925 erfassten Arbeiter mit zurzeit 60stündiger Arbeitszeit arbeiten ab 1. Juni 1928 in der 57stündigen Arbeitszeit.

In der weiterverarbeitenden Industrie verbleibt es bei der durch den Schiedspruch vom 20. Juli 1927 getroffenen Regelung (52 Stunden). Hinsichtlich der Klärstellung der Begriffe „erzeugende“ und „weiterverarbeitende Industrie“ ist eine besondere Vereinbarung getroffen worden. Für die Mehr- und Ueberarbeit gelten unter Berücksichtigung der aus dem Vorstehenden sich ergebenden Änderungen in der Arbeitszeit die am 11. Mai und 23. Juni 1927 getroffenen Regelungen. Der Zuschlag erhöht sich danach mit Wirkung vom 1. Januar 1928 ab auf 25 Prozent. Erklärungsfrist bis 19. Dezember 1927, 18 Uhr, gegenseitig und gegenüber dem Schlichter.

Es war vorauszu sehen, daß der Schlichter die etwas bittere Bille, die der Reichsarbeitsminister in der Arbeitszeiterordnung den Schwerindustriellen zu schenken gab, in der Lohnregelung verfehlen werde. Was sollen 2 Prozent Lohnhöhung? Bei der vorgeschlagenen, überaus dürftigen Lohnregelung ist die lange Laufdauer des Spruches unerträglich.

Am Sonntag nachmittag werden die Delegierten der freigewerkschaftlich organisierten Metallarbeiter zusammentreten, um

über den Schiedspruch zu beraten. Schon jetzt kann gesagt werden, daß die Konferenz zu einer Ablehnung des Schiedspruches kommen dürfte, da er sowohl in der Regelung der Löhne wie in der Arbeitszeit den Erwartungen der Arbeiter nicht entspricht.

Uu die Ortslohnzulagen bei der Reichsbahn

Bisher unbefriedigendes Verhandlungsergebnis. Die Verhandlungen über die Ortslohnzulagen bei der Reichsbahn sollen, wie wir erfahren, bis Sonntag abgeschlossen werden. Bis jetzt wurde über 12 Bezirke verhandelt. Verschiedene große Bezirke, wie Hamburg und Berlin, sind zurückgestellt worden. Die Zugeständnisse der Reichsbahnhauptverwaltung sind bis jetzt sehr mager. Ein Gesamturteil über die Regelung der Ortslohnzulagen läßt sich erst nach Abschluß der Verhandlungen fällen.

Die Verhandlungen über die Gewährung einer Weihnachtsbeihilfe für das gesamte Eisenbahnpersonal sind ergebnislos verlaufen. Die Hauptverwaltung hat zunächst eine solche Beihilfe abgelehnt, sich aber bereit erklärt, erneut darüber zu verhandeln, wenn das Reich den Reichsarbeitern eine Weihnachtsbeihilfe gewährt. Die Forderung auf Bewilligung einer Weihnachtsbeihilfe ist von den Organisationen vor allem deshalb gestellt worden, weil die Reichsbahngesellschaft eine generelle Lohn-erhöhung abgelehnt hat. Die Reichsbahnhauptverwaltung verweist sich hinter dem Reichsfinanzministerium. Zur Abwechslung hat man die Rollen vertauscht. Bei der Frage der generellen Lohn-erhöhung hat sich das Reichsfinanzministerium hinter der Reichsbahngesellschaft verchanzt. So lacht einer Deckung hinter dem anderen und der Endeffekt ist, daß die Arbeiter die Geplatteten sind.

Die Bezirksleitungen

der rheinländisch-westfälischen Metallarbeiter für die Ablehnung des Schiedspruches.

Düsseldorf, 16. Dezember (Eigener Funkbericht). Am Donnerstag abend fand hier eine Konferenz der Bezirksleiter des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes aus Rheinland und Westfalen statt. Es wurde beschlossen, daß am Sonntag in Essen zusammentretenden Funktärversammlung des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes die Ablehnung des Schiedspruches über die Arbeitszeit zu empfehlen.

Erklärung des christlichen Metallarbeiter-Verbandes zum Schiedspruch in der Grobeisenindustrie.

Duisburg, 15. Dezember. Der christliche Metallarbeiter-Verband Deutschland teilt mit, daß der Schiedspruch für die

Grobeisenindustrie Nordwest ein Abkommen enthält, das insofern einen Fortschritt darstellt, als festgelegt worden ist, daß die Sonntag-Abendschicht nicht um 8 Uhr, sondern um 7 Uhr beginnt, und daß für außergewöhnliche Sonntagsarbeit von abends 7 bis 10 Uhr der im Rahmenvertrag festgelegte normale Zuschlag für Sonntagsarbeit von 50 auf 75 Prozent erhöht worden ist. Die Vertreter der anderen Arbeiter-Organisationen haben dieser Regelung ebenfalls zugestimmt, aber die Unterschrift verweigert.

Keine Arbeiterkündigungen in der Nordwestlichen Gruppe.

Böhm, 15. Dezember (Eigener Drahtbericht). Der Arbeitgeberverband der Nordwestlichen Gruppe, die die Betriebe von Hamm bis Düsseldorf umfaßt, hat beschlossen, die mit der Anmeldung der Stilllegung verbundenen Kündigungen der Arbeiterschaft zum 1. Januar nicht vorzunehmen.

Für Aussperrungen hat es immer Geld.

Nur nicht für Erhöhung der Arbeiterlöhne.

Die „Deutsche Bergwerkszeitung“ beschäftigt sich in ihrer Mittwoch-Nummer mit den Lohnverhandlungen in der Eisenindustrie und stellt unter anderem folgendes fest: „Nach Fällung des Lohnschiedspruches werden die Werke zunächst erneute Berechnungen über die sich aus der gesamten Neuregelung von Lohn- und Arbeitszeit ergebenden Belastungen anstellen müssen. Erst dann wird sich zeigen, ob es möglich sein wird, die Stilllegungsanzeige zurückzuziehen.“

Vorläufig geht natürlich der alte Streit in der Bergwerkszeitung, ob die Eisenindustrie die geforderten Lohnerhöhungen tragen kann, weiter. Die Gewerkschaften haben vor kurzem darauf hingewiesen, daß sich durch die Einführung des Dreischichtensystems eine Produktionssteigerung von rund 28 Prozent ergibt. Diese Tatsache will die Schwerindustrie nicht gelten lassen. Sie verweist deshalb darauf, daß man, selbst wenn sich diese Mehrproduktion ergäbe, nicht imstande wäre, sie abzusetzen. Demgegenüber ist festzustellen, daß sich der Eisenverbrauch in den letzten Jahren ständig steigerte. Er betrug:

	pro Kopf der Bevölkerung in kg:
1913	277
1917	203
1923	80
1924	123
1925	168
1926	144
1927 (9 Monate)	210

Aus dieser Entwicklung ergibt sich, daß die Möglichkeit, den Eisenverbrauch zu steigern, bei einer vernünftigen Wirtschaftsführung durchaus vorhanden ist. Eine Mehrproduktion infolge der Schichtänderung ist ohne Zweifel im Lande selbst unterzubringen.

Die Lohnregelung für die Reichsarbeiter.

Die Verhandlungen über die Löhne der Reichsarbeiter sind dieser Tage abgeschlossen worden. Da das Reichsfinanzministerium sich hartnäckig weigerte, eine allgemeine zwischentarifliche Lohnhöhung zu gewähren, und lediglich die Löhne an den einzelnen Orten entsprechend den Lohnverhältnissen der vergleichbaren Privatindustrie aufbessern will, blieb den Organisationen schließlich nichts anderes übrig, als auf dieser Grundlage zu verhandeln. Aber auch bei den vereinzelten Aufbesserungen kam man erst nach recht schwierigen und zeitraubenden Beratungen zu einem Abschluß. Das Ergebnis befriedigt nicht restlos, bringt aber immerhin der überwiegenden Mehrheit der Reichsarbeiter eine kleine Lohnzulage.

Küldwirkend ab 16. Oktober 1927 wird nach den neuen Vereinbarungen eine Erhöhung von 2 Pf. pro Stunde an insgesamt 137 Orten, eine Erhöhung von 3 Pf. an 35 Orten und eine solche von 4 Pf. an 11 Orten gewährt. Für Berlin sind 3 Pf. pro Stunde angeboten worden. Ueber diesen Vorschlag konnte eine Einigung noch nicht erzielt werden. Die Weiterberatung wurde daher bis zur Erledigung der Ortslohnzulagenverhandlungen bei Post und Eisenbahn zurückgestellt.

Wenn die Organisationen, abgesehen von der Berliner Regelung, diesem Verhandlungsergebnis schließlich ihre Zustimmung erteilt haben, so dürfen daraus weder die Reichsregierung noch die Öffentlichkeit nun den Schluß ziehen, daß die Organisationen auf ihren grundsätzlichen Kampf um einen anständigen und auskömmlichen Lohn für die Reichsarbeiter etwa verzichtet haben. Im Gegenteil: nach wie vor bleibt die Tatsache bestehen, daß die Löhne der Reichsarbeiter an 75 % aller Orte auch heute noch um 10 bis 20 Pf. unter dem Lebensdurchschnitt der übrigen Arbeiterkategorien liegen. Der 31. März 1928, der Termin, an dem das gegenwärtige Lohnabkommen gekündigt werden kann, wird

den Organisationen erneut Gelegenheit geben, ihre Forderungen anzumelden. Daß der kommende Kampf nicht leicht sein wird, ist schnell zu verstehen, wenn man sich vergegenwärtigt, daß während der letzten Lohnverhandlungen der Vertreter des Reichsfinanzministeriums erklärt hat, das Ministerium müsse in der Lohnfrage in erster Linie Staats- und Wirtschaftspolitik treiben. Das heißt auf deutsch: Das Reichsfinanzministerium fühlt sich in erster Linie dazu berufen, eine Lohnpolitik zu treiben, die der Privatindustrie nicht weh tut. Gerade die letzten Lohnverhandlungen haben mit aller Deutlichkeit gezeigt, daß sich das Reichsfinanzministerium in seiner Lohnpolitik absolut nicht von der Reichsbahngesellschaft und der Schwerindustrie des rheinisch-westfälischen Industriegebietes unabhängig machen kann.

Das vorliegende Resultat für die Reichsarbeiter kann nur als ein Ausgleichsergebnis in den einzelnen Orten gewertet werden. Als solches bedeutet es einen gewissen Achtungserfolg der gewerkschaftlichen Arbeit, den auch die Reichs- und Staatsarbeiter nicht verkennen werden.



FILIALE Breslau.

Karo-Syrup für Weihnachtsgebäck unübertroffen!

Auch vorzüglich als Brotaufstrich für Kinder und Kranke, da nahrhaft und leicht verdaulich.
Die 1/2 kg-Dose 55 Rpf., die 1 kg-Dose 1 RM.
Erhältlich in den Lebensmittel-Geschäften

GEMANDELTER WEIHNACHTSKUCHEN

2 Pfund „Karo“, 2—2 1/2 Pfund Weizenmehl, 150 Gramm süße gehackte Mandeln, 250 Gramm Zucker, 1 Teelöffel Zimt, 3 gest. Nelken, 100 Gramm Butter, Schale einer halben Zitrone, 15 Gramm Pottasche. Zur Anfertigung ganze Mandeln und Zitronat. — „Karo“, Zucker und Butter werden zusammen erhitzt und die Gewürze hinzugegeben. Nach dem Abkühlen verknetet man Mehl und Pottasche. Der Teig wird kleinfingerdick ausgerollt und in Blättchen geschnitten. Die Ecken belegt man mit geschälten Mandeln und Zitronatscheiben und backt sie auf gefetteten Blechen ab. Inzwischen bereitet man eine dünne Stärke mit „Maizena“. Hiermit werden die heißen Kuchen bestrichen.

Deutsche Maizena Gesellschaft A.G., Hamburg 15.

Eröffnet

ist nach dem Umbau meine Filiale
Frankfurter Straße 19
Verkauft auch hier vom Fass
Jam.-Kam.-Verz. p. Liter 3.00
Rotwein per Liter 1.20
Alten Breslauer per Liter 2.30
süßen Cyder per Liter 0.65

Out gepflegte Biere
Gallone 13 Pl.
Wurst aus eigener Schächtung
Th. Hupka
Likörfabrik
Mathiasstraße 88 / Adalbertstraße 27
Steinauer Str. 35/37 / Frankfurter Str 19

Interate erzielen in unserer Zeitung den größten Erfolg!

Max Schönfelder

Lebensmittel-Großhandlung
Breslau I, Albrechtstraße 36.

Gute
Vorlebensmittel für die Hausfrau
dürfte ich mit nachstehendem Angebot bereiten:
Alberfeinste Molkerei-Faschbutter
das Pfd. nur 1.85
Molkerei-Kernbutter
(E. S., Koch- und Backbutter)
das Pfd. nur 1.75

Sonder-Angebot für die Selbstbäckerei!

Waisengröße, allerbestes, ausge- wogen	je Pfd. 0.28
bis 5 Pfd.-Säcken	1.60
bis 10	3.10
je Pfd. 0.22	0.22
Zucker	0.28 u.
Buttergülder	0.32
Große verlesene Kaffeebohnen	0.38
Kaffeebohnen extra Qualität	0.80
Sultaninen hell verlesen	0.80
la Sultaninen hell verlesen	1.00
Prima prima Sultaninen	1.20
Sultaninen extra Goldauslese	1.40
Korinth, beste blaue	0.80
Mandeln, süß, verlesen	2.20
Nüssenmandeln	2.60
Mandeln, butter la	2.60
Halsnugler, edelsüß	1.20
Strawberry (Mandelkerl)	0.90
Zitronat, beste halbe Kiste	1.50
Drageen, prima prima	1.30
Schleifer blauer Mohr	0.55
bis gemahlen	0.60
Margarinmasse, beste	2.40
Couvertüre, süß	2.20
Kakaomasse, bitter	2.60

Kundenthum
zur Bäckerei und als Brataustrich
1 Pfd. nur 32 Pf.
5 Pfd. 1.55, 10 Pfd. 3.00, 25 Pfd. 7.25,
50 Pfd. 14.25, 100 Pfd. 28.00 Pf.

Sieben empfing ich eine große Partie
Galvanisiermaschinen
von direkter Zufuhr, die ich ganz billig
das ganze Pk. zu 92.00, 99.15 Pf.
anbiete

In den Tagen bis zum Fest veran-
stalte ich noch einen
Sonderverkauf von Sardinen in Öl,
bestenfalls Ware, die ich wie folgt ganz
billig anbiete:

Sardinen	bei 1	3	5	10 Dof.
1/2 Portionssorten	2.25	3.32	4.39	7.96
Da Cygne 1/2 Dof.	1.25	1.38	2.18	4.35
Reiniger 1/2 Dof. 4.25	4.25	1.90	2.35	4.90
Prapino 1/2 Dof. 4.75	4.75	2.00	2.45	5.20
Prapino 1/2 Dof. 4.75	4.75	2.15	2.55	5.75
La Palet 1/2 Dof. 1.18	1.18	2.05	2.35	4.75
La Palet 1/2 Dof. 1.75	1.75	2.90	—	—
Andere	—	—	—	—
Fabrik 1/2 Dof. 1.59	1.59	4.35	4.35	12.75
Philipp	—	—	—	—
und Gesamt 1/2 Dof. 1.75	1.75	5.00	5.25	11.80

Max Schönfelder

Kaffee-Molkerei, Tee-Import
Sonder-Verkauf u. Wein-Import
Breslau I, Albrechtstraße 36.
NB. Bei mir Sonder-Spezialität
Wein-Import
wolle ich heute ganz besonders hin die-
selben werden jedem arbeitsfähigen Wünsche
in Preis und Pauschalzahlung
von 12.00, 12.50, 13.00, 22.00, 25.00,
30.00, 35.00 bis 100.00 anpaßt
und ihre Anwesenheit angeschlossen.

Eleg. Sportpelz
in Stoffmutter u. Krug
auch einfache
Sport- u. Gehpelze
verkauf preiswert
Zentral-Geißhaus
Klosterstr. 28

Ihre Weihnachts-Geschenke

bei uns gekauft
1 Nussknacker 0.75
1 Brotkorb, dek. 0.75
1 Taschentuchkompl. 0.95
1 Silberlöffel 0.95
1 Werkzeugkasten 0.95
1 Christbaumständer 1.25
1 Portiergerüst 1.50
auslehn. kpl. vom 1.75
1 Paar Schlittschuhe 1.95
und wie tausend andere

sind sie
1465
billiger u. besser
bedient wie je.
Kaffeemühle 1.95
Spirituskocher mit Ballon 2.95
Dreh. Solinger Bestecks 4.50
1 Brotkloche, in Fabrik. ganzemall. 4.75
1 Rodeerschlitzen 5.95

Öfen von 7.75 an
sowie alle Ofen- u. Heiz-
teile, Substrat billig
Eisenhandlung Zentrum
Oderstraße 3.
Sonntag geöffnet!

Biete billig an:
H.-Mäntel, Joppen
Anzüge, Hosen
Damen-Mäntel
von 8.- Pf. an
Zentral-Geißhaus
Klosterstr. 28

Ein Lebensbild
von
Friedrich Engels.
Der Jugend erzählt
von Dr. W. H. Cohn.
Preis 90 Pf.
Vollständig. Buchhandl.

Für Klischees
und Matrizen, die
innerhalb 14 Tagen
nach Abdruck des
Auftrages nicht
abgeholt, kann eine
Gewähr für Aufbe-
wahrung nicht über-
nommen werden.
Verlag
der
Vollswacht

Weihnachtsangebote!

Goldene Traneinge
Ingenios - Granitum gratis
Stadtblatt W. H. Cohn
Größtes Lager, auch in
Waren und Gebrauchsgegenstände
Für streng reelle Bedienung bürgt das
Klosterstr. 28

Albert Adwina
Schmiedstraße 36
Tel. Dof. 5153
Achtung! Mein Geschäft befindet sich nur
noch in der Schmiedstraße
Ich übernehme keine Bestellungen!
Für alle Artikel, die ich nicht mehr habe, kann ich nicht mehr an.



Nein,
nichts anderes!

Palmin

feinstes Cocos-Speisefett zum Kochen, Braten, Backen

Untrügliche Kennzeichen:
Aufschrift „Palmin“
und Namenszug *D. Föllner*

Ausschließlich Hersteller: H. Schirck & Co. A.-G. Hamburg

Ein Angebot



Adolph Jacobsohn

Breslau VIII, Klosterstraße 49
Gegründet 1898

VON unerhörter Billigkeit!

Der moderne Ulster molligwarm mit Abselle	58.00, 46.00, 35.00	24.00
Der elegante Paletot schwarz und marengo mit Samtkragen	65.00, 55.00, 42.00	31.50
Der moderne Rockpaletot hervorragender Sitz, auch auf Seide	54.00, 43.00	34.00
Mein Schlager: Schwarzer Ulster mit Steppfutter		42.00
Der beliebte Anzug schwarz und marengo	68.00, 54.00, 48.00	40.00

Was „Er“ sich wünscht
und „Sie“ ihm
schenken kann!

Herrn-Artikel wie:
Selbstbinder, die in reiner Seide schon von 75 Pfg. an erhältlich sind;
Hosenträger, einzeln oder mit Sockenhaltern als reizende Garnitur v. 1.25 an;
Handschuhe aus Trikot oder Nappaleder, seidene oder die modernen
Kaschmir-Wollschals, Taschentücher, Ziertücher, Socken, Sportstrümpfe,
Gemaschen, Kragen- und Manschettenknöpfe, Knopfkästchen, Kragenbeutel,
Bänderhalten, alles in größter Auswahl und in allen Preislagen.

Herrn - Wäsche wie:
Nachhemden, Schlafanzüge, Woll-Unterwäsche und besonders
Oberhemden
Das Speziallager in meinem Spezialartikel - wollen und farbigen Hemden -
ist sehr wertvoll und meine Preise sind - infolge eigener Fabrikation - für
meine anerkannten Qualitätswaren beispiellos billig aber

F. Föllner
Spezialhaus für Herren-Ausstattungen
Schmiedebrücke 64/65 4, Haus vom Ring links

Berücksichtigt unsere Inferenten!

Große Weihnachtsausstellung
modernster in- und ausländischer Costen und Parfümerien,
Recherchrückenspiele, Kunstwerke, echte Bades
und Lichter usw., nicht tragende Baumkränze, Kart. 50 Pf.
Photo-Abteilung
Photo-Apparate 1.20 bis 80.- Pf.
Spezialität: Boigtänderkameras, neueste Modelle,
von 40.- bis 120.- Pf.
Metallfotografie Lederarbeiten Photo-Alben
von 20.- bis 100.- Pf.
Bei Ankauf einer Kamera von 30.- Pf. an
Lederarbeiten oder Stativ gratis
Reisen und Schlafwagenkarten
bei 5.- Pf. (Guten)
Günst. Original-Reiseführer und Ausflugsführer.
Drogenhaus F. E. Herrmann
Jah. Joh. Carl Herrmann
Kreuzstraße 91a. - Tel. Stephan 31600
Seit 20 Jahren durchgängig hohe Waren und billige Preise
in all. Kreise, bestens eingetragenes Geschäft und u. größten Güte
Sonntag, den 10. Dezember geöffnet.

ÖFEN
Original Kuschelofen
FÜR ZEITWEILIGEN
UND DAUER BRAND
BEIER & OLOWINSKY
BRESLAU HERREN-STR. 31

Herrn-Haus Hanke
Inh. Johannes Hanke 9614
Friedrich-Wilhelm-Straße 23
Neueste Herbst- u. Wintermoden
in Filz, Velour, Klapp- und Seidenhüten
Mützen * Filz- und Strohhutwäscherei

Schiedspruch in der Grobeisenindustrie.

Die Freien Gewerkschaften wollen ihn ablehnen.
Die Christen bezeichnen ihn als Fortschritt.

Böhm, 15. Dezember. (Eigener Drahtbericht). Im Verlauf der Düsseldorf-Schlichtungsverhandlungen zur Beilegung des Konfliktes in der Schwereisenindustrie wurde am Donnerstag nachmittag gegen die Stimmen der Arbeitnehmer und der Arbeitgeber durch den staatlichen Schlichter ein Schiedspruch gefällt. Für die Arbeitszeit wurde im Schiedspruch festgestellt, daß eine weitgehende Verbesserung der Arbeitszeitverhältnisse entsprechend der Verordnung des Ministers erfolgen müsse. Die Regelung entspricht der Auslegung der Verordnung, die der Reichsarbeitsminister in seiner Antwort auf die Eingabe der Eisenindustriellen gegeben hat.

Der Schiedspruch.

Düsseldorf, 15. Dezember. In dem Streit wegen der Lohn- und Arbeitszeit in der Eisenindustrie bestimmt 1. bezüglich der Arbeitszeit: Bei der erzeugenden Industrie richtet sich die Arbeitszeit bei den Thoma-Stahlwerken und bei den von ihnen getriebenen Walzstrahlen vom 1. Januar 1928 ab nach der Verordnung vom 16. Juli 1927, bezüglich der Sonntagsarbeit ist zwischen dem Arbeitgeberverband und dem christlichen Metallarbeiterverband vereinbart worden, daß in den Thoma-Stahlwerken die Arbeit Sonntags um 10 Uhr beginnt, ebenso bei den Siemens-Martin-Ofen, die mit den Thoma-Ofen gehen. Für die Walzstrahlen beginnt die Arbeitszeit verschieden.

Düsseldorf, 15. Dezember. Als ordentliche Schicht gilt die Zeit von 22 bis 6 Uhr. Für die Zeit zwischen 19 und 22 Uhr werden in den erwähnten Betrieben statt 50 Prozent Zuschläge 75 Prozent stündlich bezahlt. Diese Vereinbarung gilt unklünder bis zum 1. Dezember 1928 und ist von da ab monatlich kündbar. Dieses Abkommen wird ab 1. Januar 1928 ebenfalls Tarifvertrag. 2. Die Hammer- und Drehwerke sowie die fast einsehenden Walzstrahlen erfahren vom 1. Januar 1928 ab zwei Schichten. Die Schicht besteht aus acht Stunden Arbeitszeit und Pausen von insgesamt einundvierzig Dauer. Nach Erfordernis kann das Werk wochentäglich von jeder Schicht eine Stunde Mehrarbeit verfahren lassen, jedoch muß der Arbeitssonntag frühestens um 6 Uhr aufhören. Für die Mehrarbeit ist ein Zuschlag von 25 Prozent stündlich zu zahlen. Zur Durchführung der Pausen werden soviel Arbeiter eingestellt, daß sie mindestens ein Viertel der normalerweise zur Schicht gehörenden Arbeiter ausmachen.

Düsseldorf, 15. Dezember. 3. Martin-, Elektro- und Ziegelwerke und die von ihnen in einer Hitze getriebenen Walzstrahlenbetriebe arbeiten bis zum 31. Januar 1928 wie bisher. Ab 1. Februar 1928 gilt, abgesehen von Einzelausnahmen, auch hier die Verordnung vom 16. Juli 1927.

4. Für die andere erzeugende Industrie bleibt die Arbeitszeit, soweit sie nicht durch die Verordnung vom 17. Juli 1927 geändert wird, bestehen, aber für die in diesen Betrieben beschäftigten Gas- und Gasblasmaßschneidern und für die gleichwertigen Arbeiter beträgt die Arbeitszeit ab 1. Januar 1928 57 Stunden (Sonntags fünf Stunden). Ab 1. April 1928 dreigeteilte Schicht, Sonntags acht Stunden. Diese Vereinbarung gilt unklünder bis zum 1. Dezember 1928. Der Deutsche Metallarbeiterverband und der Gewerksverein haben sich den Rücktritt bis zum Ablauf der Erklärungsfrist vorbehalten. In den Agglomerier- und Winteranlagen wird ab 1. Januar die dreigeteilte Schichtstundenarbeit eingeführt. Die nicht von der Hofsofenverordnung vom Januar 1925 erfahrenen Arbeiter mit zurzeit 60stündiger Arbeitszeit arbeiten ab 1. Juni 1928 in der 57stündigen Arbeitszeit.

In der weiterverarbeitenden Industrie verbietet es bei der durch den Schiedspruch vom 20. Juli 1927 getroffenen Regelung (52 Stunden). Hinsichtlich der Klarstellung der Begriffe „erzeugende“ und „weiterverarbeitende Industrie“ ist eine besondere Vereinbarung getroffen worden. Für die Mehr- und Ueberarbeit gelten unter Berücksichtigung der aus dem Vorstehenden sich ergebenden Änderungen in der Arbeitszeit die am 11. Mai und 23. Juni 1927 getroffenen Regelungen. Der Zuschlag erhöht sich danach mit Wirkung vom 1. Januar 1928 ab auf 25 Prozent. Erklärungsfrist bis 19. Dezember 1927, 18 Uhr, gegenseitig und gegenüber dem Schlichter.

Es war voraussehen, daß der Schlichter die etwas bittere Pille, die der Reichsarbeitsminister in der Arbeitszeitverordnung den Schwerindustriellen zu schlucken gab, in der Lohnregelung verfließen werde. Was sollen 2 Prozent Lohnserhöhung? Bei der vorgeschlagenen, überaus dürftigen Lohnregelung ist die lange Laufdauer des Spruches unerträglich.

Am Sonntag nachmittag werden die Delegierten der freigewerkschaftlich organisierten Metallarbeiter zusammentreten, um

über den Schiedspruch zu beraten. Schon jetzt kann gesagt werden, daß die Konferenz zu einer Ablehnung des Schiedspruches kommen dürfte, da er sowohl in der Regelung der Löhne wie in der Arbeitszeit den Erwartungen der Arbeiter nicht entspricht.

Um die Ortslohnzulagen bei der Reichsbahn

Bisher unbefriedigendes Verhandlungsergebnis. Die Verhandlungen über die Ortslohnzulagen bei der Reichsbahn sollen, wie wir erfahren, bis Sonntag abgeschlossen werden. Bis jetzt wurde über 12 Bezirke verhandelt. Verschiedene große Bezirke, wie Hamburg und Berlin, sind zurückgestellt worden. Die Zugeständnisse der Reichsbahnhauptverwaltung sind bis jetzt sehr mager. Ein Gesamturteil über die Regelung der Ortslohnzulagen läßt sich erst nach Abschluß der Verhandlungen fällen.

Die Verhandlungen über die Gewährung einer Weihnachtsbeihilfe für das gesamte Eisenbahnpersonal sind ergebnislos verlaufen. Die Hauptverwaltung hat zunächst eine solche Beihilfe abgelehnt, sich aber bereit erklärt, erneut darüber zu verhandeln, wenn das Reich den Reichsarbeitern eine Weihnachtsbeihilfe gewährt. Die Forderung auf Bewilligung einer Weihnachtsbeihilfe ist von den Organisationen vor allem deshalb gestellt worden, weil die Reichsbahnverwaltung eine generelle Lohnserhöhung abgelehnt hat. Die Reichsbahnhauptverwaltung verweist sich hinter dem Reichsfinanzministerium. Zur Abwechslung hat man die Rollen vertauscht. Bei der Frage der generellen Lohnserhöhung hat sich das Reichsfinanzministerium hinter der Reichsbahnverwaltung versteckt. So sucht einer Deckung hinter dem anderen und der Endeffekt ist, daß die Arbeiter die Geprüllten sind.

Die Bezirksleitungen der rheinländisch-westfälischen Metallarbeiter für die Ablehnung des Schiedspruches.

Düsseldorf, 16. Dezember (Eigener Funkbericht). Am Donnerstag abend fand hier eine Konferenz der Bezirksleiter des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes aus Rheinland und Westfalen statt. Es wurde beschlossen, der am Sonntag in Essen zusammentretenden Funktionärerversammlung des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes die Ablehnung des Schiedspruches über die Arbeitszeit zu empfehlen.

Erklärung des christlichen Metallarbeiter-Verbandes zum Schiedspruch in der Grobeisenindustrie.

Duisburg, 15. Dezember. Der christliche Metallarbeiter-Verband Deutschland teilt mit, daß der Schiedspruch für die

Grobeisenindustrie Nordwest ein Abkommen enthält, das insofern einen Fortschritt darstellt, als festgelegt worden ist, daß die Sonntags-Abendsschicht nicht um 8 Uhr, sondern um 7 Uhr beginnt, und daß für außergewöhnliche Sonntagsarbeit von abends 7 bis 10 Uhr der im Rahmenvertrag festgelegte normale Zuschlag für Sonntagsarbeit von 50 auf 75 Prozent erhöht worden ist. Die Vertreter der anderen Arbeiter-Organisationen haben dieser Regelung ebenfalls zugestimmt, aber die Unterschrift verweigert.

Keine Arbeiterkündigungen in der Nordwestlichen Gruppe.

Böhm, 15. Dezember (Eigener Drahtbericht). Der Arbeitgeberverband der Nordwestlichen Gruppe, die die Betriebe von Hamm bis Düsseldorf umfaßt, hat beschlossen, die mit der Annahme der Stilllegung verbundenen Kündigungen der Arbeiterschaft zum 1. Januar nicht vorzunehmen.

Für Aussperrungen hat es immer Geld.

Nur nicht für Erhöhung der Arbeiterlöhne.

Die „Deutsche Bergwerkszeitung“ beschäftigt sich in ihrer Mittwoch-Nummer mit den Lohnverhandlungen in der Eisenindustrie und stellt unter anderem folgendes fest: „Nach Fällung des Lohnschiedspruches werden die Werke zunächst erneute Berechnungen über die sich aus der gesamten Neuregelung von Lohn- und Arbeitszeit ergebenden Belastungen anstellen müssen. Erst dann wird sich zeigen, ob es möglich sein wird, die Stilllegungsanzeige zurückzuziehen.“

Vorläufig geht natürlich der alte Streit in der Bergwerkszeitung, ob die Eisenindustrie die geforderten Lohnerhöhungen tragen kann, weiter. Die Gewerkschaften haben vor kurzem darauf hingewiesen, daß sich durch die Einführung des Dreischichtensystems eine Produktionssteigerung von rund 28 Prozent ergibt. Diese Tatsache will die Schwerindustrie nicht gelten lassen. Sie verweist deshalb darauf, „daß man, stillsteht wenn sich diese Mehrproduktion ergebe, nicht imstande wäre, sie abzugeben“. Demgegenüber ist festzustellen, daß sich der Eisenverbrauch in den letzten Jahren ständig steigerte. Er betrug:

	pro Kopf der Bevölkerung in kg:
1913	277
1917	208
1923	80
1924	123
1925	166
1926	144
1927 (9 Monate)	210

Aus dieser Entwicklung ergibt sich, daß die Möglichkeit, den Eisenverbrauch zu steigern, bei einer vernünftigen Wirtschaftsführung durchaus vorhanden ist. Eine Mehrproduktion infolge der Schichtänderung ist ohne Zweifel im Lande selbst unterzubringen.

Die Lohnregelung für die Reichsarbeiter.

Die Verhandlungen über die Löhne der Reichsarbeiter sind dieser Tage abgeschlossen worden. Da das Reichsfinanzministerium sich hartnäckig weigerte, eine allgemeine einheitliche Lohnserhöhung zu gewähren, und lediglich die Löhne an den einzelnen Orten entsprechend den Lohnverhältnissen der vergleichbaren Privatindustrie aufbessern will, blieb den Organisationen schließlich nichts anderes übrig, als auf dieser Grundlage zu verhandeln. Aber auch bei den vereinzelten Aufbesserungen kam man erst nach recht schwierigen und zeitraubenden Beratungen zu einem Abschluß. Das Ergebnis befriedigt nicht restlos, bringt aber immerhin der überwiegenden Mehrheit der Reichsarbeiter eine kleine Lohnzulage.

Rückwirkend ab 16. Oktober 1927 wird nach den neuen Vereinbarungen eine Erhöhung von 2 Pf. pro Stunde an insgesamt 137 Orten, eine Erhöhung von 3 Pf. an 35 Orten und eine solche von 4 Pf. an 11 Orten gewährt. Für Berlin sind 3 Pf. pro Stunde angeboten worden. Ueber diesen Vorschlag konnte eine Einigung noch nicht erzielt werden. Die Weiterberatung würde daher bis zur Erledigung der Ortslohnzulagenverhandlungen bei Ost und Eisenbahn zurückgestellt.

Wenn die Organisationen, abgesehen von der Berliner Regelung, diesem Verhandlungsergebnis schließlich ihre Zustimmung erteilt haben, so dürfen daraus weder die Reichsregierung noch die Öffentlichkeit nun den Schluß ziehen, daß die Organisationen auf ihren grundsätzlichen Kampf um einen anständigen und auskömmlichen Lohn für die Reichsarbeiter verzichtet haben. Im Gegenteil: nach wie vor bleibt die Tatsache bestehen, daß die Löhne der Reichsarbeiter an 75 % aller Orte auch heute noch um 10 bis 20 Pf. unter dem Lohndurchschnitt der übrigen Arbeiterkategorien liegen. Der 31. März 1928, der Termin, an dem das gegenwärtige Lohnabkommen gekündigt werden kann, wird

den Organisationen erneut Gelegenheit geben, ihre Forderungen anzumelden. Daß der kommende Kampf nicht leicht sein wird, ist schnell zu verstehen, wenn man sich vergegenwärtigt, daß während der letzten Lohnverhandlungen der Vertreter des Reichsfinanzministeriums erklärt hat, das Ministerium müsse in der Lohnfrage in erster Linie Staats- und Wirtschaftspolitik treiben. Das heißt auf deutsch: Das Reichsfinanzministerium stellt sich in erster Linie dazu berufen, eine Lohnpolitik zu treiben, die der Privatindustrie nicht weh tut. Gerade die letzten Lohnverhandlungen haben mit aller Deutlichkeit gezeigt, daß sich das Reichsfinanzministerium in seiner Lohnpolitik absolut nicht von der Reichsbahnverwaltung und der Schwerindustrie des rheinisch-westfälischen Industriegebietes unabhängig machen kann.

Das vorliegende Resultat für die Reichsarbeiter kann nur als ein Ausgleichsergebnis in den einzelnen Orten gewertet werden. Als solches bedeutet es einen gewissen Achtungserfolg der gewerkschaftlichen Arbeit, den auch die Reichs- und Staatsarbeiter nicht verkennen werden.



Karo-Syrup für Weihnachtsgebäck unübertroffen!

Auch vorzüglich als Brotaufstrich für Kinder und Kranke, da nahrhaft und leicht verdaulich.
Die 1/2 kg-Dose 55 Rpf., die 1 kg-Dose 1 RM.
Erhältlich in den Lebensmittel-Geschäften

GEMANDELTEN WEIHNACHTSKUCHEN

2 Pfund „Karo“, 2—2 1/2 Pfund Weizenmehl, 150 Gramm süße gehackte Mandeln, 250 Gramm Zucker, 1 Teelöffel Zimt, 3 gest. Nelken, 100 Gramm Butter, Schale einer halben Zitrone, 15 Gramm Pottasche. Zur Auflage ganze Manuein und Zironat. — „Karo“, Zucker und Butter werden zusammen erhitzt und die Gewürze hinzugegeben. Nach dem Abkühlen verknetet man Mehl und Pottasche. Der Teig wird kleinfingerdick ausgerollt und in Blättchen geschnitten. Die Ecken belegt man mit geschälten Mandeln und Zitronatscheiben und bäckt sie auf gefetteten Blechen ab. Inzwischen bereitet man eine dünne Stärke mit „Maizena“. Hiermit werden die heißen Kuchen bestrichen.

Deutsche Maizena Gesellschaft A.G., Hamburg 15.

Dempsey-Jacken

Die Winterkleidung für jeden Sportmann
Neu eingetroffen! Billigere Preise!
schwerste Wolle, In vielen Farben 19.50

16⁵⁰ Sport-Glaue

Sadowastrasse 54

Aus Schlesien.

Zum niederschlesischen Sanierungsprogramm.

II. Das niederschlesische Meliorationsprogramm.

Das niederschlesische Meliorationsprogramm umfaßt fünf Gruppen von Vorhaben. Gruppe I befaßt sich mit dem Ausbau der hochwassergefährlichen Nebenflüsse der Oder und ihrer Quellgebiete. In dieser Gruppe werden die Vorhaben zusammengefaßt, die man in bezug auf den Ausbau der linksseitigen Hochgebirgsflüsse der Oder aufstellt. Die wichtigsten sind der Neubau von Staubeckenanlagen im Flußgebiet der Rappach, der Kaufung, Pilgramsborn und Gräbel, sowie die Verstärkung der bestehenden Staubecken. Ferner wird vorgeschlagen der weitere Ausbau an den Flußbetten der Spree, der Lausitzer Neiße, des Lais, des Boder, der Rappach, der Neiße und der Gläker Neiße. Dann kommen noch eine Reihe von Vorhaben hinzu in bezug auf einzelne Zuflüsse verschiedener dieser Hochgebirgsflüsse. Für das Jahr 1928 werden als besonders dringlich verlangt der Ausbau der beiden Staubecken bei Kaufung und Pilgramsborn und die Ausbaurbeiten am Boder. In Gruppe II werden die Vorhaben auf dem Gebiet der Wasserwirtschaft zusammengefaßt, die eine indirekte Bekämpfung des Hochwassers bezw. des Flachwassers in Trockenzeiten bezwecken, so vor allen Dingen die Förderung nach Aufforstung und nach Umwandlung von nassen Gehirgsflüssen in Grasland. Es sollen insgesamt 6000 Hektar Fläche aufgeforstet und 7000 Hektar Fläche in Grünland umgewandelt werden. Es handelt sich hier um Maßnahmen im Hochgebirge. Die Gruppe III enthält Forderungen auf Regulierung der Flachlandflüsse beiderseits der Oder. Dabei wird die Regulierung von 19 Flußgebieten mit insgesamt 1688 Kilometer Flußlänge gefordert. Die Gruppe IV stellt die Forderungen auf Melioration im engeren Sinne zusammen. Es wird dabei die Melioration von 600 000 Hektar verlangt, das ist etwas mehr als ein Drittel des gesamten landwirtschaftlich benutzten Bodens der Provinz Niederschlesien. Außerdem sollen auch noch 30 000 Hektar Kleinwaldbesitz unter 100 Hektar in den Hochgebirgsregionen aufgeforstet werden. Endlich werden in Gruppe V noch eine Reihe von Vorhaben aufgeführt zur Ausbildung der höheren und mittleren Lehmküsten, die zur Durchführung dieser Arbeiten benötigt werden.

Wenn man sich dieses Programm ansieht, so fällt einem hier noch mehr als bei dem Verkehrsprogramm auf, daß es sich hier nicht um die Zusammenstellung des unbedingt in den nächsten Jahren zu leistenden und Dringlichsten handelt, sondern um eine Zusammenstellung aller derjenigen Maßnahmen, deren Durchführung vom rein sachlichen Gesichtspunkt aus gesehen, überhaupt für Niederschlesien nützlich wäre. Man hat bei diesem Programm noch mehr den Eindruck als beim Verkehrsprogramm, daß es sich in seinen Forderungen übernimmt. Am deutlichsten ist das bei der Gruppe III. Hier werden sämtliche Flachlandflüsse der Provinz Niederschlesien aufgeführt, die überhaupt ausbaufähig sind. Die Kosten dieser Vorhaben werden angelegt auf 46,8 Millionen Mark, die sich über 20 Jahre verteilen sollen, so daß im Jahr rund 2,4 Millionen ausgegeben werden müßten. Dabei wird aber betont, daß in den ersten Jahren weit höherer Jahresbeträge ausgeworfen werden müßten. Man hat bei Betrachtung dieses Programms den Eindruck, daß man alle diese Vorhaben nur deshalb aufgenommen hat, weil die einzelnen Lokalvertreter jeweils ihre speziellen Regulierungsforderungen für die wichtigsten halten und niemand von ihnen hinter den anderen zurückstehen wollte. So kommt es, daß dieses ganze Programm nicht nach seiner Dringlichkeit gegliedert ist und daß Arbeiten, die ausgetragenermaßen nicht so dringlich sind wie andere, genau so dringlich gefordert werden. Daß es sich bei diesem Programm um eine unklare Zusammenstellung sämtlicher überhaupt nur vorhandenen Interessentenwünsche handelt, ergibt sich auch daraus, daß in das Programm Forderungen eingeschmuggelt sind, die offensichtlich nicht hinein gehören. So sind einige der unter Nummer IV (Gläker Neiße-Gebiet) der Zusammenstellung genannten Flußläufe z. B. (Weigelsdorfer Wasser und Mannsbach) und unter Nummer X (Neiße-Gebiet, Schwarzwasser und Bögenwasser) aufgeführten wohl kaum als Flachlandflüsse anzusehen, sondern als Gebirgsflüsse. Auch wird uns von sachverständiger Seite bestritten, daß die Bachregulierung besonders dringlich sei, und daß die Arbeiten an dieser von den Staatsbehörden bereits eingeleitet seien. In der besonderen Bemerkung über sie heitern sich daher ganz bestimmte Interessen von Großgrundbesitzerkreisen wiederzuspiegeln. Es muß jedenfalls gefordert werden, daß, anstatt für die größeren Mittel auszuwerfen, zunächst die bereits in Angriff genommenen Arbeiten zu Ende geführt werden. Tassächlich soll es Stellen geben, die bereits begonnene Arbeiten zunächst nicht zu Ende führen lassen wollen, sondern statt dessen die sofortige Inangriffnahme wesentlicher neuer Projekte fordern. Wie unmöglich das Programm in seiner jetzigen Form ist, erkennt man sofort, wenn man die Kosten, die in dem Programm selbst angegeben sind, zusammenrechnet. Es kommen dabei Beträge heraus, die sich sowohl das Reich, als auch Preußen und die Provinz in den nächsten Jahren auf keinen Fall leisten können. Man würde auch auf diesem Gebiete höchlich viel weiter kommen, wenn man sich auf die Zusammenstellung bestimmter ganz dringlicher Forderungen beschränkte und auf deren Durchführung alle Kräfte konzentrierte.

Dennoch verdient eine ganze Reihe von Forderungen des Meliorationsprogrammes jede nur mögliche Unterstützung. Das gilt aber weniger für die in Gruppe III und IV zusammengefaßten Forderungen (vor allen Dingen nicht für die Regulierung der Flachlandflüsse), als für die in Gruppe I zusammengefaßten Forderungen. Das wichtigste ist auf jeden Fall die Bekämpfung der Hochwassergefahr, die in Schlesien immer noch sehr groß ist. Haben wir doch erst in den letzten Jahren wiederholt erleben müssen, daß durch die Hochwasser große Zerstörungen in der Provinz angerichtet wurden. Der Ausbau der Staubecken in den Gebieten der Gebirgsflüsse und die Regulierung dieser Flüsse, um den schnelleren Abfluß des Hochwassers sicherzustellen, ist deshalb das erste, was tatsächlich in Angriff genommen werden muß. Dohrter muß unter Umständen alles andere zurücktreten, auch die in Gruppe II zusammengefaßten Forderungen zur indirekten Bekämpfung des Hochwassers, obwohl natürlich diese Forderungen sachlich an sich auch berechtigt sind. Ihrer Bewirk-

lichung aber steht eine große Schwierigkeit entgegen, nämlich die Besitzverhältnisse in der schlesischen Forstwirtschaft. Große Teile nicht nur der Forsten im Gebirge, sondern auch der unbewaldeten Gebirgsflüsse sind im Privatbesitz (z. B. im Rielengebirge und in den Gläker Schneebergen). Deren Aufforstung ist also Sache der privaten Besitzer dieses Gebietes. Der Staat könnte dabei nur insoweit mitwirken, als es sich um sein eigenes Land handelt und als er auf die privaten Forstbesitzer den nötigen Einfluß ausüben muß, damit sie auch auf ihrem Gebiet die nötigen Aufforstungsmaßnahmen durchführen. Es ist aber fraglich, ob dazu die gesetzlichen Vollmachten ausreichen, die der Staat gegenwärtig hat. Es wäre deshalb zu bezug auf die Bewußtseinsbildung der privaten Forstverwaltungen ausgedehnt werden. Eine Beteiligung an den Kosten dieser Aufforstungsarbeiten auf den privaten Besitzern kann nur in der Form von Aufforstungskrediten in Frage kommen. Direkte Zuschüsse wären nur dann zu verantworten, wenn die privaten Forstbesitzer auch einen Teil des forstlichen Ertrages dem Staate dafür übereigneten. Sonst würde die ganze Sache darauf hinauslaufen, daß bestimmten Großgrundbesitzerkreisen vom Staate eine neue Liebesgabe befehrt würde. Dazu besteht aber nicht nur kein Anlaß, sondern dagegen müßte sogar der schärfste Protest erhoben werden. (Schluß folgt.)

Königliche Reliquien.

Die Sozialdemokratie beantragt Auflösung der Kommunalständischen Verbände.

Die Veröffentlichung über das Preuß. Marktgratium Oberlausitz hat, wie uns aus dem Landtage berichtet wird, die Sozialdemokratische Landtagsfraktion zu einem Antrag veranlaßt. Das Staatsministerium wird darin ersucht, mit größter Beschleunigung einen Gesetzentwurf vorzulegen, der die Auflösung der zurzeit in Preußen noch bestehenden Kommunalständischen Verbände vorseht.

Lohnerhöhung statt Weihnachtsbeihilfe.

Der Arbeitgeberverband der ober-schlesischen Städte und die Vertreter der Arbeitnehmerorganisationen hielten am Dienstag Besprechungen in Oppeln ab, die zum Gegenstand eine Weihnachtsbeihilfe für die Arbeitnehmer hatte. Statt der geplanten Beihilfe einigte man sich auf eine Erhöhung des Lohnniveaus um 2 Pf. die Stunde mit Rückwirkung ab 1. Dezember 1927.

Vom Schlachtfeld der Arbeit.

Feuer in den Oberschlesischen Hüttenwerken.

Am Mittwoch brach im Unterwerk der Vereinigten Oberschlesischen Hüttenwerke A.-G. ein Feuer aus. Als der Kranführer Holokel damit beschäftigt war, einen mit Glühgut gefüllten Glühfessel umzulegen, sprang der Deckel des Glühtopfes heraus. Die aus dem Topf entströmenden Glühfunken setzten das Gebäude in Brand. Auch der im Kranführerfort befindliche Holokel wurde von den Flammen erreicht und erlitt schwere Brandwunden am ganzen Körper. Er liegt in hoffnungslosem Zustand im Krankenhaus daneben. Das Feuer konnte lokalisiert werden. Der angerichtete Schaden wird auf etwa 8000 Mark geschätzt.

Groß-Wartenberg. Unglücksfall. Das zweijährige Kind des Maurers Ernst Kutsche aus Wioske fiel am Freitag nachmittag in einen Trog mit gebrihter Kleie. An den erlittenen schweren Verletzungen starb das bedauernswerte Kind am Sonnabend.

Guhrau. Personalmeldung. Der bisherige Verwaltungsrat des Landratsamtes Guhrau, Regierungsrat Neumann, ist vom Preussischen Staatsministerium zum Landrat in Guhrau ernannt worden.

Garlas-Koloniathal. Das der Gorkauer Sozietäts-Brauerei A.-G. gehörige, am Jochenberg gelegene vollstündige Gasthaus, wird angeblich einem größeren Umbau und umfassender Renovation unterzogen. Neuer Wächter ist Herr Reinel, der frühere Besitzer des Cafes „Goldene Sonne“ in Breslau, der Anfang Januar die Bewirtschaftung des Gasthauses übernehmen wird.

Oppeln. Die Verhandlungen verlag. Die für Donnerstag angelegten Verhandlungen beim Regierungspräsidenten bezüglich des Antrages über Stilllegung der Oberschlesischen Hütten A.G. und Borzig A.G. sind auf unbestimmte Zeit hinaus vertagt worden. Man will erst die Entscheidung im Weiter abwarten.

Oppeln. Glücklicher Sturz aus dem fahrenden Eisenbahnzuge. Im Personenzug Oppeln-Beuthen war auf offener Strecke ein kleiner Knabe, der Sohn einer aus Braßau zurückgekehrten Arbeiterfamilie, herabgefallen. Er hatte wohl beim Spielen die Tür des Waggons geöffnet und war dabei verunglückt. Beim Abfließen der Strecke wurde er wie durch ein Wunder mit Ausnahme einiger unbedeutender Hautabrisse unversehrt aufgefunden.

Stroschlag, Kr. Rosenberg. Die gefährliche Schußwaffe. Beim Reinigen eines Mörsergewehrs ließ es der hiesige Schmied Berner an der nötigen Vorsicht fehlen. In der Annahme, es sei nicht geladen, handierte er unvorsichtig damit herum, als sich die Waffe entlad und ihm einen tödlichen Kopfschuß beibrachte. Der Bedauernswerte war sofort tot.

Gleiwitz. Wer ist der zweite Cse? Durch die Presse geht die erschütternde Nachricht, daß bei der letzten Viehzählung in Gleiwitz es neben vielen Pferden, Schweinen, Hunden, Kaninchen und anderen nützlichen Tieren jetzt statt einem Esel zwei Esel in Gleiwitz gebe. Der erste Esel ist seit langem bekannt — wer aber ist der jetzt aufgeföhrerte zweite Esel?

Stettin. Wieber beschlaghaft. Die „Grüne Post“, ein im Ulmei-Berlag erscheinendes Sonntagsblatt, das erst vor kurzer Zeit in Oberschlesien beschlaghaft wurde, ist mit seiner letzten Nummer wiederum der Beschlagnahme anheimgegeben.

Köln. Ein Redakteur freigesprochen. Wegen eines Artikels, der aus Anlaß der Kommunalwahlen geschrieben und angeblich die Staatsinstitutionen verächtlich gemacht haben sollte, fand der verantwortliche Redakteur der „Katholischen Volkszeitung“ vor Gericht. Es wurde gegen ihn auf Freispruch erkannt, gegen welches Urteil der Staatsanwalt Berufung einlegen will.

Landkreis Breslau/Neumarkt.

SPD., Unterbezirk Breslau-Land-Neumarkt.
Berammlungsatender.

Wahrsch. Generalversammlung. Morgen Sonntag abends 10 Uhr, findet im Lokal von Peter unsere Generalversammlung statt, die nicht nur einen Einblick auf das vergangene, sondern auch einen Ausblick auf das kommende Jahr sein wird. Niemand, auch die Frauen dürfen fehlen. Der Ortsgruppenführer.

Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold.

Bezirksleitung Breslau (Land)-Neumarkt.

Freitag, den 16. Dezember:
Derzeitige Besatzung. Die fällige Monatsversammlung fällt aus, dafür teilt sich das gesamte Banner in der Besammlung im „Schießwälder“ in kleine Kameraden treffen sich abends 10 Uhr am Karmplatz. Die Spielmannschaften müssen ihre Instrumente mitbringen.
Ortsverein Brodau. Abends 10.30 Uhr bei Meade, Monatsversammlung.

Reise-Petersdorf. Weihnachtsfeier. Sonntag, den 18. Dezember, nachmittags 4 Uhr, findet im Lokal Friedland Weihnachtsfeier der SPD-Ortsgruppe statt. Alle Parteimitglieder müssen mit ihren Kindern erscheinen.

Stabelwitz. Öffentliche Gemeindeversammlung. Zu der am Sonntag, den 18. Dezember, 18 Uhr, im „Wohlgarten“ stattfindenden Gemeindeversammlung laden wir alle Gemeindeglieder ein. Zutritt haben nur Ortsangehörige. Tagesordnung: Unsere Eingemeindung zur Stadt Breslau.

Goldschmieden. Jubiläum- und Weihnachtsfeier. Die hiesige Ortsgruppe der SPD, begehrt aus Anlaß des Jubiläums des Genossen Fischer einen Familienabend am 17. Dezember, 20 Uhr, im Lokal Trenner. Die Breslauer Arbeitjugend wirkt mit. Der Abend verspricht daher höchst interessant zu werden. Sämtliche Parteimitglieder mit Kindern sowie umliegenden Ortsgruppen sind hierzu freudlichst eingeladen.

Schmoll. Eine Weihnachtsfeier begehrt die hiesige Ortsgruppe der SPD, für ihre Mitglieder am Sonnabend, den 17. Dezember, 19½ Uhr, im Lokal Rabik. Alle Parteimitglieder müssen mit ihren Kindern erscheinen. Bekannte können mitgebracht werden.

Neumarkt. Die letzte Ortsausführung findet am Sonnabend, den 17. Dezember, abends 8 Uhr, im „Gelben Löwen“ statt. Den Gewerkschaftsvorstandsmittgliedern, Delegierten und sonstigen Funktionären obliegt die Pflicht, pünktlich und vollständig zu erscheinen.

Neumarkt. Der Zentralverband der Arbeiter in allen und Witwen wird am Sonntag, den 18. Dezember, nachmittags 4 Uhr, im Saale zum „Gelben Löwen“ seine Weihnachtsfeier abhalten. Als Festredner ist Geschäftsführer Kollege Max Niederlich-Vegniß gewonnen worden. Sozialrentner von Stadt und Land mit Angehörigen, Freunden und Bekannten, erscheint vollständig zur Feier!

Arbeiter-Sport

Winterfeste der Sportlerjugend!
Zu dieser Feier leidet jede Abteilung der Freien Turnerschaft einen Ordner und der S.V. Walden und die Freie Turnervereinigung zwei Ordner, diese treffen sich Dienstag, den 20. Dezember, 20 Uhr, im großen Saal des Gewerkschaftshauses zur Einleitung. Ebenso müssen zur selben Zeit alle Eintrittskarten abgerechnet werden.

Schwimmverein „Voleibon“. Sonnabend, den 17. Dezember Monatsversammlung im Gewerkschaftshaus. Vorstandsmittglieder um 7 Uhr.

Freie Turnerschaft Breslau. Sämtliche Skianfänger treffen sich Sonntag früh 9 Uhr, mit Ausrüstung zum Ueben auf dem Schulhof der Brodauer Turnhalle.

Turnverein: „Die Naturfreunde“ e. V. Sonnabend, den 17. Dezember, 20 Uhr, Winterfeste der Turner. Bitte willkommen. Eintritt 20 Pf. Sonntag, den 18. Dezember, Besichtigung des Schulmuseums (sachkundige Führung). Treffpunkt 9.45 Uhr, Paradiesstraße, vor dem Eingang.

Breslauer Produktenbörse vom 15. Dezember.

Am 15. Dezember 1927 gezahlten Preise in Reichsmark bei störriger Bezugszahl (für Kartoffeln gilt der Erzeugerpreis) wachst Breslau in vollen Waagenladungen. Tendenz: Getreide stetig — Kartoffeln: Wegen Frostes kein Geschäft. — Futtermittel: Stetig — Mehl: Freundlicher.

Getreide:		Vollkorn:	
15	14	15	14
Weizen 74 kg	25,60	25,60	34,00
Roggen 74 kg	25,30	25,30	37,00
Hafers	20,00	20,00	38,00
Braugerste, gute	27,00	27,00	38,00
Braugerste	25,00	25,00	38,00
Inhaltsstoffe			
einstufig Winterg.	22,00	22,00	

Fabrikartikeln. (In Pfg. je nach Stärke-Prozent) 0,13%, je nach Lage der Veredelung des Erzeugers.		Futtermittel. Nachstehende amtliche Preise für Futtermittel verstehen sich für 100 Kilogramm Tara für Waagen frei Breslau für ganze Waagenladungen.			
15		13			
Weizenmehl	15,75-16,75	15,50-16,50	Malzmehl	17,00-18,00	17,00-18,00
Roggenmehl	16,00-17,50	16,00-17,50	Frodenmehl	12,25-13,25	12,25-13,25
Gesamtmehl	20,50-22,00	20,50-22,00	Getreidemehl		
Leinmehl	25,00-26,00	25,00-26,00	weisse %	13,00-14,20	13,00-14,20
Kapselmehl	19,30-20,50	19,50-20,50	Stärke		
Palmenmehl	20,75-21,75	20,25-21,25	meisse %	14,25-15,00	14,25-15,00
Sesamelmehl	26,25-27,25	26,25-27,25	Palmenmehl		
Rohmehl	25,00-26,00	25,00-26,00	meisse %	14,25-15,00	14,25-15,00
Samenmehl	20,50-21,50	20,50-21,50	Lorimelmehl		
Reisstärke			Mais	20,75-22,25	20,75-22,25
Stärke	16,00-17,00	16,00-17,00	Soyaöl		
Stärke	17,25-18,00	17,25-18,00	ca. 4%	23,00-24,00	22,75-23,75

Amtlich festgesetzte Preise für Mischmehlsorten (je 100 kg)		Auszugmehl	
15		14	
Roggenmehl	36,00	36,00	
Roggenmehl	35,50	35,50	41,75
			41,75

In der richtigen Auswahl und richtigen Anwendung der Hautpflege liegt das Geheimnis der schönen Frau. Eine jede Frau möchte nur einen Reiz nach Erreichung eines zarten, frischen, nicht fettigen Gesichtsteints und endet auf die sanfteste, geschmeidige und angenehm trockene Beschaffenheit der Hände. Bei täglichem Gebrauch von Creme Leodor kann jede Dame die großen persönlichen Vorzüge genießen, welche man kurz das Geheimnis der schönen Frau nennt. Auch für Herren hat Creme Leodor viele Vorteile. Creme Leodor verleiht dem glatten, weichen, nicht fettigen Gesichtsteint, herrlich duftende Creme. In allen Chlorodont-Verkaufsstellen erhältlich. Tube 60 Pfg und 1 Mk. Für den Weihnachtsfest eleganter Geschenkartikel, enthaltend: 1 Tube Creme Leodor-Hautcreme, 2 Stück Creme Leodor-Seife, überaus reizvolle Feinschmuck mit elegantem Bütteldeckel für empfindliche Haut besonders empfohlen. Preis 2 Mk. Leo-Weirke A.-G., Dresden-N. 6

Creme Leodor

Am besten Creme Leodor eine wohltätige Wirkung für die Haut. Das Brennen und Ziehen der Haut nach dem Rasieren verschwindet sofort. Creme Leodor verleiht dem glatten Gesicht die auch bei Herren beliebte angenehme Frische und Gesundenheit. Besonders bewährt hat sich Creme Leodor, die aufgeschichten, bei Juckreiz der Haut, Rötte und Aufspringen der Hände, bei Ödem, bei sofort lösende und reinigende Kosmetikum. Alle unsere Chlorodont-Freunde sollten nicht versäumen, diese hochwertige, herrlich duftende Creme auszusuchen zu verwenden. In allen Chlorodont-Verkaufsstellen erhältlich. Tube 60 Pfg und 1 Mk. Für den Weihnachtsfest eleganter Geschenkartikel, enthaltend: 1 Tube Creme Leodor-Hautcreme, 2 Stück Creme Leodor-Seife, überaus reizvolle Feinschmuck mit elegantem Bütteldeckel für empfindliche Haut besonders empfohlen. Preis 2 Mk. Leo-Weirke A.-G., Dresden-N. 6

Aus aller Welt.

Die Brandkatastrophe in Quebec

Das Feuer, durch das das St. Charles-Hospiz in Quebec (Kanada) zerstört wurde, breitete sich durch alle Stadtteile hindurch so schnell aus, daß trotz der ausdauernden Haltung der Schwestern viele Kinder nicht gerettet werden konnten. Immerhin konnten durch das mutige und zweckmäßige Verhalten der Pflegerinnen von den 371 Kindern mindestens 200 gerettet werden. Dazu kam das rasche Eingreifen der Feuerwehr, die mit Hilfe von Leitern und Sprungtischen ebenfalls viele aus brennenden Gebäude retten konnte. Unter den bisher geretteten Leichen befindet sich auch eine der Pflegerinnen.

Eisenbahnverlos.

Auf dem großen Berliner Verschiebebahnhof Tempelhof ist in der Nacht zum Donnerstag der 45 Jahre alte Schaffner Friedrich Rommann aus Jüterbog beim Überschreiten der Gleise von einer Lokomotive erfaßt und lebensgefährlich verletzt worden.

Schlägerei vor und im Gerichtsgebäude.

Nach einem Ehescheidungsprozeß vor dem Berliner Landgericht III kam es vor dem Gerichtsgebäude zwischen den Parteien zu einer Schlägerei, wobei die geschiedene Frau zu Boden geschlagen wurde. Sie wurde bewußtlos in das Gerichtsgebäude getragen. Die Schlägerei setzte sich dann im Gebäude fort und nahm einen derartigen Umfang an, daß das Landgericht III alarmiert werden mußte. Sämtliche beteiligten Personen wurden zur Feststellung ihrer Personalien genommen.

Unfall des Berlin-Münchener D-Zuges.

Von dem D-Zug Berlin-München entgleisten bei Achsbad (Mittelfranken) die Lokomotive und der Packwagen. Sieben Personen wurden durch herabfallende Gepäckstücke verletzt.

Auffklärung der Brandenburger Mordbaffäre?

Im Falle des ermordeten Brandenburger Brauereibesitzers Frenbank wurden zwei junge Leute im Alter von 18 und 20 Jahren unter dem dringenden Verdacht der Täterschaft festgenommen. Es handelt sich um zwei erwerbslose Arbeiter, die aber die Tat bisher entschieden bestritten. Gegen sie liegen schwere Verdachtsmomente vor, beide haben auffallend viel Geld ausgegeben und Neuanfassungen gemacht. Einer der Festgenommenen war früher im Betrieb des Ermordeten beschäftigt und hatte mit diesem wegen seines Lohnes einen Konflikt. Ein unbekanntes Alibi konnten die Festgenommenen nicht nachweisen.

Wilhelm II. legt über Piscator.

Das Landgericht I in Berlin hat in dem Prozeß Wilhelm II. gegen die Piscatorbühne die einstweilige Verfügung der ersten Instanz bestätigt, wonach Piscator aufgelegt ist, weitere öffentliche Darstellungen des Ex-Kaisers zu unterlassen.

Schulschließung in Lichtenberg.

Im Bezirk Lichtenberg in Berlin mußte eine Doppelklasse von Schulanfängern wegen Masern und Scharlach geschlossen werden.

Wiederentdeckung eines verschwundenen Greises.

Seit mehr als einem Vierteljahr war der in Dahme in der Mark bei seinem Sohne wohnende, 84 Jahre alte Gensel, der zum Besuch seiner Töchter nach Berlin gefahren war, von seinen Angehörigen vermißt worden. Auf Grund der Zeitungsnachrichten ist der Greis nunmehr im Siechenhaus in Hummelburg wieder aufgefunden worden. Er hatte sich in der Nacht verirrt und war von der Polizei, da er sich nicht richtig verständlich machen konnte und keine Papiere besaß, dem Siechenhaus zugeführt worden.

Auffklärung einer Vergiftungs-Angelegenheit.

Vor kurzem waren in einer Gastwirtschaft in Nowawes bei Potsdam zwei Gäste leblos aufgefunden worden. Es hat sich jetzt herausgestellt, daß die geheimnisvolle Vergiftung durch einen Gasofen ohne Absicht hervorgerufen ist, der jetzt polizeilich beschlagnahmt wurde.

Jugendtragedie.

In Nowawes bei Berlin erhängte sich der 15jährige Schülerling Hans Bergmann in einem Stallgebäude. Der junge Mann hatte von seinem Vater eine größere Geldsumme verlangt, um Weihnachtseinkäufe zu machen. Als der Vater ihm erklärte, daß ihm das nicht möglich sei, geriet der Sohn in große Erregung, die ihn schließlich zu seiner unseligen Tat veranlaßte. In Berlin-Charlottenburg stürzte sich der 14jährige Schüler Werner Förster in einen Kanal. Der Ertrunkene wurde wiederholt den Schulunterricht geschwänzt und fürchtete seine Bestrafung durch den Vater.

Wiederaufnahme des Prozesses Dr. Böhme.

Das Dresdener Schwurgericht hatte im Oktober vorigen Jahres den unter Anklage des Mordes an seiner Frau stehenden Sanitätsrat Dr. Böhme freigesprochen. Böhme hatte damals behauptet, daß sich aus seinem Jagdgewehr ein Schuß löste, der seine Frau tötete. In einem Zivilprozeß, den die Angehörigen der Frau gegen den Sanitätsrat angestrengt haben, sind neue emotionale Momente eingetreten, die zu einer Wiederaufnahme des Mordverfahrens führen dürften. Belastend ist vor allem die Aussage eines Försters, der bisher als Entlastungszeuge aufgetreten war. Danach soll Dr. Böhme kurz vor dem Unglücksfall mit seiner Frau wieder Streitigkeiten wegen des Testaments gehabt haben, das ihn zum Alleinerben einsetzte. Ferner hat sich eine Zeugin gemeldet, die ebenfalls bei dem angeblichen Jagdunfall zugegen gewesen sein will.

Beispielschwindler.

Eigenartige Beispielschwindler beging ein angeblicher Kaufmann Kleinwächter, der bei Steinmetzwerkstätten erbsen und Grabdenkmäler für seine angeblich gestorbene Frau bestellt. Dabei gab er Wechsel auf einen anderen Namen aus und zwar über Beträge in Höhe von 200 bis 500 Mark. Auf diese Weise borgte er sich von den Geschäftslenten Beträge von 50 bis 100 Mark. Beim Einlösen der Wechsel mußten die Geldgeber zu ihrem Schrecken erfahren, daß sie einem Schwindler in die Hände gefallen waren. Die Wechsel waren sämtlich auf den Namen eines längst verstorbenen früheren Bekannten des Betrügers ausgestellt.

Tragischer Tod.

In Stettin verirrte sich ein 70jähriger Inasse des verstorbenen Johann-Klosters in einem nahegelegenen Wald und geriet in der Dunkelheit in einen Stachelstrauch, aus dem er sich nicht mehr befreien konnte. Man fand den Greis am nächsten Morgen erstickt auf.

Unregelmäßigkeiten beim Kreisbauamt Halle.

Gegen Kreisbauamtsrat Bider wurde von der Staatsanwaltschaft die Voruntersuchung eröffnet und er selbst seines Amtes enthoben. Bider soll angeblich Baugelder in Höhe von 50 000 bis 60 000 Mark unterschlagen und Bestechungsgelder angenommen haben.

Lindberghs neuer Rekordflug.



Der erste Ueberwinder des Ozeans, Lindbergh, hat einen 27stündigen Flug Washington-Mexiko zurückgelegt. Er hat die 3200 Kilometer lange Strecke ohne Zwischenlandung geflogen und wurde bei seiner Ankunft in Mexiko-Stadt vom Präsidenten Calles und einer ungeheuren Menschenmenge jubelnd empfangen. Der Flug des Fliegerobersten Lindbergh von der Metropole der Vereinigten Staaten nach der mexikanischen Hauptstadt stellt auch eine besonders sehr wichtige freundschaftliche, politische Geste Americas gegenüber Mexiko dar.

Merkwürdige Brandstiftung.

Das Städtchen Hall bei Innsbruck und eine nähere Umgebung wurden in diesem Sommer von vielen Bränden heimgesucht, jedoch sich die Bewohner in ihrer Angst mit voller Ableugung ins Bett legen. Als Täter wurde ein Bauer aus der Stadt Hall ermittelt, der früher der Feuerwehr angehört und sich in wirtschaftlich schwierigen Verhältnissen befand. Sein Vermögen hatte er hoch verschuldet. Um nun keinen Verdacht zu erregen, ließ er schließlich auch seinen Besitz in Flammen aufgehen. Jetzt ist man seiner habhaft geworden.

Bestimmungsmeßur — sportliches Kampfspiel.

Diese Entscheidung fällt das Schöffengericht Rostock in einer Verhandlung wegen Zweikampfs mit tödlichen Waffen. Angeklagt war der 24jährige Student Wilhelm Riehe. Er hat am 28. Juni in Rostock eine Bestimmungsmeßur gegen den Studenten der Mathematik Ziemer ausgesprochen. Ziemer erhielt dabei eine Verletzung an der linken Schläfe. Der „Paukatz“ ein Mediziner im neunten Semester, der schon 300 Patienten gesiegt hatte, erzielte aber zunächst keine „Abfuhr“, sondern erst, nachdem Ziemer eine zweite Verwundung dicht neben der ersten erhalten hatte. Vier Tage blieb der Schwereverletzte ohne weitere ärztliche Behandlung. Am 5. Juli starb er dann in der Klinik an allgemeiner Blutvergiftung. Während der Staatsanwalt die Mindeststrafe von zwei Jahren Festungshaft beantragte, sprach das Gericht den Angeklagten frei. Ebenso wie das öffentliche Vorgehen sei auch die Bestimmungsmeßur kein strafbarer Zweikampf, sondern eine sportliche Veranstaltung.

Drei Brüder wegen Raubmordverdachts verhaftet.

Im Juni dieses Jahres wurde in der Nähe des Knappschaftsgebäudes in Kupperdreh der Knappschaftsbeamte Kueper von drei Unbekannten niedergeschossen, die ihm 20 000 Mark Lohngehalt raubten. Die Täter flüchteten dann im Auto und entkamen nach einer abenteuerlichen Flucht und Verfolgung unerkannt. Dienstag morgen nahmen sechs Landjäger zwei Söhne des Metzgermeisters Koltmann bei Dahlhausen wegen Verdachts der Täterschaft fest und ebenso in Köln einen dritten Sohn des Metzgermeisters, der in Köln studiert.

Zum Präsident des Haager Schiedsgerichts



wurde der Italiener Angiolini für drei Jahre neu gewählt. Prof. Dr. Angiolini war bereits seit längerer Zeit erfolgreich als Titularrichter beim Völkerbundgericht in Genoa, das im alten Friedenspalast untergebracht ist, tätig.

In den Rhein gefallen und ertrunken.

Als zwei Schiffsführer sich auf ihr Schiff begeben wollten, stieß die 15jährige Margarete Mahl auf dem Gangbord aus und stürzte in den Rhein, wobei sie die 20 Jahre alte Maria Bohwinkel mit sich zog. Auf die Hilferufe der Mädchen sprang der 60jährige Vater des jüngeren Mädchens in das Wasser und konnte seine Tochter glücklich ans Land bringen. Das ältere Mädchen ertrank.

Tödtlicher Unfall bei Erdarbeiten.

Dienstag nachmittag kam es in Rodheim vor der Höhe am Lannus bei Erdarbeiten, die von einer Friedberger Firma ausgeführt wurden, zu einem Unfall. Dabei wurde der Schichtmeister von Erdmassen totgedrückt, während zwei Arbeiter mit sehr schweren Verletzungen dem Krankenhaus zugeführt werden mußten. Die Verunglückten sind Familienväter.

Urteil im Totschlagsprozeß Vorich.

Am 12. September dieses Jahres erschloß die Ehefrau Vorich ihren Ehemann, den Bankier Vorich. Das Schwurgericht Altona verurteilte die Angeklagte zu vier Jahren Gefängnis.

Kein neuer Marekprozeß.

Gegenüber den gestrigen Meldungen erzählt „Die Stunde“, daß im Prozeß Marek die Nichttafelbeschwerden abgewiesen wurden und daß das Urteil gegen Marek und Genossen, das auf Freisprechung vom Verjährungsbetrug lautete, jedoch eine Verurteilung wegen Verleitung zu einer falschen Zeugenaussage enthält, rechtskräftig wird.

Wiedereingefangene Verbrecher.

Die am 10. Dezember aus dem Zuchthaus Sonnenburg entflohenen Gefangenen sind inzwischen sämtlich wieder dingfest gemacht worden.

Schweres Autounfall.

Mittwoch abend geriet in Heepen bei Bielefeld ein aus Bielefeld kommendes Auto ins Schleudern und stürzte um. Von den fünf Insassen wurde einer getötet und einer schwer verletzt. Die drei übrigen kamen mit dem Schrecken davon.

Schwerer Autounfall.

Ein völlig neuer, von den Horchwerken in Zittau nach Berlin fahrender Kraftwagen, rante Dienstag abend kurz vor Liebenwerda auf der vereisten Provinzialchauffee gegen einen Baum. Der Wagen wurde vollständig zertrümmert. Der Chauffeur erlitt sehr schwere Verletzungen, der Insasse, ein technischer Beamter des Reichswehrministeriums, für das der Wagen bestimmt war, kam mit weniger schweren Verletzungen davon.

Kriminalbeamtenmord in Jena.

In Jena wurde bei der Festnahme zweier Verbrecher am Mittwoch ein Kriminalbeamter erschossen und ein zweiter lebensgefährlich verletzt. Der flüchtige Täter ist als ein am 7. August 1902 in Düsseldorf geborener Johann Hain festgestellt, der einen Zug nach Berlin bestiegen hat, und der sich vermutlich auch dort aufhält. Hain war auch an mehreren Raubüberfällen der letzten Zeit beteiligt. — Später wird gemeldet: Es hat sich herausgestellt, daß der Mörder mit dem Führer einer dreiköpfigen Räuberbande identisch ist, die am 3. Dezember das Postamt Kloster-Lausnitz an der Straße Weimar-Gera überfallen und 2000 Mark geraubt hatte. Der Haupttäter hatte auf einen der Postbeamten, der sich widersetzte, geschossen, aber nicht getroffen. Die Ermittlungen der Polizei haben ergeben, daß es sich um den 1902 in Düsseldorf geborenen vielfach vorbestraften Johann Hain handelt, der seit einigen Monaten mit seinem Komplizen thüringische Kleinpostämter überfallen hat.

Diebstahlsträdel in Straßburg.

In Straßburg erlösch am Mittwoch abend der Hausdiener Limberg die Ehefrau des Kellners Preuß in deren Wohnung und tötete sich dann selbst. Dem Ehemann wurde erst auf längeres Klopfen von seinen beiden zwei und vier Jahre alten Kindern geöffnet.

Eisenbahnunfall.

Mittwoch, um 19.30 Uhr, ist auf dem Bahnhof Müllingen (Württemberg) ein Personenzug bei der Einfahrt auf eine Rangierabteilung aufgestoßen, wobei die Zuglokomotive entgleiste. Ein Reisender wurde am Kopf leicht verletzt.

Unfall in einem Bergwerk.

Auf der Grube Rhenania in Meggen (bei Siegen) wurde ein Bergmann durch herabstürzendes Gestein getötet, ein zweiter schwer verletzt.

Wieder Zuchthäuser ausgebrochen.

In Königsberg sind aus der Strafanstalt Wartenburg fünf Zuchthäuser ausgebrochen, die alle noch längere Zuchthausstrafen zu verbüßen haben.

Sinrichtung.

Der Dienstknecht Emil Ehrlinger, der am 5. April dieses Jahres die 48jährige ledige Gattlerin Margarete Mehring auf bestialische Weise ermordet hatte, ist Mittwoch früh 4.28 Uhr mittels Fallbeil hingerichtet worden.

Aus preussischen Gefängnissen.

Eine amtliche Statistik über die preussischen Gefängnisse für die Zeit vom 1. April 1923 bis zum 31. März 1924 ergibt, daß Preußen 1049 Untersuchungs- und Strafgefängnisse hat, in denen für 58 000 Menschen Platz ist. Im Tagesdurchschnitt des Jahres 1923 lagen 70 000 Menschen in preussischen Gefängnissen gegen 47 000 im Jahre 1914. Die Gesamtzahl der vom März 1923 bis März 1924 in preussischen Gefängnissen untergebrachten Gefangenen und Untersuchungsgefangenen betrug fast eine halbe Million. Die in Preußen vorhandenen 22 Zuchthäuser bieten Platz für 12 000 Gefangene. Die Gesamtzahl der Zuchthausgefangenen betrug während der fraglichen Zeit rund 24 000, darunter 1200 Frauen. Im Bezirk Berlin waren mehr als 60 000 Zuchthausgefangenen bereits vorbestraft; unter ihnen befanden sich 228 Männer und vier Frauen, die bereits 11—30 mal vorbestraft waren. 15 Männer und eine Frau haben sogar mehr als 30 mal in Gefängnissen und Zuchthäusern gesessen. Interessant ist die Tatsache, daß fast genau der zehnte Teil aller Gefangenen disziplinarisch bestraft worden sind. Die Zahl der Beschwerden der Gefangenen über Behandlung oder Personal ist nach der Statistik auffallend gering. Die größte Zahl der Entlassenen wird das Bundesministerium für Strafsachen mitteilt. Im ganzen sind aus den preussischen Gefängnissen während des Berichtsjahres rund 4000 Personen entlassen worden, 2600 wieder ergriffen worden. Selbstmordveruche wurden von 400 Insassen verübt. Die bei weitem größte Anzahl aller Gefangenen arbeitet übrigens für Privatunternehmen.

Gepantes Sprengstoffverbrechen in einer Kirche.

Eine große Kerze, die zu Ehren der heiligen Jungfrau in einer Kirche in Guadalupe (Mexiko) gestiftet wurde, war, wie sich kurz vor dem Anzünden herausstellte, mit einem starken Sprengstoff gefüllt. Die in der Kirche anwesenden Andächtigen wurden durch die Entdeckung vor schwerem Schaden bewahrt.

Für die Frauen

Frauen und Wahlrechtsreform.

Von verschiedenen Seiten werden schon seit längerer Zeit energische Versuche zur Durchführung einer Wahlrechtsreform unternommen. Zum Teil haben die politischen Parteien bereits Ausschüsse eingesetzt, die sich mit dieser Frage beschäftigen. Es ist also damit zu rechnen, daß in nicht allzu ferner Zeit im Parlament eine Wahlrechtsreform angesetzt wird. Dabei handelt es sich nicht um die Abschaffung des Proportionalwahlsystems, das ja in der Verfassung festgelegt ist. Vielmehr soll keine Ausführung geändert werden, weil sich immer nicht zeigt, daß die heutige übliche Art zu wählen, meist nicht dem wahren Willen des Volkes Ausdruck gibt. Das politische Parlament wird bei der gegenwärtigen Methode leicht zum Wirtschaftspräsidenten, weil die verschiedenen Organisationen versuchen, ihre Vertreter an eine ausschließliche Stelle auf die Kandidatenliste zu bringen. Zudem hat das heute übliche Wahlrecht zur Bildung einer Reihe kleiner Parteien geführt. Dadurch tritt bei den Wahlen eine Zersplitterung ein, die immer verhängnisvoller wird. Durch die Entzerrung zwischen Wählern und Gewählten wird auch die Wahlmöglichkeit immer größer. Wenn auch das frühere System der Einzelwahlkreise Mißstände hatte, so scheinen doch auch jetzt noch so viele Mißstände aufzutreten, daß neue Formen gesucht werden müssen. Mäßig wurde in einem Erörterungsabend des Deutschen Republikanischen Reichsbundes auf alle die heute bestehenden Mißstände hingewiesen, und alle Vertreter der republikanischen Parteien waren sich, wenn auch in der Form verschieden, über die Notwendigkeit der Änderung einig.

Für die Frauen kann diese Wahlrechtsreform verhängnisvoll werden. Für sie besteht an sich schon eine große Schwierigkeit, Mandate zu erlangen. Bei dem heutigen geltenden Listenwahlrecht bemüht man sich immerhin im allgemeinen, wenigstens eine Frau an eine ausschließliche Stelle auf der Kandidatenliste zu bringen. Mehr als eine Frau wird dabei selten auf einer Liste gewählt. Die Aufstellung einer Frau als einzige Kandidatin in einem kleinen Wahlbezirk wird zunächst sicherlich auf große Schwierigkeiten stoßen. Die Sehnsucht nach Mandaten ist bei unserem Wählerumfeld meist sehr groß, und auch hier zeigt sich durch, wie die stärksten Ellenbogen hat, und das sind nun einmal die Männer. Zudem darf nicht verkannt werden, daß viele Männer sich weigern werden, einer Frau ihre Stimme zu geben, denn selbst bei sehr fortschrittlich gesinnten Männern ist die seit Jahrhunderten überlieferte Meinung von der Minderwertigkeit der Frau noch keineswegs beseitigt. Wie oft hört man zum Beispiel die Äußerung, daß Männer sich unmöglich dem Richterpruch von Frauen unterwerfen könnten! Es ist zu befürchten, daß ähnliche Schwierigkeiten auch bei der Aufstellung von Frauen in einzelnen Wahlkreisen auftauchen werden.

Für die Frauen bedeutet deshalb ein Eintreten für die Wahlrechtsreform zunächst ein Opfer, selbst wenn sie sich der Einigkeit ihrer Notwendigkeit nicht verschließen können. Es ist für uns Frauen bedeutungsvoll, daß auf der Tagung des Bundes Deutscher Frauenvereine in Eisenach sehr stark die politische Machtstellung und die Solidarität der Frauen betont wurden. Das deutet bei einer Beibehaltung des seit her geltenden Wahlrechtsystems auf die Möglichkeit der Gründung einer besonderen Frauenpartei hin, die wir doch keineswegs wünschen können. Auf der anderen Seite hat früher zwischen Wählern und Gewählten ein Einzelwahlkreis ein viel unangenehmeres Verhältnis bestanden, als es heute noch möglich ist. Der Vertreter Braunschweig's durfte nicht mit Recht an Satze von Wilhelm Bloß sagen, daß in keiner Rate im Haus, in keiner Arbeiterwohnung in Braunschweig der Name des Verstorbenen vergessen sein könnte.

Trotzdem ist Frau hin, vielleicht aber auch gerade deshalb, darf ich mich als Anhängerin der Wahlrechtsreform bekennen. Aber gerade als Frau erkenne ich auch klar die Gefahren für die Frauen. Zum Teil liegt es ja in den Händen der Frauen selbst, die Aufstellung einer Frau durchzusetzen. Würden sie, die doch die Mehrheit des deutschen Volkes bilden, in weit größerer Zahl die Parteiverfassungen beschließen, in denen die Aufstellung der Kandidaten festgelegt wird, und würden sie ferner sich über die Aufstellung der Frau einigen, von der sie annehmen, daß sie wirklich eine politische führende und überragende Persönlichkeit ist, so könnten sie schon ihren Willen durchsetzen. Unser Parteigenosse Hilbrand hat die Möglichkeit zur Erwägung gestellt, in den einzelnen Wahlkreisen zwei Kandidaten aufzustellen, um den Frauen mehr Mandate zu verschaffen. Zudem sollten die Kandidaten einer Partei auf einer gemeinsamen Kandidatenliste zusammengestellt werden. Auf diese Weise könnten auch Frauen noch leichter Mandate erhalten. Auf alle Fälle ist es dringend notwendig, daß sich die Frauen rechtzeitig mit den Fragen der Wahlrechtsreform beschäftigen und Stellung dazu nehmen. Diese Fragen werden auch im kommenden Wahlkampf eine Rolle spielen.

Der Einfluß und die Mitarbeit zahlreicher Frauen in den Parlamenten sind dringend notwendig. Man denke nur an die Fragen der Sozialpolitik, des Familienrechtes, an die Wohnungsfrage u. a. m. lauter Probleme, die heute ohne eifrige Mitarbeit der Frauen nicht gelöst werden können. Die Wahl von Frauen ist aber nicht nur eine Frage der Notwendigkeit, sondern auch eine Frage der Gerechtigkeit. Unsere Verfassung enthält die stolze Bestimmung: „Die Staatsgewalt geht vom Volke aus.“ Das Volk aber besteht aus Männern und aus Frauen. Ferner heißt es in der Verfassung: „Männer und Frauen haben grundsätzlich die gleichen Rechte und Pflichten.“ Früher gab es nur Pflichten für die Frauen. Heute im Reichstaate haben sie Anspruch auf Recht und Gerechtigkeit!!!

Anna Bloß (Stuttgart).

Die Frauen und die kommenden Wahlen.

Die Nähe der bevorstehenden Reichstagswahlen veranlaßt schon heute die großen politischen Parteien, den Kampf um die Sicherung und Beherrschung ihrer parlamentarischen Macht zu eröffnen. Auch die Frauen müssen erneut an die Arbeit gehen, um den Einfluß der Frauen zu künftigen Reichstags- und Landtagswahlen zu vergrößern. Das ist um so notwendiger, als ihre Stellung in den einzelnen Parteien mehr oder weniger gefährdet erscheint. Die Erkenntnis dieser Notwendigkeit läßt jedoch dauerlicher Weise wieder eine alte Forderung aufleben, die wir längst überwunden glaubten und die auch im eigenen Interesse der Frauen zu rasch wie möglich unterdrückt werden sollte: Man kündigte wieder einmal an gewissen Stellen mit dem Gedanken der Begründung einer besonderen Frauenpartei. Eine solche Gründung würde den politischen Einfluß der Frauen, den wir zu festigen wünschen, auf die Dauer nur untergraben. Gewiß gibt es große Gebiete sozialer Arbeit und sozialpolitischer Forderungen, von Erziehungsaufgaben und Reformwünschen für die Neugestaltung unseres Rechtslebens, die von den Frauen aller Richtungen getrieben werden und dringender werden können, als es sich um die politische Forderung der Frauen handelt, werden sich auch unter den Frauen die Geister scheiden und wird die Frauenpartei notwendig.

Es mag dahingestellt bleiben, ob eine Frauenpartei überhaupt sein würde, eine gewisse Anzahl von Frauen in die Parlamente zu entsenden. Damit allein könnten aber die politischen Ziele der Frauen nicht durchgesetzt werden. Es ist um so mehr um darum zu tun, den Einfluß der Frauen in den einzelnen Parteien zu vergrößern, als die Frauen gewöhnlich Gefahr zu geben. Was wir wollen, ist daß der Einfluß der Frauen in den einzelnen Parteien vergrößert wird, daß die Frauen sich mit dem Einfluß der Frau. Das werden wir aber

nicht erreichen, wenn wir nur in den Parlamenten als geschlossene Sondergruppe neben den Männern der zahlreichen Parteien arbeiten, sondern in enger Zusammenarbeit mit den Männern innerhalb der Partei und im täglichen Ringen mit ihren Ideen. Der Gedanke der Frauenpartei sollte deshalb für immer aus der Diskussion der Frauen verschwinden!

Daß die Frauen selbst sehr eifrig darauf bedacht sein müssen, ihren Interessen bei der kommenden Reichstagswahl die gebührende Geltung zu verschaffen, ist sicher. Seit einiger Zeit hat man eine Umgestaltung des Wahlrechts ins Auge gefaßt und plant dabei im wesentlichen zwei Veränderungen. Einmal will man die Wahlkreise bedeutend verkleinern, zum anderen auch die Reichsliste abschaffen. Beide Reformpläne gehen von dem an sich sehr erwägungswerten Standpunkt aus, daß man die Wahl wieder persönlicher gestalten müsse. Man nimmt an, daß die Wähler ein größeres Interesse an der Wahl und überhaupt an der Politik gewinnen werden, wenn sie nicht eine Liste von Namen zu wählen haben, die ihnen mehr oder weniger bekannt sind, sondern eine bestimmte Persönlichkeit. Eine solche Reform des Wahlrechts würde jedoch die Frauen aufs äußerste gefährden. Nur die Sozialdemokratische Partei würde Frauen auch in den kleinen Wahlkreisen in sichere Stellen auf der Kandidatenliste bringen. Die anderen Parteien aber, die innerhalb ihrer Wahlkreise damit rechnen können, einen oder bestenfalls vielleicht zwei Kandidaten durchzubringen, werden sich kaum dazu herbeilassen, an diese Stelle eine Frau zu setzen. Wenn also die Wahlrechtsreform in der oben angedeuteten Gestalt verwirklicht werden würde, so müßte der Einfluß der Frauen im Reichstage wieder eine erhebliche Einbuße erleiden, zumal da ja auch jene Frauen nicht mehr gewählt werden würden, die bisher durch die Reichsliste ins Parlament kamen.

Auf alle Fälle ist heute größte Wachsamkeit der Frauen erforderlich. Wird die Wahlrechtsreform dem geschilderten Weg eingeschlagen, so müssen sich die Frauen innerhalb ihrer Parteien Garantien geben lassen, daß sie auch in den kleinen Wahlkreisen an sicherer Stelle kandidieren. Aber auch wenn die bisherige Größe der Wahlkreise und die Reichsliste beibehalten werden sollten, müssen die Frauen schon jetzt auf die Sicherung und Stärkung ihrer parlamentarischen Macht hinarbeiten. Die Gestaltung der Kandidatenlisten bei Landtags- und Kommunalwahlen in den letzten Jahren ließ hier noch manche Wünsche offen und sollte deshalb als erste Mahnung dienen.

Der französische Haushalt.

Paris, Anfang Dezember.

Liebe Lotie!

Du schreibst mir, ich soll dir etwas über die Pariserinnen berichten, und du fragst gleich dabei, ob ich sie wirklich so entzückend elegant, aber auch so verächtlich leichtfertig gefunden habe, wie du sie aus den Romanen von Maupassant kennst, und ob es wahr sei, daß jede verheiratete Frau ihre galanten Abenteuer hat. Dieses Kind, die Wirklichkeit ist weit entfernt vom Bild, das du dir nach Büchern von den Französischen gemacht hast. Gewiß gibt es in Paris, wie überall, genug, vielleicht sogar zu viele Frauen, denen Puz und Spiel Lebensinhalt sind, aber die französische Bürgerin, auch die wohlhabende, und die Arbeiterfrau sind die sparsamsten, fleißigsten, anspruchslosesten Frauen, die aristokratischen, sorgsamsten Mütter, die man sich denken kann. Es versteht sich von selbst, daß die Frau den Haushalt allein beherzt — man muß schon recht wohlhabend sein, um sich eine Hilfe auch nur auf Stunden leisten zu können —, und es gibt viel im Haushalte zu tun, wenn er auch in etwas anderer Weise geführt wird, als bei uns. Das Reinmachen scheint mir einen geringen Raum einzunehmen, jedoch einen umso größeren die Sorge für die Mahlzeiten.

Die Wohnungseinrichtung ist einfach: wenig Polstermöbel, wenig Vorhänge, wenig Teppiche. Die Räume sind klein. Also ein paar mal mit dem Besen über den Parkettfußboden gefahren, ein wenig Staub gewischt (nur nicht zu gründlich!), und man ist bald mit einer Stube fertig. Nur das Bett wird mit besonderer Sorgfalt gemacht. Es sieht etwas anders aus als bei uns: es ist sehr niedrig, sehr breit, denn es ist für zwei Personen bestimmt, und besteht aus der mit einem Laten bedeckten Matratze, einer runden Kasse, auf der der Kopf liegt, und einer großen, für die ganze Breite des Bettes ausreichenden Decke, die nicht einen Überzug hat, wie bei uns, sondern um die ein zweites Laten geschlagen wird. Diese Decke nun wird unter den beiden Seiten fest unter die Matratze gestopft, so daß man in sein Bett hineinschlüpft wie in ein Futteral. Wenn man, wie wir, nicht gewöhnt ist, so fest eingepackt zu liegen, muß man jeden Abend erst tüchtig strampeln, bis man die Umhüllung ein wenig gelodert hat. Aber es ist schon eine Kunst, eine Decke so fest und glatt zu knäulen, wie eine französische gute Hausfrau es verlangt. Mir gelingt es nicht, das kannst du mir glauben!

Von modernem Komfort ahnt man in Paris, in kleineren Wohnungen noch seltener etwas, als bei uns. Eine Wasserleitung ist ja jetzt wohl überall vorhanden, aber ein Badezimmer oder gar Heizung und warmes Wasser gibt es nur in den nach dem Kriege gebauten Häusern, und das sind, wie bei uns, Wohnungen kaum zu haben und noch dazu unerträglich teuer. Für eine Weststadt die Paris müdet uns drollig und etwas altväterlich und nicht gerade humoristisch die Müllabfuhr an: du kennst abends den Müllweimer vor das Haus, und in den Morgenstunden, manchmal gar nicht ganz früh, erscheint der Wagen zur Abholung seines Inhaltes.

Was klappt Frau Roby an meine Zimmertür und fragt, ob ich sie auf den Markt begleiten will. Ich werde es tun und dir später schreiben, was mir da aufgefallen ist. Heute war's ja nicht gerade ein Brief über die Pariserin, wie du ihn erwartest hast, sondern mehr über Haushaltsführung. Aber mir scheint, davon zu reden, heißt doch auch, vom Leben der Frau berichten. Lebwohl und herzlichste Grüße! Deine A. S.

Ehescheidungen in Deutschland.

Niemand, der mit offenen Augen unsere soziale Entwicklung beobachtet, wird ohne Überraschung sein, daß die Statistik eine Verhappung der Ehescheidungen in Deutschland gegenüber der Vorjahreszeit feststellt. 1912 erzielten aus 100 000 Personen der Bevölkerung 27,9 Ehescheidungen, 1923 dagegen 56,8. Die Zunahme ist nicht stetig; vielmehr ist seit dem Rekordjahre 1921, in dem 63,7 Ehescheidungen auf 100 000 Personen kamen, ein Rückgang zu verzeichnen. Man geht wohl nicht fehl, wenn man den Verlauf der Kurve mit den zahlreichen Kriegsrazungen in Verbindung bringt, die vielfach ohne genügende gegenseitige Prüfung erfolgten und in den ersten Nachkriegsjahren wieder zur Scheidung führten. Eine ein Drittel der geschiedenen Ehen hat in nur eine Dauer von 1 bis 5 Jahren erreicht. Je länger eine Ehe dauert, um so mehr sinkt der Prozentsatz der Ehescheidungen. In einigen Ausnahmefällen kommen auch nach der Scheidung neue Ehescheidungen vor. Sie betragen 4,9 Prozent der geschiedenen Ehescheidungen.

Man vermutet, ebenfalls aus praktischer Beobachtung heraus, daß die Ehescheidungen in Deutschland vorwiegend in den kleineren Städten weniger Ehescheidungen vor als in den großen. Die höchste Zahl weist Berlin mit 183,3 Ehescheidungen auf 100 000 Personen der Bevölkerung auf. Es wäre jedoch sehr zu verhoffen, aus dieser Ziffer auf eine höhere Sittlichkeit auf dem Lande schließen zu wollen, wie es nicht angeht, ist aus dem Bereiche der Ehescheidungen für die nationale

Sittlichkeit herzuleiten. Leider werden häufig solche wertlos ja irreführenden Vergleiche angestellt. Zahlen sagen wenig aus, wenn man keine Uebersicht über die dahinter liegenden Gründe gewinnen kann. Wenn z. B. in manchen katholischen Ländern fast gar keine Ehen geschieden werden, so liegt das an der Auffassung der katholischen Kirche, die die Ehe als Sakrament und damit im wesentlichen als unlösbar erklärt. Zwar gewährt in diesen Ländern der Staat die Möglichkeit der Scheidung, aber meist beeinflusst doch die Auffassung der Kirche das Verhalten der Bevölkerung und schafft psychische Hemmungen gegen den Antrag auf Ehescheidung. Wenn andererseits England besonders niedrige Ehescheidungsfiguren hat, so ist zu berücksichtigen, daß ein Ehescheidungsprozess außerordentlich kostspielig ist, und daß es für Großbritanniern auch noch andere amtlich anerkannte Arten der Ehetrennung gibt.

Ueber die tieferen Gründe der Ehescheidungen läßt sich an der Statistik wenig oder gar nichts entnehmen, weil sie die sehr verwickelten und komplizierten Motive in ein schematisches, rechtlich anerkannter Scheidungsgründe preßt. Wir erfahren aus der Statistik, daß unter diesen Gründen zwei an erster Stelle stehen, nämlich einerseits Verletzung der ehelichen Pflichten und eheloses Verhalten, andererseits Ehebruch. Dahinter treten die anderen Gründe, wie Nachstellung nach dem Leben, bössches Verlassen und Giftskantheit, ganz zurück. Diese Schematisierung drängt uns die Ueberlegung auf: In wie vielen Fällen führt nicht der Ehebruchspragraphe zu unwürdigen Menschenaffen, und wie oft müssen nicht ehrbare Menschen mit der Brandmarkung des „ehelichen Verhaltens“ abfinden, überhaupt voneinander frei werden zu können. Nach untern rüchständigen Ehescheidungsrechte dürfen ja keine Eheleute geschieden werden, die nichts weiter geltend machen können als „nur“ die Tatsache, daß sie nicht zueinander passen und deshalb den lehnlichen Wunsch haben, voneinander frei zu sein.

Frauenfragen im Völkerverbund.

Frau Henni Forchhammer, Mitglied der von dem Reichstag ernannten Delegation, hat einen Bericht über die Arbeiten der letzten Völkerverbundversammlung erstattet, aus dem einige Ausführungen die besondere Aufmerksamkeit der Frauen verdienen. Bei den Beratungen herrschte Einigkeit in der Beurteilung der Internationalen Wirtschaftskonferenz vom Mai 1927, die eine bedeutsamen Faktor zur Förderung der Weltfriedensidee darstellt. Die Gründung eines neuen Ausschusses zur Beratung von Wirtschaftsfragen wurde beschlossen, in dem auch die Interessen der Konsumenten angemessen vertreten sein sollen. Die dem Ausschuss werden auch Frauen in einer Zahl angehören, die ihre Bedeutung als Konsumentinnen entspricht. Von besonderem Interesse ist ferner der Plan Austunftsstellen für Erziehungsfragen in Verbindung mit dem Völkerverbundssekretariat in Genéve und dem Institut für geistige Zusammenarbeit in Paris zu errichten. Weiter berichtet Henni Forchhammer von den Arbeiten der „Fünften Kommission“, die sich mit sozialen Fragen beschäftigt. Im Mittelpunkt der Erörterungen stand diesmal der Mädchenhandel. Beachtenswert ist die Warnung, die offiziellen Maßnahmen zur Bekämpfung des Mädchenhandels nicht so weit zu treiben, daß dadurch die Bewegungsfreiheit der Frauen von allgemein beeinträchtigt werde. Es kam zur Sprache, daß die Behörden in einigen Ländern das Recht haben, allein reisende Frauen anzuhalten, um nach Feststellung von Photographien und Fingerabdrücken feststellen zu können, ob die Angaben auf ihren Pässen zutreffen.

Mädchenbildung in Oesterreich. In den österreichischen Universitäten studieren zur Zeit etwa 2200 Frauen neben 10 700 männlichen Hörern. Rechnet man dazu noch die Hörerinnen an den technischen Hochschulen, so ergibt sich, daß gegenwärtig in Oesterreich jede 1000 Frau Hochschulbildung genießt. In den Mittelschulen hat sich seit 1923/24 die Zahl der Schülerinnen von rund 8700 auf über 12 000 vermehrt. Besonders beachtenswert ist, daß die Zunahme der Schülerinnen am größten in den unteren Klassen ist. Daraus ergibt sich, daß das Verständnis für die Notwendigkeit einer besseren Mädchenschulbildung in immer weiteren Kreise bringt.

Die dänische „Frauengemeinschaft“, der organisatorische Ausdruck der dänischen Frauenbewegung, fordert die Aufnahme einer Frau in den „Radiorat“ und die dänische Filmzensur. Der Radiorat ist die oberste Behörde des dänischen Radiowesens und besteht aus drei Vertretern des Staates, zwei Vertretern der Presse und drei Vertretern der Radiohörervereine samt einem Vertreter der Radiobranche. Es wird den Frauen schwer fallen, den dänischen Reichstag zu veranlassen, diese vorgeschriebene Zusammenkunft zugunsten der Aufnahme einer Frau abzuändern. Ob der Staat oder die Vereine der Radiohörer sich dazu entschließen werden, einen ihrer Plätze einer Frau zu überlassen, dürfte ebenfalls fraglich sein. Die dänische Filmzensurbehörde besteht aus dem vom Staate ernannten Senjoren, aber noch nie ist eine Frau zum Senjor ernannt worden. Dagegen besteht die norwegische Filmzensur aus zwei Frauen und einem Mann, während in der schwedischen Filmzensur ebenfalls eine Zeitlang eine Frau tätig war, die sich aber aus privaten Gründen zurückgezogen hat.

Die liberale Frauenvereinerung in England hat in Gemeinshaft mit der liberalen Föderation und der liberalen Jugendvereinerung ein Programm für die Lösung internationaler Probleme aufgestellt, die von der englischen Regierung zur Förderung des Weltfriedens verlangt wird. Vor allem wird ein Ausbau der internationalen Schiedsgerichtsbarkeit gefordert. Dieser Ausbau, so künden die Frauen, „hängt als Fortschritt beinahe ganz von uns selbst ab.“ Weiter wird ein Vertrag mit den Vereinigten Staaten gefordert, der den Krieg abtötet und eine beschleunigte Abrüstung zur See herbeiführt. Endlich wird die Schaffung einer internationalen Gelehrtenkommission befürwortet. Die Frauen haben es durchgesehen verstanden, daß die liberale Partei diesen Beschüssen beigetreten ist.

Eine bekannte türkische Schriftstellerin, Sidi Hanum, ist in ihrem Heimatlande wegen Lästerung der Religion angeklagt worden, weil in einem ihrer Romane, der vor kurzem erschien, die Heiden die Religion für gefährlich und die Propheten für Gaukler erklärt. Die in vieler Beziehung so moderne osmanische Republik scheint also genau wie bei uns der Geistlichkeit ihren geistigen Tribut zahlen zu müssen.

Riesepapieren. In dem amerikanischen Orte Dakin wurde für den Nationalfeiertag eine Wappkarte im Gewicht von einer „Tonne“ (nach deutschem Gewicht 1016 Kilogramm) hergestellt. Die Herstellung solcher Riesepapieren beruht auf einer alten Sitte. Die erste wurde im Jahre 1765 in Danzig zur Feier der Einweihung des englischen Königs Georg III. hergestellt, die zweite 1815 zur Feier der Krönung Napoleons. Eine dort im Jahre 1897 hergestellte Jubiläumspapier soll über zwei Tonnen gewogen und 250 Pfund Sterling, also reichlich 5000 Mark, gekostet haben. Leider war sie sehr „aufgegangen“ und deshalb nicht eckig.

Wer keinen Willen hat, ist immer ratlos,
Und der kein Ziel noch hat, ist immer schafflos,
Und der nicht Früchte hat, ist immer saftlos,
Und der kein Streben hat, ist immer taftlos.
Carmen Sylva.